# MEDIEN

*Forum für historische & Kommunikationsforschung*

# & ZEIT

*Viertel-jahresschrift des Arbeitskreises für historische Kommunikations-forschung*

**Rudolf Henz**

**1 / 2**

**Der Kalte Krieg um die österreichische Buchproduktion 1948**

**Der Fall des Wiener Journalisten Johann Baptist Dal Sasso 1780**

**Tangenten**

**Rezensionen**

**1986**

**Medieninhaber(Verleger), Herausgeber und Redaktion:**

Dr. Wolfgang Duchkowitsch, Dr. Fritz Hausjell, Dr. Peter Malina,

DDr. Oliver Rathkolb, Dr. Theo Venus

1070 Wien, Schottenfeldgasse 61/12

**Bankverbindungen:**

Österreichische Länderbank, Konto Nr. 102-113-378/00, BLZ 12.000

CA, Konto Nr. 0123-01263/00, BLZ 11.000

Bestellungen an *"Medien & Zeit"*, 1070 Wien, Schottenfeldgasse 61/12

**Bezugsbedingungen:**

*Jahresabonnement:* öS 150,-- (Inland), öS 150,-- + Porto (Ausland);

*Studentenabonnement:* öS 110,--; Einzelheft öS 45,--, Doppelheft öS 70,--

**Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:**

*Grundlegende Richtung:*

"Medien & Zeit" ist eine wissenschaftliche Fachzeitschrift für historische Kommunikationsforschung. Sie will Forum für eine kritische und interdisziplinär ausgerichtete Auseinandersetzung über Methoden und Probleme der Kommunikationsgeschichte sein.

**Satz und Layout:**

MULTI ART, 1010 Wien, Vorlaufstraße 5/Mezzanin

*"Medien & Zeit" erscheint vierteljährlich*

# INHALT

*Seite 5:*

**Rudolf Henz - Versuch über einen katholischen Medienpolitiker**
Theodor Venus

*Seite 49:*

**Der Kalte Krieg um die österreichische Buchproduktion 1948**
Oliver Rathkolb

*Seite 58:*

**Der Fall des Wiener Journalisten Johann Baptist Dal Sasso 1780**
Wolfgang Duchkowitsch

*Seite 75:*

**Tangenten**

Otto Schulmeister 70:
Materialien zur Vergangenheit
Fritz Hausjell

*Seite 84:*

Vor 70 Jahren: Die erste zivile Großradiostation Österreich-Ungarns geht in Betrieb
Theo Venus

*Seite 86:*

Nostalgie und Vergangenheitsbewältigung
Edwin Hartl

*Seite 90:*

**Rezensionen**

# EDITORIAL

Am Anfang jeder Zeitschrift steht üblicherweise, warum gerade diese und warum just zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Auch wir wollen uns dem nicht entziehen.

Für Österreich ist das Fehlen einer einschlägigen wissenschaftlichen Fachzeitschrift für historische Kommunikationsforschung inzwischen eklatant geworden; dies wurde erst kürzlich erneut in einer Festschrift zum Thema Mediengeschichte mehrfach betont. Aufgrund der in jüngerer Zeit spürbar intensiveren Thematisierung kommunikationshistorischer Fragen - gerade auch mit starken Bezügen zur Gegenwart - ist es nun an der Zeit, diese Initiative von Österreich aus zu starten. Wir sehen uns dabei auch von den Entwicklungen bestätigt, die zum internationalen Symposium "Wege zur Kommunikationsgeschichte" (8.-10.5.1986 im Palais Auersperg, Wien) geführt haben. Medien- und kommunikationsgeschichtliche Forschung erlebt jetzt international eine Renaissance, während diesem Forschungszweig in Wien schon seit den 40er Jahren kontinuierlich große Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Mediengeschichtsschreibung hat sich mittlerweile auf den Weg zur kommunikationshistorischen Forschung begeben. Damit rücken andere Fragen und Perspektiven in das Blickfeld der Wissenschaft. Diese wiederum verlangen nach neuen theoretischen Ansätzen und Methoden. Ein Schwerpunkt moderner medien- und kommunikations-historischer Forschung wird wohl in der Weise zu setzen sein, daß jene ins Zentrum des Interesses gerückt werden, denen bisher im allgemeinen ihre eigene (Kommunikations-) Geschichte weitgehend vorenthalten wurde: Frauen, Jugendliche, Unterschichten, Arbeiter und Minderheiten. Zudem sehen wir uns neben "strenger" Wissenschaftlichkeit ge-

sellschaftspolitischen Prinzipien wie Stärkung des Demokratiebewußtseins und von Friedenserziehung forschungsleitend verpflichtet. Bei einer intensiven Beschäftigung mit Vergangenheit kann - besonders in Zeiten mit Anhäufungen ungelöster Probleme - tendenziell ein zuweilen nostalgisches Sich-Versenken in Geschichte bei gleichzeitigem Abwenden von der Gegenwart in Erscheinung treten. Dem treten wir schon mit dem Anspruch entgegen, daß historische Forschung von (aktuellen) Fragen der Gegenwart ausgehen und sich mit ihren Resultaten in die Gegenwart einbringen muß.

Eine Redaktionslinie, die diesen Postulaten insgesamt folgt, kann nur durch interdisziplinäre Zusammenarbeit wirklich erreicht werden. Das Herausgeberteam kommt aus der Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie der Zeitgeschichte. Zur Mitarbeit laden aber schon jetzt in- und ausländische Kolleginnen und Kollegen aus Bereichen wie Film- und Theater-, Literatur- und Politikwissenschaft, Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte, Psychologie, Soziologie und Kulturphilosophie ein. Neue Anstöße und Impulse erwarten wir uns ebenso aus der Mitarbeit von Studenten, Amateurhistorikern und historisch interessierten Journalisten.

Im übrigen wünschen wir uns eine fruchtbringende, gleichberechtigte Diskussion auch mit Kolleginnen und Kollegen aus den südlichen und östlichen Nachbarländern, worin wir eine Chance sehen, die in den Gesellschaftswissenschaften zu registrierende Westintegration Österreichs zu verringern und sohin den Dialog zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Gesellschaftssysteme zu unterstützen.

Im Mittelpunkt wird die Kommunikationsgeschichte Österreichs im 20. Jahrhundert stehen. Beiträge über andere Regionen und Zeiträume sollen jedoch daneben genügend Platz erhalten.

Die in der vorliegenden Doppelnummer aufscheinende Struktur hat nur vorläufigen Charakter. Grundsätzlich soll neben einigen größeren Artikeln eine Anzahl von Kurzbeiträgen unter der Rubrik "Tangenten" abgedruckt werden; die "Tangenten" verstehen sich als kleine Plattform für eine Vielfalt von Aufsätzen (u. a. Chroniken, Kommentare, Zwischenberichte von Forschungsprojekten, Funde, Glossen, Porträts, Nachrufe und Personalia). Künftige Hefte werden als Service neben Hinweisen auf wichtige einschlägige Termine Überblicke über das Angebot kommunikationshistorischer Lehrveranstaltungen an den österreichischen Universitäten und Hochschulen enthalten. Daß Sie überdies regelmäßig Rezensionen im "Medien & Zeit" erwarten und veröffentlichen können, muß nicht extra hervorgehoben werden.

Wie sich die Struktur dieser neuen Vierteljahresschrift längerfristig entwickeln wird, hängt ohne Zweifel von der Qualität der Beiträge, um nichts weniger aber von Ihrer Diskursfreudigkeit ab. Damit (ent)steht und fällt die Einrichtung einer Rubrik "Kontroversen".

Mai 1986 **Die Herausgeber**

# Rudolf Henz - Versuch über einen katholischen Medienpolitiker

## Theodor Venus

Ein streitbarer katholischer Dichter feiert am 10. Mai seinen 89. Geburtstag. Schon heute ist Rudolf Henz ein Denkmal: als Rundfunkmann und als Kulturpolitiker, der fast drei Jahrzehnte österreichischer Rundfunkgeschichte und Kulturpolitik miterlebt und, unterbrochen nur durch die Jahre des 'Dritten Reichs', auch mitgeprägt hat. Auch heute noch meldet er sich mitunter kulturkritisch und selbstverteidigend zu Wort,(1) auch um nicht zu Lebzeiten schon zu den 'Vergessenen' gezählt zu werden, sich durchaus der Umstrittenheit jener Tradition bewußt, der er sich zuzählt:

"Als katholischer Dichter hat man heute nichts zu erwarten. Für die Intellektuellen ist man irgendwie verdächtig, die kirchenfrommen Leser wollen Kalendersprüche. Und die Verleger wollen in einen Alten nichts investieren, auch wenn er einmal Erfolge gebracht hat."(2)

Seit eine angesehene Wiener Tageszeitung vor einigen Jahren einen 'Rudolf-Henz-Ehrenring' für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Hörfunks aussetzte, der alljährlich zur Verleihung kommt, muß Henz nicht mehr um das Vergessenwerden besorgt sein. Auch rundfunkhistorische Darstellungen und literaturgeschichtliche Analysen (3) haben den beiden wichtigsten Tätigkeitsbereichen des Dichters zuletzt zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt. Bei der Analyse und Deutung seines Wirkens stößt man indes immer wieder auf die Aussagen des Dichters selbst, der schon kurz nach seinem 'Ausscheiden aus der aktiven Politik' daranging, Vergangenheitsdarstellung und '-bewältigung' aus seiner Perspektive und mit den Mitteln eines Dichters, also stilisiert und verfremdet, zu betreiben. Ein erst jüngst im Rahmen einer Werksneuausgabe neu erschienener Roman zum dunkelsten Kapitel jüngster österreichischer Zeitgeschichte zeigt dies einmal mehr.(4) So ausgeprägt, leidenschaftlich und parteilich wie Henz selbst Spuren legt und Akzente setzt, erscheint es keineswegs einfach, Korrekturen anzubringen, zu ergänzen, wo der Betroffene schweigt und dabei nicht zu verzeichnen. Auch dieser Beitrag stellt daher nur einen weiteren Versuch einer biografisch-werkanalytischen Skizze vor allem des Medienpolitikers Rudolf Henz dar.

### Kindheit, Jugend und Kriegsjahre

"Geboren am 10. Mai 1897 in Göpfritz an der Wild als Sohn des Lehrers Alois Henz, Volksschule an diesem Ort, dann ab 1906 in Großweikersdorf, 1908 -1915 Gymnasium in Hollabrunn, Okt(ober) 1915 Kriegsmatura mit Auszeichnung. Krieg. 1.X.15 eingerückt als einj(ährig) Frei(williger) zu I.R. (i.e. Infanterieregiment) 1 nach Budapest ...", lautet ein von ihm selbst verfaßter Lebenslauf. (5) In seiner Autobiografie widmet er den ersten beiden Lebensabschnitten allerdings fast 90 Seiten. Wichtige Prägungen und Bewegungen für sein weiteres Leben fallen in der Tat in die Knaben-, Schul-und Militärzeit. Das ist zunächst einmal der Vater: "Mein Vater hatte die 'Reichspost' von der ersten Nummer an abonniert, dafür tat er sich auch mit manchen Kaufleuten, Beamten und Wirten schwer, jenen Rauschebärten, die schon deshalb gegen Thron

und Altar waren, weil sie als 'bessere' Leute mit Bauern und Holzknechten nichts zu tun haben wollten".(6) Als "Oberlehrer" und lokaler Honoratior mit einer Reihe ehrenamtlicher Aufgaben betraut, verbindet ihn eine besondere Loyalität zum Staat, als dessen Symbol sich bis zuletzt die k.u.k. Armee repräsentiert.

"Wenn aber in den letzten Ferienwochen die Quartiermacher kamen und nach ihnen die halbe k.u.k. Armee, wurde er zum Kind... Zwischen Göpfritz, Schwarzenau, Windigsteig und Allensteig wurde dann auf Brachen und Stoppelfeldern, an Waldlisireren... und zwischen düsteren Mooren um die Entscheidung marschiert und geschossen... Einmal... liefen mein Vater und ich mit den vormarschierenden und stürmenden Soldaten bis Groß Haselbach mit... Mein Vater war kein Militarist... höchstens ein schwarzgelber Konformist..."(7)
Der Bub wird davon jedoch mit geprägt: "Meinen Bedarf an Romantik deckte ich mit den alten abgegriffenen Soldatenkalendern... In diesem Panorama war für zwei Kreuzer ein ganzer grausamer romantischer Krieg zu bewundern.."(8)

Ein Onkel ist Pfarrer, und auch die beiden älteren Schwestern besuchen eine als Internat geführte katholische Bürgerschule und anschließend eine Lehrerbildungsanstalt. Bei einer von ihnen wird Henz, vom Krieg heimgekehrt, Quartier beziehen. Die Haupt- und Residenzstadt verliert so schon für den Knaben ihre Anonymität, behält aber schon wegen ihrer Größe ihre Faszination. Trotz der berufsbedingten Übersiedlung der Familie nach Großweikersdorf, das etwa 50 km von Wien entfernt im Nordwesten liegt, wird der inzwischen schulpflichtige Bub nicht nach Wien, sondern nach 'Oberhollabrunn' ins Gymnasium, ein "Fürsterzbischöfliches Knabenseminar der Erzdiözese Wien" geschickt. Er soll zum Lernen angehalten werden, vielleicht auch Pfarrer werden, das Konvikt erscheint hinreichend Gewähr dafür zu bieten: "Vor hundert Jahren war die k.u.k. Kaserne Vorbild aller Schulgebäude und Internate, streng gegliedert, kalt, solid, darüber die Seminarkapelle. Die Schlafsäle in den Quertrakten, je vier links und rechts, die 'Museen', Studierzimmer oder Tagräume im Hintertrakt... Der Weg war also für acht Jahre sauber vorgezeichnet..."(9)

Nicht in dem engen Sinne freilich. Die stillen Erwartungen, daß er den Priesterberuf ergreift, treffen nicht ein; wohl aber erhält der Schüler Henz hier grundlegende weltanschauliche Prägungen, deren Wirkung das ganze Leben lang spürbar bleiben. Katholische Grundhaltung, Traditionsbewußtsein, Pflichtgefühl. Auch Begegnungen, die erst ein Jahrzehnt später zum Tragen kamen, fanden statt. Engelbert Dollfuß und Oswald Kabasta, später RAVAG-Kollege von Henz, besuchten dasselbe Gymnasium. "Die Kameradschaft einer Mittelschule hält meist ein Leben hindurch.."(10) Umsomehr, wenn man, wie Henz berichtet, gemeinsam im Schulorchester musiziert.
Statt zur Theologie, fühlt sich Henz früh zur Literatur hingezogen, ohne daß dies als Opposition empfunden wird. Dichtung nicht als "Popanz", wie er deren hohe Bedeutung später im liberalen Bürgertum empfindet, sondern scharf abgegrenzt im Rahmen "der natürlichen Ordnung".(11)

Der Kriegsausbruch, "mit Jubel und Räuschen" in der Heimatgemeinde gefeiert, unterbricht das starke Interesse und die noch dilettantischen Versuche des verunsicherten, weil mit einem, später behobenen, Sprachfehler behafteten jungen Mannes. Reißt ihn sichtlich mit. Die Schule wird von einem Tag auf den anderen zum Gefängnis: "Ich hatte nur eine Angst: daß der Krieg zu Ende sein könnte, ehe ich dabei war."(12)

Im Juni 1915 stellt er sich, gemeinsam mit den letzten aus seiner Klasse, freiwillig der Musterungskommission, darf aber erst ab Oktober 'dienen'. Was er in den folgenden drei Jahren, zunächst in der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt, danach an der Ost-,

Süd- zuletzt an der Südostfront, erlebt, hat Henz, nach mehreren Anläufen, in seinem 1936 erschienenen Kriegsroman "Dennoch Mensch" literarisch verarbeitet und wurde auch bereits an anderer Stelle dargestellt: die Kriegsjahre prägen sich "unauslöschlich in (sein) Bewußtsein ein".(13) Sie stellt für ihn, den Angehörigen der Frontgeneration, wie für viele seiner Alters- und Leidenskollegen, ein Kriterium in der Beurteilung anderer dar, das Feindbilder zumindest verhärtet, wenn nicht gar schafft.

Das Zerfallen des Vielvölkerstaates im Oktober und die Ausrufung der Republik im November 1918 empfindet der zuletzt an 'Malaria Tropicana' erkrankte Oberleutnant als persönlich erniedrigende Odyssee als Heimkehrer: "Die Extraausgabe in Laibach, die Nachtfahrt um Wien herum, nach Troppau, ein deutscher General, eine Versammlung brüllender Republikaner mit rotweißroten Kokarden, ein Ohrenarzt, der meine Gelbsucht übersah, jeden Tag ein dutzend Tote an Malaria und Spanischer Grippe... Die frechen Fratzen der Legionäre... die jüdischen Posten mit Stahlhelm am Nordbahnhof... der letzte Haufen eines der herrlichsten Reiche der Weltgeschichte..."

Dem Chaos sozialer und politischer Neuordnung hält der 21-jährige Offizier sein, von Jugend und Kriegsdienst her bezogenes traditionelles Ideal entgegen: "Das alte Österreich hatte ich nur daheim und im Gymnasium erlebt... am längsten und reinsten in Galizien und an der Piave... unter Bosniaken und Offizierskameraden... im Schützengraben. Dort wo es am längsten und reinsten gelebt hat, bei der Frontarmee."(14)

Daß sich auch in der Armee, wenn nicht unter den Offizieren, so doch in den Mannschaften seit dem Herbst 1917 ebenfalls Zerfallserscheinungen gezeigt hatten, will er ebensowenig zur Kenntnis nehmen, wie das neue politische Gesicht der jungen Republik. "Was sie jetzt über das alte Reich schrieben und schrien... war falsch... Die Masse Mensch war's, die Masse Mensch, die da, kaum mehr gegliedert, heraufkam."

Später wird er diese unmittelbare Nachkriegszeit sozialer Unruhe in seinem Roman "Die Gaukler" verarbeiten. "Zwei Figuren, die bei mir immer wiederkehren... beherrschen die Stadt: der Literat und der Händler... Daß die großen Schieber und die ausgepichten Revolutionäre zusammenspielten als Gegner der natürlichen fruchtbaren Entwicklung, war für mich klar... Die Ausrufung der Republik, das war aber auch schon alles... die Verachtung des Staates, solange er noch nicht unter der Diktatur des Proletariats stand, so war es doch, was wir sahen..."(15)

Er entschließ sich, Abschied vom Militär zu nehmen, er fällt ihm nicht leicht - "ich wäre vielleicht beim Militär geblieben"(16) - und läßt sich am 31.1.1919 die übliche Abfertigung (3.600 Kronen) auszahlen, um sein Studium aufzunehmen. Noch nicht vollkommen ausgeheilt, weder körperlich noch seelisch, bezieht er im Winter 1918/19 Quartier bei einer der in Wien-Ottakring wohnenden Schwestern, einer Lehrerin. Zusammen bewohnen sie eine Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnung, und er belegt an der Wiener Universität Germanistik, Mathematik und Physik, - die beiden letzteren gibt er jedoch bald auf. Stattdessen wählt er Kunstgeschichte als Nebenfach. Auch ein Versuch, mehr eine Idee, ein plötzlicher Entschluß, Malerei zu studieren, wäre zu erwähnen. Die Vorlesungen besucht er noch "in der alten Uniform mit dem Kronenorden", den er im September 1918 an der Ostfront erhielt.(17) Er kann und will, wie es über die autobiografische Figur des Malers Hemmelmann in seinem letzten historischen Roman ('Die Geprüften') heißt, den Soldaten in sich nicht ausrotten. Es ist wie ein zur Schau getragener Protest des 'Frontkämpfers' gegenüber jenen, die, wie sein späterer Kollege bei der RAVAG Hans Nüchtern, Sohn eines pensionierten Wiener Magistratsdirektors, nicht Kriegsdienst geleistet hatten:

"Wir haben ihn alle geschnitten, weil er nicht im Krieg war."(18) Dieselbe Haltung bringt Henz später auch den vor dem Dritten Reich ins Ausland geflüchteten Emigranten entgegen.(19) Die noch latente Krankheit, eine von ihm selbst beschriebene Unsicherheit als psychische Grundbefindlichkeit und der herrschende 'Kulturbolschewismus' ("eine höchst reale Sache"), all das ließen es ihm angeraten erscheinen wegzutauchen, "still daheim zu sitzen, (um zu) studieren".(20)

Sein Studienplan bezeugt dies, drückt dies in einer wahren Studierwut aus, dreißig und mehr inskribierte Wochenstunden vom 2. Semester an verzeichnen das 'Nationale'.(21) "Ich stürzte mich auf alles, was irgend Halt verhieß."(22)

In dem Maße, wie sich die politischen Verhältnisse stabilisierten - der Brotkrawall Wiener Arbeiter im Dezember 1921, den Henz literarisch verarbeitet, bleibt das letzte spontan-gewalttätige Aufbegehren für lange Zeit - erfängt sich auch Henz, nimmt immer intensiveren Anteil am literarisch-kulturellen Leben, zunächst passiv, dann auch durch eigene Versuche. Da er offenbar vorerst negative Erfahrungen mit einigen liberal geprägten Feuilletonredakteuren machen muß, stößt er zu einem kleinen Zirkel rund um Erwin Stranik, dem kurzfristig auch Hans Nüchtern, er wechselt bald als Verlagssekretär zum Braumüller-Verlag, Gustav Renker, Robert Hohlbaum und Mirko Jelusich angehören, die letzteren allesamt unter den Autoren des 'Bekenntnisbuches' für Adolf Hitler. Der Kreis nennt sich "Wiener Literarische Gesellschaft" und verfügt über eine bescheiden Publikationsmöglichkeit: 'Die blaue Blume'.(23) Noch ehe Henz aber selbst zum Zug kommt, ist die Gruppe schon wieder zerfallen, und die Zeitschrift hört auf zu bestehen.

Henz wendet sich wieder verstärkt seinem Studium zu, wo ihn vor allem die Kunstgeschichte außerordentlich interessiert. Nach acht Semestern beginnt er mit der Dissertation, für die er sich Jean Pauls Dichtung zum Thema nimmt. Nach kaum einem Jahr intensivster Studien reicht er sie 1923 bei Walter Brecht zur Approbation ein: vor allem der romantische, vorweg genommene Expressionsimus in der Landschaftspoesie war es, wie er rückblickend analysiert, der ihn an Jean Paul besonders interessierte und in ihm, aufgrund des großen Interesses Brechts für die Arbeit, die auch gedruckt erscheint, kurzfristig sogar auf eine akademische Karriere hoffen ließ. Daß daraus nicht wurde, mag wohl auch an der für Außenseiter, ja nicht einmal für Insider, leicht durchschaubaren Berufspolitik gelegen sein.(24) Er selbst schreibt sein Scheitern einem persönlichen Defekt zu: "Einen stotternden Assistenten konnten sie kaum brauchen."(25)

Der junge Doktor sah sich, in einer außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage ('Genfer Sanierung') gezwungen, nach anderen Verdienstmöglichkeiten umzusehen. Für eine Verlagstätigkeit fehlte ihm wohl ebenso das nötige Selbstvertrauen, vielleicht auch notwendige Empfehlungen von Freunden - er gehörte, wie er sagt, nie einer CV-Verbindung an -, wie für den Journalismus. Eine Zufallsbekanntschft, die er bei einem Elternbesuch auf einer Zugfahrt machte, rät ihm, es bei der Postsparkasse zu versuchen, lange Zeit die letzte Möglichkeit, einen Staatsposten zu erreichen.(26) Es klappt in der Tat.
Die Halbtagstätigkeit in der Postsparkasse bot ihm jedoch genügend Zeit, weiter seinen Neigungen nachzugehen und Kontakte zu Gleichgesinnten bzw. Zeitungen zu knüpfen. Sehr rasch gelang ihm dies auch: er stößt zu einem Kreis katholischer Literaten, der sich, nach dem 'Förderer' (Leo-Gesellschaft), die Leo-Stube nannte und sich freitäglich in einem Cafe in der Fichtegasse zusammenfand: Carry Hauser, Richard Billinger, Paula v. Preradovic, Siegfried Freiberg, Rudolf List, Ernst Scheibelreiter u. a. zählten dazu.(27) Man verstand sich als Opposition zur älteren Tradition katholischer Dichtung um

Richard Kralik, dessen Wirkung im Anschluß an den sog. katholischen Literaturstreik im Abklingen war.(28)

Ein opulentes, nie publiziertes Romanmanuskript ('Johannes oder die Genesung') und zahlreiche Gedichte sind die Früchte dieser Gemeinschaft. Wichtiger aber aus späterer Sicht war wohl die sich eröffnende Aussicht auf verstärkte Mitarbeit in christlichsozialen Zeitschriften und Zeitungen: Henz wird freier Mitarbeiter der 'Reichspost'.

Ohne die Stellung bei der Postsparkasse aufzugeben, schrieb er zunächst Berichte über alles Mögliche, sogar Fußballreportagen. Die Honorare waren, wie stets bei christlichen Zeitungen, bescheiden.(29) In diese Zeit fällt auch die Gründung des österreichischen Rundfunks, der RAVAG. Wie viele Tausende interessierte auch er sich für das neue Massenmedium und baute sich selbst einen Empfänger. Schon in einem seiner ersten Beiträge als katholischer Volksbildner hob er die Bedeutung der Beachtung neuer Bildungsmöglichkeiten und -medien hervor: "Wir leben in einem Zeitalter der Technisierung", schreibt er Anfang 1926, "die Technisierung macht eine einheitliche und langsam aber natürlich wachsende Bildung ein- für allemal möglich. Die Technisierung gab aber andererseits die Mittel und Methoden an, für diese verlorene Lebenskultur einen Ersatz zu schaffen. Organisation, straffes Schulwesen, Lichtbild, **Film, Radio,** Reproduktionstechnik, **Presse** usw." (Heraushebung durch den Verf.)(31)

## Katholischer Volksbildner 1925 - 1930

Der eben zitierte Artikel war das erste sichtbare Resultat seiner Tätigkeit als Referent für Volksbildung im katholischen 'Volksbund', als der er, über Vermittlung Friedrich Funders, vom politischen Direktor des Volksbundes, Richard Schmitz im Oktober 1925 engagiert worden war. Diese Organisation hatte sich seit ihrer Vereinigung mit dem 'Piusverein' im Jahre 1919 zunächst unter der Leitung Jakob Frieds, vor allem dann aber unter Schmitz' Führung immer mehr zu einer bildungs- aber auch medienpolitisch zentralen Organisation im ungemein vielfältigen katholischen Vereinsspektrum entwickelt. Nach den Worten von Kardinalerzbischof Friedrich Gustav Piffl sollte die Reorganisation des Volksbundes einer Zusammenfassung aller katholischen "Standesorganisationen unter dem gemeinsamen Dache des katholischen Volksbundes" den Weg ebnen.(32) In der Tat stellte diese Maßnahme die Vorstufe zu der im Jahre 1927 gegründeten 'Katholischen Aktion' dar, in der der Volksbund eine zentrale Stellung als Bildungsorganisation, in der Art einer katholischen Volkshochschule behielt.(33)

Die personelle (wie finanzielle) Basis zur Erreichung des hochgesteckten Ziels war allerdins relativ schmal: neben Henz gab es nur noch drei hauptamtliche Mitarbeiter in der Volksbund-'Bildungsstelle': den streitbaren Pater Zyrill Fischer, Dr. Hans Schmitz sowie den in erster Linie mit der Redaktion des 'Kunstgarten' befaßten Dr. Siegmund Guggenberger. Ihnen war es aufgetragen, "grundsatzfest die Führung des katholischen Volkes (in Bildungsfragen -Anm. d. Verf.) zu übernehmen" und jedweder "Konjunkturpolitik" im Bereich der Volksbildung den Kampf anzusagen.(34) Der letztere Vorwurf richtete sich insbesondere gegen die sozialdemokratischen Bildungsbemühungen im Rahmen der unter Leitung Josef Luitpold Stern bzw. Leopold Thallers stehenden 'Arbeiterbildungszentrale', die noch existierenden Reste der alten sozialdemokratischen Bildungsvereine aber auch gegen die sogenannte Freie, d. h. weltanschaulich 'neutrale', bürgerlich-liberale Volksbildung. Vor allem die in den Jahren 1925/26 entwickelte neue politische Strategie der Arbeiterpartei, wie sie sich im Agrarprogramm, in der Schulpolitik und in anderen Fragen spiegelte, wurde als eine Gefahr angesehen, das katholische Fußvolk als Stammwählerpotential der Christlich-sozialen Partei abspenstig zu machen.

Waren es zu Beginn der zwanziger Jahre noch vergleichsweise bildungs- und kulturpolitische Randbereiche (Theater, Universität), in denen es zu allerdings heftigen bis handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen linken und vorfaschistischen Kräften kam, in denen ein Großteil christlicher Politiker sich auf die Seite der letzteren schlug,(35) so wurde die nun gestartete agrar- und bildungspolitische Offensive (z. B. 'Schulfrage') als Angriff auf breiter Front aufgefaßt, die sich auf die Gewinnung von Kernwähler- bzw. -anhängerschichten von Kirche und Christlichsozialer Partei richtete. Die Reaktion im christlichsozialen Lager auf diesen "Kulturkampf" fiel wie aus einer Vortragsunterlage des Volksbunds exemplarsich ersichtlich wird, dementsprechend aggressiv aus: "Leider Gottes scheint es auch bei uns noch Leute zu geben, denen unsere wirtschaftlichen Sorgen noch eine zu wenig große Last bedeuten, denen noch immer zuviel Glück und Zufriedenheit unter den Menschen zu sein scheint. Sonst könnte man es gar nicht verstehen, daß eine so große Partei, wie die Sozialdemokraten... ihre ganze agitatorische Kraft dazu verwenden, einen Streit um Kirche und Religion, um Ehe und Familie, Erziehung und Schule, zwischen Kirche und Staat zu beginnen..."(36)

Obwohl die Gegensätze für einen Kompromiß etwa in der Schulfrage zwischen dem damaligen Unterrichtsminister im Kabinett Ramek, Anton Rintelen, und dem Wiener Schulstadtrat Otto Glöckel im Sommer 1926 nicht mehr allzuweit auseinanderlagen, sodaß ein Kompromiß möglich schien, kam es nicht dazu. Rintelen gab seine Stelle überraschend ab, das Kabinett Ramek demissionierte, und Seipel trat an dessen Stelle. Dessen Unterrichtsminister hieß Richard Schmitz, mit dem eine Kompromißlösung unmöglich zu erzielen war.(37) Auch im Volksbund analysierte Henz eine für die katholische Kirche schwierige Situation: "Die Schwierigkeiten gerade eines christlich orientierten Bildungsprogramms... liegen sowohl in der Zusammensetzung unserer christlichen Bevölkerung, wie auch in ihren organisatorischen Eigenheiten. Was die Zusammensetzung betrifft, so ist gerade der Großteil der bildungsfreudigsten Bevölkerungsschicht der Arbeiterschaft derzeit für uns verloren, der geistige Mittelstand aber zertrümmert und durch Alltagssorgen zermürbt... Unsere Hoffnung liegt auch hier in einem gründlichen Erfassen der Jugend..."(38)
Eine ungemein schwierige Aufgabe bei der Gewinnung der Arbeitnehmerschaft mußte sich daraus ergeben, daß für Henz und seine Mitarbeiter eine Annäherung an eine weltanschaulich neutrale Volksbildung keine beschreitbare Alternative war. Nur eine entschieden "wertbetonte", d. h. "in der katholischen Weltanschauung" wurzelnde Volksbildungsarbeit könne "in dem Chaos der Zeiten und mitten im Niederbruch ganzer Gesellschaftsschichten" sinnstiftend wirken, lautete ein zentrales Kredo der Volksbund-Bildungsstelle.(39)
Statistischen Erfolgsziffern zum Veranstaltungsangebot und Kursbesuch der Bildungszentrale, wie sie Henz schon nach einjähriger Tätigkeit dort vozuweisen hatte, kommt demgemäß ein nur begrenzter Aussagewert zu, wenn man zugleich die ziemlich pessimistische Aussage Jakob Frieds im Rückblick auf 20 Jahre Volksbundtätigkeit beachtet:

"Bei all den Kämpfen, aber auch bei all der Müdigkeit und Verdrossenheit und schließlich bei all der wirtschaftlichen Not ist es nicht leicht, die Organisation so auszubauen, daß wirklich jeder erreicht wird."(40)

Die 'Missionierung der Arbeiterschaft' war vor allem in den Städten schwierig und nur in Konkurrenz zu den übrigen Trägern der Arbeiter- und Volksbildung durchzuführen. Aus dieser Erkenntnis heraus beschlossen Volksbund und die Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Österreichs auch im März 1928 ein Übereinkommen über wechselseitige Unterstützung in der Bildungsarbeit.(41) Zum anderen zeigen nüchterne Ziffern, wie die Statistik der Kirchenaustritte aus der römisch-katholischen

Kirche, daß die in hohem Maße gegebenen Identifizierung von Kirche und der Tagespolitik der Christlichsozialen Partei (z. B. Schulfrage, Mieterschutz) erhebliche Imageeinbußen zur Folge hatten. In den Jahren 1919 - 1928 erklärten nicht weniger als 102.612 Personen ihren Kirchenaustritt, wobei besonders in den Wahljahren 1923 und 1927, sowie, als Folge der kirchlichen Haltung zu den Ausschreigungen des Juli 1927, im darauffolgenden Jahr besondere Häufungen festzustellen sind.(42) Die Distanz der Arbeiterschaft zur 'Seipel'-Kirche ging also weit über kleine, organisierte, Segmente sozialdemokratischer Arbeitnehmer hinaus. Die Erfolgsbilanz, die Henz nach fünfjähriger Tätigkeit im Volksbund Ende 1930 im 'Volkswohl' präsentierte, müssen daher realistisch vor diesem Hintergrund bewertet werden. Aus dem Bericht der Bildungsstelle für das Jahr 1930 ging hervor, daß sich die Gesamtteilnehmerzehl im Zeitraum Februar 1926 - Oktober 1930 verzehnfacht, der Umfang absolvierter Kursstunden verachtfacht, die Zahl der darin engagierten Lehrer verfünffacht und die der Kursstätten vervierfacht habe. Hauptzielgruppe katholischer Volksbildungsarbeit müßten weiterhin die Jugend, vor allem "die im Beruf stehende und arbeitslose Jugend" sein. Inhaltlich hätten Heim- und Volkskunstabende, Feste und Feiern, Sprechchor und Laienbühne, Musik sowie - als neue Mittel - das Diapositiv und der Schmalfilm den stärksten Ausbau erfahren. Ohne öffentliche Unterstützung sei eine Weiterarbeit undenkbar.(43)

## Henz' Auseinandersetzung mit der Arbeiterbildung

Neben Hans Schmitz steht vor allem Rudolf Henz als Repräsentant einer kämpferischen Auseinandersetzung mit den Prinzipien und Inhalten sozialdemokratischer Volksbildungsarbeit, die geradewegs in seine Rundfunkarbeit einmündet. Schon in seinem allerersten Beitrag im 'Volkswohl' setzt er sich mit der Frage 'Gibt es eine sozialistische Kunst?' auseinander.(44) Auch in den folgenden Jahren beschäftigte er sich wiederholt mit den Differenzen in den Auffassungen und Aufgabenstellungen von sozialistischer und katholischer Bildunsarbeit. Ausgehend von den alten Bildungsvereinen als "Keimzelle" späterer Entfaltung von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, erfaßte Henz die Ursachen für die Hinwendung der Arbeiterschaft zur Volksbildung grundsätzlich richtig: es seien die Klassenschranken gewesen, die ihr den Zugang zu höherer Bildung verwehrt hätten. Daher habe die ursprüngliche Arbeiterbildungstätigkeit das hauptsächliche Ziel verfolgt, den Arbeitern "die Bildungsgüter der Zeit von sozial empfindenden Trägern der sogenannten höheren Bildung (zu) vermitteln".(45)

Während es aber den sozialistischen Pädagogen und Bildungstheoretikern in den zwanziger Jahren bereits darum ging, sich von der Suprematie weltanschaulich-'neutraler' Bildungsarbeit zu befreien und zu originär sozialistischen Bildungsinhalten und Erziehungsidealen vorzustoßen,(46) war Henz bestrebt, die katholische Volksbildung an dieses sozialreformatische Ideal anzunähern, wobei er ihm eine eher konservative Interpretation zu geben bemüht war. Kultur bedeutete nach Henz "im eigentlichen Sinne des Wortes nichts anderes als Pflege und Veredelung", und zwar Veredelung alles dessen, "was irgendwie der menschlichen Beeinflussung unterliegt, also die Natur (Körper),... der menschliche Geist und schließlich der Charakter..."(47) Soweit er aber an die Explikation der in den drei Bereichen zu verfolgenden Bildungsziele katholischer Volksbildner geht, werden die Unterschiede deutlich sichtbar. So schon bei der "Pflege der natürlichen Kräfte". Nicht, daß Henz dabei eine "Rückkehr des Arbeiters zur Natur" gefordert hätte. In der räumlichen Beengtheit der Städte und der Wohnsituation solches zu fordern, schien ihm allzu vermessen. Aber:

"Die Zusammenhänge mit der Natur (müssen), wo sie bereits verloren

gingen, neu zu knüpfen (getrachtet werden). Ich denke da an die dringliche Pflege des Heimatgefühls, des Volkstums, der bodenständigen Volkskultur und an das Siedlungsproblem. Jede Kultur ist bodenständig... Verwurzelung ist der Beginn, Entwurzelung das Ende jeglicher Kultur und Bildung. Es ist eines der größten Verbrechen der Marxisten, und es beweist ihre Unfähigkeit zur Kultur, daß sie dem Arbeiter das Heimatgefühl nehmen wollen... die Kenntnis der Heimat, der Erhaltung und Wiederaufnahme alter Sitten sollen ja im Leben des Arbeiters keinen Fremdkörper bilden, sondern gleichzeitig mit der Pflege des Gemeinschaftsbewußtseins aller Volksgenossen dem aufstrebenden Stande ein Beispiel geben, wie eine wahre Kultur möglich wird."(48)

Diese Gedankengänge, deren restaurative Tendenz offenkundig ist, enthalten bereits viel von dem, was später im Konzept der Vaterländischen Front-Kulturpolitik wieder aktualisiert wird. Noch stärker wird der Impetus katholischer Ideenvermittlung in Henz' Überlegungen zur "Charakterbildung". Hier lag seiner Ansicht nach

"die stärkste Kraft und auch die Zukunft christilicher Arbeiter(bildung)... Eine durchgreifende Charakterbildung... könne neben richtiger Familienerziehung und Seelsorge nur durch weltanschaulich gerichtete Volksbildungsarbeit erreicht werden."(49)

Auf der dritten, der Ebene der Wissensvermittlung hingegen müsse als wichtigstes Kriterium "die berufliche und gewerkschaftliche Durchbildung" gelten, und dies aus einem ganz praktischen Grund.

"Denn im Kleinkrieg um unsere Weltanschauung, im täglichen Ringen, kommt es auf jede Position an.. In diesem Kampfe nützt nicht allein die Gesinnung".(50)
Bildung also als Qualifikationskriterium und Voraussetzung erfolgreicher christlicher Personalpolitik.

Ein sehr sensibles instrumentelles Verständnis zeigt Henz aber auch, wenn es um Fragen der Vermittlung christlicher Kultur und Bildungsinhalte geht, in Fragen der Massenmedien also.

## Volksbund und medienpolitische Praxis

"Gerade beim Theater stehen wir einer geschlossenen liberalen Front gegenüber. Das einzige Mittel der Einflußnahme bleibt nur die Christliche Kunststelle, aber sie müßte die doppelte, die dreifache Teilnehmerzahl aufweisen..",(51)
schreibt Henz in einem weiteren, grundsätzlichen Beitrag, der den Titel "Ein katholisches Volksbildungsprogramm" trägt, im Frühjahr 1930 erscheint, und auf dessen Bedeutung für seine persönliche Karriere wir noch später eingehen werden. Und weiter heißt es darin zur Bedeutung 'neuer Medien': "Und wann, wenn ich schon bei den unangenehmen Fragen bin, wird unser Volk zur Einsicht kommen, daß alles, was mit Film, Rundfunk, Musik und Schallplatte zusammenhängt, für die Zukunft unseres Volkes wichtiger ist, als ein winziger Verein, irgendeine ausgefallene Aktion, wichtiger als manche Position des öffentlichen Lebens."(52) (Heraushebung des Verf.)

Diese Feststellung wird man wohl als eine Forderung nach neuen medienpolitischen Einsichten bezeichnen dürfen, wobei zugleich darauf zu verweisen wäre, daß die neuen Medien Film und Rundfunk im Vergleich zur Presse unterschiedlich organisiert und daher nur vermittels eines differenzierten medienpolitischen Instrumentariums zugänglich waren.

Nur im Bereich der Presse konnte man von einer Konkurrenzsituation zwischen katholischer und der Presse der übrigen weltanschaulichen Lager sprechen. Hier verfügte die Kirche ja über das bewährte Instrumentarium der noch während des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufenen katholischen Preßvereine und eine zentrale Parteipresse, allen voran

die 'Reichspost' sowie einer Reihe von Periodikas.(53) Für ein stärkeres Hineinwirken in die Arbeiterschaft aber verfügte die Christlichsoziale Partei über kein schlagkräftiges Organ. Hier sollte nicht zuletzt mit der Gründung des 'Kleinen Volksblatts' im Frühjahr 1928 eine Abhilfe und ein Gegengewicht zum sozialdemokratischen 'Kleinen Blatt' geschaffen werden. In der Tat stand das katholische Kleinformat mit einer Auflage von knapp über 90.000 schon nach einem Jahr auf eigenen Beinen, wenngleich es darin deutlich hinter seinem sozialdemokratischen Pendant zurückblieb.(54) Wie stark sich der Volksbund um Aufklärungs- und Werbearbeit für die katholische Presse im allgemeinen und diesen ihrer jüngsten Vertreter im besonderen bemüht zeigte, geht aus den Angaben und Berichten in den alljährlichen Hauptversammlungen hervor. Auch bei den Medien Film und Rundfunk läßt sich ein deutliches Engagement nachweisen.

Obwohl, wie die regelmäßigen Filmbesprechungen in der katholischen Tagespresse zeigen,(55) ein grundsätzlich positives Interesse am Film vorhanden war, blieb die Bewertung des Films als Unterhaltungs-, schon gar als Bildungsmedium doch durch lange Zeit hindurch als zwiespältig. Typisch dafür erscheint der Vergleich zwischen Film und Theater als Kunstformen der für den Film natürlich negativ ausfiel:

"Schon ein kurzes Nachdenken zeigt uns, daß wir es hier nicht mit einem Abbild des Lebens (wie im Drama - Erg. d. Verf.), sondern mit einer Nachbildung eines geschauspielerten Lebens zu tun haben... ein echter Kinozuschauer ist zum Genusse eines wirklichen Dramas gänzlich unfähig geworden."(55)

Doch stand die Meinung des konservativ-nationalen Dichters Egmont Colerus-Geldern nicht unbedingt repräsentativ für den Volksbund. Ausgehend von Deutschland wurde auch in katholischen Bildungskreisen zuweilen sogar die Schaffung einer katholischen Filmproduktion, mindestens aber eines - verleihs sowie einer Kinobesucherorganisation im Rahmen der Kunststelle diskutiert. Organisatorische Ansätze in Sachen Filmpolitik stellten das im Frühjahr 1928 gegründete katholische Filmkomité und die von Ludwig Gesek geleitete Theater- und Filmstelle dar. Auf Gesek wird noch zurückzukommen sein. Ein Versuch zur Einrichtung eines katholischen Filmverleihs in Österreich scheiterte infolge finanzieller Mißerfolge schon nach kurzer Zeit; die Fiktion der Schaffung eines eigenständigen katholischen Films blieb kurzfristig jedoch aufrecht.(56) In der Praxis rückte, insbesondere seit der Einführung des Tonfilms, zunehmend die Diskussion um die Hintanhaltung (jugend)schädigender Filminhalte in den Mittelpunkt: über bloße Kritik hinaus sollten hier kontrollierende Maßnahmen gesetzt und Kontrollinstanzen für Einfuhr, Begutachtung und Zensur geschaffen werden, was allerdings mit Rücksicht auf eine im Jahr 1926 ergangene Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs, das die Theater- und Filmzensur grundsätzlich beseitigte, nicht ganz leicht mit der Bundesverfasung in Einklang zu bringen war.(57) Der langsame Aufbau eines parteinahen Filmverleihs der Sozialdemokratie brachte allerdings, bei der starken Abhängigkeit der regionalen Kinos vom Wiener Filmangebot, tendenziell die Gefahr mit sich, daß allzu viele unerwünschte Tendenzfilme auch außerhalb der Bundeshauptstadt gespielt wurden. Der Ruf nach der in den Ländern ohnedies schleichend wieder eingeführten Filmzensur, mindestens aber einer Filmbegutachtung, auch in Wien, wurde daher bald wieder zu Hauptforderung katholischer Filmpolitik. Schon die Jahrestagung der Katholischen Aktion in Salzburg 1930 forderte die Bündnisregionen auf, "alle Schritte zu unternehmen, damit ehestens eine für ganz Österreich geltende Filmzensur, vor allem eine solche für die Jugend gesetzlich eingeführt werde".(58) Der mit Aufführungsstörungen, Stinkbomben und Verprügelungen der Besucher ausgetragene Konflikt um den Antikriegs-Film "Im Westen nichts Neues" gab dieser For-

derung neue Nahrung.[59] Die Hinwendung zu einer autoritären Haltung gegenüber Kino und Film steht so stellvertretend für einen Wandel in der kulturpolitischen Strategie von einer als demokratisch, da auf Dialog und Wettbewerb hin angelegten, zu einer als 'Verdrängungspolitik' zu bezeichnenden autoritativen Prägung hin gegenüber liberalen und sozialdemokratischen Einflüssen. Ist es ein Zufall, daß dieser Haltungswandel zeitgleich mit dem Zustandekommen eines Bündnisses auf politischer Ebene zwischen Christlichsozialen und Heimwehren vorgenommen wurde?

"Die Fixierung auf die Beseitigung des kulturellen Einflusses der Sozialdemokratie erklärt auch den Verzicht auf eine darüber hinausreichende (eigene) kulturpolitische Position."[60]

Auch auf der dritten medienpolitischen Ebene, jener der des Rundfunks, läßt sich eine ähnliche Positionsveränderung feststellen. Und hier wurde sie von Rudolf Henz wesentlich mitbestimmt.

In der allerersten Phase der Rundfunkentwicklung jedoch, kann, vielleicht auch 'mangels an Beweisen', von einer inhaltlich bestimmten Politik nur sehr bedingt die Rede sein. Katholische Rundfunkpolitik und Aktionärspolitik seitens der der Christlichsozialen Partei nahestehenden Steirerbank sowie des Bunds waren weitgehend identisch.[61] Diese 'etatistisch' vorgetragene Politik kann durch folgende Eckpunkte kurz so charakterisiert werden: Errichtung eines Monopolrundfunks, Ausübung christlichsozialen Einflusses im Aktionärswege und Ausklammerung tages- sowie weltanschaulich-moralisch strittiger Themen, wie Religion oder Sexualität aus dem Rundfunkprogramm, letzteres abgesichert durch ein Gentleman-Agreement zwischen dem damaligen Bundeskanzler Ignaz Seipel und Wiens Bürgermeister Karl Seitz.[62]

Zwar konstituierte sich schon im Frühjahr 1924, über Initiative des Volksbund-Direktors Jakob Fried, ein 'katholischer Radioverein' - er trug später den neutralen Titel "Österreichischer Radiobund", der in den Jahren bis 1927 infolge des verankerten 'weltanschaulichen Neutralismus' allerdings ein Schattendasein führte.[63] Dem entsprach auch die Haltung der 'Reichspost', die ihre kurzfristige wöchentliche Rubrik 'Kritische Radiowochenschau' Ende März 1925 wieder einstellte, weil das Programm offenbar wenig Anlaß zu kritischen Urteilen gab. Die Redaktion unterließ jedoch nicht den warnenden Hinweis: "Wir stehen Gewehr bei Fuß".[64]

Im Mittelpunkt der Bemühungen der Programmverantwortlichen standen zunächst der technische Aufbau und der Ausbau des Programms gemäß den vereinbarten Prinzipien, weil nur dies Garantie für die Gewinnung einer hinlänglich großen Hörerzahl in und auch außerhalb Wiens bot. Daß ein Programm, das inhaltlich gegen die Wiener Hörer gerichtet gewesen wäre, eine rasche Ausbreitung des Rundfunks in Österreich behindert hätte, darf als gegeben angenommen werden. So gesehen stellte die Politik des Neutralismus eine realistische Reaktion auf ökonomische Sachzwänge dar.

Umgekehrt mehrten sich in sozialdemokratischen Kreisen sehr bald kritische Stimmen über die "bisherige klerikale Zusammenstellung des Programms", wobei vor allem zwei Umstände Anstoß erregten: die bekannt gewordene Tatsache, daß ein Vertreter des Unterrichtsministeriums regelmäßig an den wöchentlichen Programmplansitzungen der Direktoren teilnahm;[65] zweitens Gerüchte über eine beabsichtigte 'Verstaatlichung' der RAVAG, deren realer Hintergrund darin bestand, daß im Zuge der Krise mittlerer Banken im Herbst 1926 auch die Steirerbank in Schwierigkeiten geraten war.[66] In der Tat entbehrten diese Gerüchte nicht der Grundlage. Der bisherige RAVAG-Präsident, der steirische Landeshauptmann Anton Rintelen, der zugleich auch Präsident der Steierbank war und im Zuge

der Krise seiner Bank und infolge der Übernahme des Amts des Unterrichtsministers seine Präsidentenstelle zurücklegte, bemühte sich nämlich hinter den Kulissen, die Anteile der Steierbank für (sich und) seine Partei dadurch zu retten, daß er sie insgeheim der katholischen Kirchenspitze zum Kauf anbot, dies mit der Begründung, daß ein möglicher anderer Käufer "je nach seiner Einstellung katholikenfeindlich oder katholikenfreundlich in der RAVAG wirken würde".(67) Ein drittes bedeutendes Ereignis auf Rundfunkebene im selben Jahr stellte der durch den Tod des bisherigen Programmkoordinators Otto Redlich-Redensbruck bedingte Wechsel in der Programmleitung dar. Der an seine Stelle tretende, politisch eher als neutral geltende Naturwissenschaftler und Physiker Leopold Richtera stellte wohl einen für beide Großparteien akzeptablen Kompromiß dar.(68)

Das Jahr 1926 markiert jedoch insgesamt das Ende rundfunkpolitischer Ruhigstellung des Unternehmens. Otto König, Radiokritiker der 'Arbeiter-Zeitung' und Volksbildner, ortete schon in seinem Jahresrückblick einen wahrnehmbaren "Rechtskurs" der RAVAG(69) und wenn dies auch als pointiertes Werturteil aufzufassen war, so gibt es doch hinreichend Belege für seine zweite Behauptung, daß Teile der sozialdemokratischen Mitglieder eine "bedeutend schärfere Kritik (am Rundfunk - Erg. d. Verf.) üben, als die Arbeiter-Zeitung, mit deren Schreibweise sie nicht immer einverstanden waren. Vor allem war es der 'Arbeiter-Radiobund', die sozialdemokratische Hörer- und Bastlerorganisation, die als Reaktion auf diesen Kurz, die Einsetzung eines 'sozialistischen Programmkomitès' anregte, das auch zustandekam. Es sollte sowohl kontrollierende wie auch konstruktive Aufgaben wahrnehmen.(70)

Darüber hinaus beantragten die Vertreter des 'ARABÖ' im Ravag-Radiobeirat, die damit einem Beschluß des Linzer Parteitages entsprachen, noch im Herbst 1926 die Einführung eigener 'Arbeiterrundfunk'-Sendungen nach tschechischem Vorbild. Sie sollten offenbar ein ausgleichendes Element zu der - obwohl im parteipolitischen Sinne nach wie vor strikt neutralen - im weiteren Sinne (Musik, Vortrag, Literatur) eingetretenen 'Verbürgerlichung' der RAVAG schaffen.(71)

Obwohl in dieser Frage nach monatelangen Verhandlungen ein für alle Beteiligten, auch die bürgerlichen Vertreter, annehmbarer Kompromiß zustande kam, der im Grunde eine Niederlage der Sozialdemokratie bedeutete(72), versteifte sich in der Folge die Haltung der katholischen und übrigen Vertreter im Radiobeirat zunehmend. Insbesondere nach den Ereignissen des 15. Juli und des Verkehrsstreiks, der, da auch von den RAVAG-Technikern befolgt, zu einer zwei Tage dauernden Stillegung praktisch aller österreichischen Rundfunksender führte. Der Umstand, daß die Sendung am Montag, den 17. Juli, mit einem offiziellen Communiqué der Streikleitung (und nicht einer Regierungserklärung) wiederaufgenommen wurden, führte zu einer a.o. scharfen Polemik von kirchlicher und Heimwehrseite(73).

Jetzt erst konnte auch der bisher sanft dahin schlummernde 'Österreichische Radiobund', publizistisch unterstützt durch einen Aufruf des Kardinalerzbischofs Piffl vom 22. Juli 1927(74) und eine rege Berichterstattung kirchlicher Blätter, seine Mitgliederbasis erweitern. Allerdings geschah dies vorwiegend durch korporative Beitritte christlichsozialer Massenorganisationen, wie des Reichsbundes, des n.ö. Bauernbunds, der Zentralkommission christlicher Gewerkschaften usw.(75)

Der 'Österreichische Radiobund' erhob in der Folge vernehmlich den Anspruch, Repräsentant des gesamten 'Christlichdeutschen' Lagers, also Gesamtrepräsentant der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung in Stadt und Land zu sein, und reklamierte demgemäß auch mehr Sitze als das ihm bisher zuerkannte einzige Mandat im Radiobeirat.

Dies gelang auch: die Mandatszugewinne gingen zulasten des bisher eher farblosen förderalistisch organisierten 'Verbands österreichischer Radioclubs', sodaß sich das ursprüngliche Verhältnis zwischen diesem und dem ÖRB binnen weniger Jahre von 4:1 auf 1:4 umkehrte. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der ÖRB zumindest zeitweilig von dem zwischen beiden Klubs schwankenden, österreichischen Heimatschutz unterstützt wurde(77).

Mit einer verstärkten Fraktion im Beirat vertreten, versuchte die Vereinsleitung des ÖRB nun auch eine initiativere Programmpolitik in Gang zu bringen. Sie zu artikulieren und durchzusetzen, wurde eine aus den Bereichen Presse-, Bildungs- und Kulturpolitik kommende Riege von Fachleuten in den Beirat entsandt: die Techniksachverständigen Rudolf Wenzl und Ernst Felix Petritsch, der ehemalige niederösterreichische Landesschulinspektor Viktor Trautzl, der Kirchenkomponist Josef Lechthaler, der Musikexperte Friedrich Hartmann, der Chefredakteur der Agrarischen Nachrichtenkorrespondenz und spätere Chef der Amtlichen Nachrichtenstelle Edmund Weber, sowie die Dichter Rudolf List und Rudolf Henz und, als dessen Nachfolger, Siegmund Guggenberger. Auch hier war also der katholische Volksbund durch zwei Repräsentanten vertreten.

Es waren in erster Linie diese Vertreter der 'christlich-deutschen' Weltanschauung und Radiointeressenten, die in der Folge mit einer Reihe von inhaltlichen Anträgen die Diskussion um eine grundlegende Reform des gesamten Rundfunkprogramms in Gang brachten, wie sie etwa auf der Jahresgeneralversammlung des ÖRB am 29.1.1928 als Ziel formuliert, wie die Einrichtung eines zweiten Programms unter "Ausscheidung der Wiener Lokalangelegenheiten", mehr Unterhaltung, vor allem Ausbau ländlicher Programmelemente und Traditionspflege, Einbau von Kirchenübertragungen, Abbau des 'schweren' Literaturprogramms, Verstärkung berufskundlicher Information, Reform des Nachrichtendienstes(78). Ähnlichkeiten mit einigen der volksbildnerischen Grundsätze des Volksbunds sind ohne Zweifel gewollt und nicht zufällig.

Auf sozialdemokratischer Seite war man Reformforderungen zwar nicht grundsätzlich abgeneigt, verwies aber zugleich auf die sich häufenden Zensurfälle gegenüber den Vorträgen im Rahmen der 'Stunde der Arbeiterkammern', die als eine Art relativ autonom gestalteter Programmenklave angesehen wurde(79). Den letzten Anstoß zur Einleitung einer durchgreifenden Programmreform bildete eine Erklärung, die der Fraktionsführer des ÖRB in der Beiratssitzung vom 31.10.1929 abgab, in der folgende Leitlinien enthalten waren:

"Aus den Verhandlungen des Beirates sollen politische Fragen vollkommen ausgeschaltet werden, das Radioprogramm ist als ausgesprochen kulturelles zu betrachten. Auch er wende sich die schon früher gerügte Farblosigkeit des Programms und erklärt, daß es keinem Anstand unterliegt, wenn weltanschauliche Tendenzen stärker betont würden"(80).

Dem wurde von sozialdemokratischer Seite noch in derselben Sitzung "im Prinzip" beigepflichtet, man drückte dabei die Hoffnung auf "einen Wendepunkt in der Programmgestaltung" aus. Der Unterausschuß des Beirats, der sich in der Folge damit befaßte, verabschiedete zunächst eine, an die RAVAG-Direktion adressierte gemeinsame Empfehlung über die Neugestaltung des Musik- und kurz darauf auch des Literaturprogramms(81). Als Grundlinie beider Empfehlungen kann festgehalten werden, ohne daß hier näher darauf eingegangen werden könnte, "mehr Weltanschauung in den Radiosendungen zuzulassen"(82).

Parallel dazu entstand eine, weniger in der Öffentlichkeit geführte, als vielmehr hinter den Kulissen in einer Unzahl von Gerüchten sich manifestierende Debatte darüber, ob nicht 'ein neues Team' die Verantwortung für die

praktische Durchführung dieser Reformen übernehmen sollte. Alle führenden Posten der RAVAG, darüber hinaus auch das Prinzip der bisherigen Verantwortung und schließlich die bestehende 'Rundfunkverfassung' selbst, gerieten in Diskussion.

In der Tat erfolgten noch im Jahre 1930 an der Spitze von drei von fünf Abteilungen Neu- und Umbesetzungen: zunächst verschaffte der steirische Landeshauptmann Anton Rintelen dem wegen Finanzproblemen des Grazer Opernhauses in seiner Position gefährdeten städtischen Musikdirektor Oswald Kabasta eine leitende Position in der Musikabteilung, deren alleinige Leitung er schon bald übernahm(83). Vor schwere Probleme sah sich RAVAG-Generaldirektor Czeija dann Ende April durch den plötzlichen Tod seines Programmdirektors und Leiters der Abteilung Wissenschaft und Volksbildung, Leopold Richtera gestellt, durch den zwei Führungspositionen gleichzeitig vakant wurden; die Aufgaben Richteras wurden von ihm vorübergehend auf den Nachrichtenchef Erich v. Kunsti (Koordination) und Paul Bellak (Wissenschaft) verteilt(84), doch hielt diese Lösung offenbar politischen Interventionen nicht stand, sodaß Bellak seine Agenden im Juni 1930 an einen, dem katholisch-nationalen Lager nahestehenden Mann aus dem Unterrichtsministerium abgeben mußte: Dr. Wilhelm Wolf, bisher in der Abteilung Volksbildung und zuvor in der Amtsbibliothek des Ministeriums tätig gewesen, hatte schon seit einiger Zeit die ministeriellen Interessen in den Beirats- und Programmplanungssitzungen vertreten. Seine Bestellung als Leiter der wissenschaftlichen Abteilung erfolgte provisorisch auf sechs Monate(85). Zu den Mitbewerbern hatte auch Rudolf Henz gezählt(86). Die Bestellung Wolfs dürfte vor allem auf das Konto des Ex-Unterrichtsministers Emmerich Czermak, des amtierenden Ressortchefs Heinrich v. Srbik und Salzburgs Landeshauptmann Franz Rehrl gehen(87). Zu Czeijas Favoriten gehörten weder er noch Henz, weil der vife Taktiker Czeija nach den wiederholten Eingriffen des Ministeriums gegenüber den AK-Vorträgen befürchtete, die Opposition vor den Kopf zu stoßen(88). Die Position Wolfs gegenüber Czeija war also von Anfang an labil. Dazu kam, daß er diesem noch vor seiner definitiven Bestellung durch das Exekutivkomité abzuringen versuchte. Während Wolf so einen Kleinkrieg mit Czeija führte, gelang es Henz inzwischen, sich innerhalb des Volksbunds und der Christlichsozialen Partei Autorität zu verschaffen.

Einen Prestigeerfolg errang Henz vor allem mit seinem Auftritt bei einer Festveranstaltung aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des katholischen Volksbunds. Vor geladener Parteiprominenz bei einem Festbankett im Musikvereinssaal präsentierte er Ende Mai 1930 in einer längeren Rede ein von ihm verfaßtes "katholisches Volksbildungsprogramm", in dem er auch auf die große Bedeutung der Besetzung von Rundfunkpositionen hinwies. Seine Rede gipfelte in der Forderung, Ziel katholischer Volksbildung müsse es sein, der "katholischen Kulturidee zum Durchbruch zu verhelfen". - Und erntete damit den Beifall der versammelten Festgäste. An seine Eltern schrieb er über diesen persönlichen Erfolg:

"Ich sprach eine Stunde. Minister Schmitz führte den Vorsitz. Schon während meiner Rede spürte ich, wie die Leute mitgingen, und als ich endete, brach ein Beifall los, wie ich ihn noch nie erlebt habe. Minutenlang wurde immer wieder geklatscht. Minister Schmitz war völlig hingerissen und vor Freude gerührt. Er sagt sofort öffentlich, daß er noch nie eine Rede so voll Geist und so voll Begeisterung aufgenommen gehört habe... Bei der kleinen folgenden Zusammenkunft trug er mir auch sogleich das Du-Wort an... Das alles hat mich wirklich a.o. gefreut... Die Leute haben mich ja zum ersten Mal reden gehört und mir das alles gar nicht zugetraut."(89)

Offenbar war ihm damit gelungen, wichtige Punkte zu sammeln. Und

zweifellos steht auch seine Nominierung für den Radiobeirat im Herbst dieses Jahres damit in Zusammenhang. Schon im Sommer 1930 hielt er einen Vortrag vor der katholischen Akademikergemeinschaft zum Thema "Soziologie des Rundfunks"[90], was darauf hinweist, daß er nicht unvorbereitet in diese Funktion ging.

## Vom Beirat zum Wissenschaftsdirektor: "Die Spinne im Netz"

Schon in der ersten Beiratsitzung, an der er als reguläres Mitglied teilnahm, regte Henz eine "vermehrte Pflege der lebenden Dichtung" anstelle der Klassiker an, von denen nur solche Werke im Rundfunk aufgeführt werden sollten, "die in Theatern nicht aufgeführt werden"[91]. Er selbst hätte, gemeinsam mit Suso-Waldeck und Rudolf List, bereits im Frühjahr d.J. eine Vorlesung aus eigenen Werken in der RAVAG bestreiten sollen, wozu es allerdings, aus nicht näher bekannten Gründen, nicht kam. Henz mußte seine Rundfunkpremiere ins Ausland, zum Sender Köln des Westdeutschen Rundfunks verlegen; vielleicht gab dies den Anstoß zu seiner kritischen Bemerkung gegenüber dem literarischen Direktor Hans Nüchtern[92].

Die Sache war damit noch keineswegs abgetan, denn Henz als Referent des ÖRB für Literatur, setzte in der nächsten Beiratssitzung die Einsetzung zweier Beiratsreferenten - der zweite war Fritz Brügel - zur Erarbeitung von Anregungen für die "literarische Programmgestaltung" durch, eine Art Mißtrauensvotum gegenüber Nüchtern, der auch in der Presse mitunter recht heftig angegriffen wurde[93]. Aber nicht nur Nüchtern, selbst Czeija geriet im Spätherbst 1930 ins Kreuzfeuer der Kritik, und zwar wegen seiner Absicht, Werbesendungen einzuführen, wogegen es eine intensive Kampagne der Tagespresse gab, sodaß er sich schließlich gezwungen sah, von seinem Plan vorerst Abstand zu nehmen[94]. Zu allem Überfluß gab es auch Stimmen, sowohl innerhalb des Regierungslagers, wie auch in der Opposition, die die Ablöse Eduard Heinls von seiner Funktion als Ravag-Präsident forderten, da ein Mitglied der Bundesregierung - Heinl gehörte seit September 1930 wieder dem Kabinett als Handelsminister an - nicht zugleich eine solche Funktion ausüben könne. In diesem Zusammenhang wurde auch Richard Schmitz' Name (bisher Sozialminister) als möglicher Nachfolger Heinls kolportiert[95], wogegen allerdings sofort heftige Proteste von Oppositionsseite laut wurden, da Schmitz zum Seipel-Flügel gerechnet wurde.

Als Alternative dazu wurde ein anderer Plan diskutiert, der die Einsetzung eines Programm-Intendanten, also eine Zusammenfassung der Programmabteilungen unter einer gemeinsame Leitung vorsah. Die Initiative ging eindeutig vom Unterrichtsministerium bzw. dessen Sektionschef Hans Pernter aus, doch dürften Anregungen dazu auch von der Leitung der Bundestheater gekommen sein. Auf beiden Seiten erhoffte man sich von einer solchen Lösung nicht nur mehr Einfluß auf die Programmgestaltung, sondern verband damit auch die Hoffnung, das prosperierende Wirtschaftsunternehmen RAVAG zur Sanierung der notleidenden Theater heranzuziehen. Als möglicher Programmintendant wurde Ex-Burgtheaterdirektor Anton Wildgans gehandelt. All diesen Plänen wurde jedoch dadurch die Grundlage entzogen, daß Heinl als Sonderfall vom Geltungsbereich des Unvereinbarkeitsgrundsatzes ausgenommen wurde, und Wildgans kurz darauf verstarb[96]. Wilhelm Wolf, dem dabei mutmaßlich eine Nebenrolle zugedacht gewesen war, wurde gewissermaßen ein Opfer dieser Spekulationen und erklärte von sich aus Ende Jänner 1931 seinen Rücktritt, "aus sachlichen Gründen" wie es hieß[97].

Czeija versuchte nun, seine schon im Sommer 1930 gegebene Anregung einer 'kollektiven Führung' der wissenschaftlichen Abteilung zum Durchbruch zu verhelfen, vielleicht auch nur solange, bis sich die Gemüter beruhigt haben

würden; doch konnte er sich damit auch jetzt nicht durchsetzen, weil er vor allem in Richard Schmitz einen scharfen Gegner fand[98].

Die Würfel über die Neubesetzung der durch den Abgang Wolfs verwaisten Stelle, fielen wenige Tage später; federführend innerhalb der Christlichsozialen Partei war Schmitz: er schlug seinen Parteifreunden den bisherigen Volksbundreferenten Rudolf Henz für diese Funktion vor und setzte ihn - gegen den Willen Czeijas - im Exekutivkomité vom 9. Februar 1931 auch durch[99]. Die Bekanntschaft mit Schmitz hatte sich für Henz also bezahlt gemacht; nun galt es, die Bewährungsprobe gegenüber Czeija und der Opposition zu überstehen.

Leicht hatte es Henz in seiner neuen Aufgabe zu Beginn zweifellos nicht, denn die Gegnerschaft Czeijas gegen die ihm - zum zweiten Mal - von außen aufgezwungene Lösung schuf nicht etwa ein kooperatives Übergangsklima. Henz berichtet dazu im Rückblick:
"Czeija machte mir am Anfang boshafte Schwierigkeiten... Er nahm mir alle Leute weg... Nun ist aber das gelaufen... das Schwierige war, daß ich schon ein Freiprogramm auf drei Wochen im vorhinein bilden mußte... Also ich muß gestehen, ich habe damals jeden Tag geheult und zu meiner Frau gesagt, daß ich da gar nicht mehr reingehen wollte."[100]

Er mußte aber auch den Erwartungen beider Parteien, sowohl der ihn delegierenden Christlichsozialen, als auch der Opposition und schließlich auch der Presse nach größerer Offenheit gegenüber kontroversen, weltanschaulichen Inhalten, Liberalität und Toleranz genügen, stand also unter großem Erwartungsdruck.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion forderte Leopold Thaller schon anläßlich des Rücktritts Wolfs, es müsse wie in Deutschland auch in Österreich möglich sein, "auch Vertreter verschiedener politischer Richtungen in der Diskussion vor das Mikrophon zu bringen."[101] Die Antrittsrede, die Henz am 12. März 1931 vor dem Radiobeirat hielt, liest sich wie eine Antwort darauf:
"Vielleicht hat meine Vergangenheit als RAVAG-Kritiker auch den Vorteil, daß ich meine kritische Stellung nicht sofort ablegen kann... Ich bin kein Ängstlicher vor dem wirklichen, gegenwärtigen Leben. Es ist meine Überzeugung, daß wir Menschen nur wahrhaft bilden können, wenn wir vom Tiefsten ihres Wesens, von ihrer Weltanschauung her aufbauen. Aber hier sehe ich eben die Hauptschwierigkeit jedes Kulturvermittlers, der über den Weltanschauungen zu stehen hat. Es gibt für ihn zwei Arbeitsmöglichkeiten: er sucht jene Kulturgüter auf, die in jenem schmalen Rahmen liegen, der von den sich schneidenden Linien der beiden Weltanschauungen umschlossen wird, das heißt möglichste Ausschaltung jeder Einseitigkeit, aber damit auch Ausschaltung und Zurückdrängung jeden wirklichen Lebens. Oder wir nehmen den Rundfunk als die größte Tribüne der geistigen Auseinandersetzung. Ich hätte den Willen dazu, auch den Mut, den Buckel hinzuhalten..."[102].

Henz war also willens, sich dem - heute würden wir es nennen - Problem der Objektivität im Monopolrundfunkunternehmen RAVAG auf eine neue Art und Weise zu nähern, und Paul Bellak, Fritz Brügel und Andreas Reischek, die er als Berater, "Konsulenten" und "engste Mitarbeiter" präsentierte, sollten ihm dabei helfen. Es selbst aber beanspruchte, nach einer Zeit der Bewährung, für sich als unbestrittener Leiter der Wissenschaftsabteilung die Letztentscheidung zu behalten. "Spinne im Netz" zu sein, so sieht Henz rückblickend seine Position. "Auf den Fäden des Netzes gleitet heran, was irgendwo in der Welt los ist". Die Macht des Rundfunks liegt "in der Institution, in allem, was diese Institution heranbringt". "Die Aufgabe des Programmbildners ist es, den Fachmann zu finden." Daß dabei "auf die Dauer nicht Religion, lebendige Philosophie, Welt-

anschauung, große Politik ausgeklammert werden konnte, war mir klar", schreibt er rückblickend[103].

Die 'Fraktionsführer' beider weltanschaulichen Lager im Radiobeirat, Thaller und Wenzl, gaben ihm dazu übereinstimmend grünes Licht. "Die programmatischen Erklärungen des Herrn Dr. Henz werden, falls sie sich erfüllen, die Möglichkeit einer guten Zusammenarbeit schaffen"[104], äußerte sich Leopold Thaller zu den Erklärungen Henz' und die links von der Mitte stehende Zeitschrift 'Radio Welt' schrieb erleichtert: "Endlich Weltanschauungen!"[105]. Der neue wissenschaftliche Leiter legte in der Folge in der Tat ein zügiges Reformtempo vor. Zunächst gab er jenen Vortragsreihen, die er von seinem Vorgänger geerbt hatte, ein klareres inhaltliches Profil, um sich schärfer gegeneinander abzuheben. So sollte die von Wolf eingerichtete Serie "Wissen der Zeit" ausschließlich "die neuesten wissenschaftlichen Errungenschaften der Technik" zusammenfassen und erhielt dafür mit dem Sonntagvormittag einen attraktiven Sendetermin.

Hingegen sollte die "Aktuelle Stunde" mehr als bisher, "der Erörterung aktueller gesellschaftlicher", aber auch politischer Probleme gewidmet sein. Dazu kam eine gemeinsam mit der Aktuellen Abteilung Erich v. Kunsti's veranstaltete Vortragsreihe unter dem Titel "Probleme der Zeit"[106]. Sozialen, soziologischen, volkswirtschaftlichen, philosophischen aber auch religiösen Themen wurde durch eigene, spezielle Vortragsreihen, zumeist unter einem Leitthema wesentlich breiterer Raum als bisher eingeräumt. Prominente Natur- und Sozialwissenschaftler, wie Hans Thirring oder Paul Felix Lazarsfeld, Volkskundler und Religionswissenschaftler, Philosophen und Expeditionsleiter sprachen vor dem Mikrophon. Er begann damit, kontroversielle Themen hintereinander, aber auch in Form eines Streitgespräches vor dem Mikrophon abhandeln zu lassen und ließ dabei vom Herbst 1931 auch exponierte Vertreter religiöser und sozialistischer Weltanschauung vor das Mikrophon treten, wie den Jesuiten Friedrich Muckermann und den Linkssozialen Max Adler. Im Spätherbst 1931 sprengte Henz erstmals das Tabu, wonach Parteipolitiker vom Mikrophon ausgeschlossen waren. Aus Anlaß der Krise der 'Österreichischen Creditanstalt' traten nacheinander führende bürgerliche (Buresch, Heinl und Dollfuß) und gemäßigte sozialdemokratische Politiker (Renner und Emmy Freundlich) an und sprachen zum Thema "Wie können wir der österreichischen Wirtschaft helfen?". Zwei nicht minder wichtige Neuerungen auf lange Sicht stellten die Einführung von außenpolitischen Kommentaren und die Neuerungen im Jugendprogramm dar.

Seit 11. April 1931 sprach der außenpolitische Redakteur der 'Neuen Freien Presse', Dr. Ernst Molden, im Abstand von etwa sechs Wochen einen regelmäßigen Kommentar "Ein Monat Weltgeschehen", in dem er, zunächst Samstag, dann Sonntag abends, in 25 Minuten den heimischen Radiohörern die wichtigsten außenpolitischen Ereignisse zu erläutern versuchte[107]. Die Sendung lief auch während der Zeit des 'Ständestaats' weiter bis kurz vor dem 'Anschluß'. Im Bereich der Jugendsendungen sorgte Henz dafür, daß die "Jugendstunde", die bisher eher ein Aschenbrödeldasein gefristet hatte, umgekrempelt, thematisch wie didaktisch modernisiert, und in gemeinsamer Verantwortung aller Abteilungen abwechslungsreicher und interessanter gestaltet wurde. Die bedeutendste Neuerung auf diesem Gebiete war aber zweifellos die Einführung des Schulfunks, die dem Volksbildner Henz ein offenbar besonders vordringliches Anliegen gewesen zu sein schien. Obwohl die ersten Anregungen dazu auch in Österreich sich bis 1974 zurückverfolgen lassen, wurde die Schulfunkdiskussion erst ab 1928 intensiver geführt und riß seither nicht mehr ab[108]. Nach Gesprächen zwischen dem Unterrichtsministerium und der RAVAG-Generaldirektion genehmigte das Exekutivkomité im Oktober die zu-

nächst versuchsweise Einführung des Schulfunks mit Jahresbeginn 1932. Nachdem sich der Versuch bewährt hatte, das Interesse und die Beteiligung rege waren, beschloß eine im Sommer 1932 erstmals zusammentretende Schulfunkkommission die Weiterführung der Sendungen, die von vornherein nur als Ergänzung zum Unterricht gedacht waren(109).

Zusammenfassend durfte Henz im Rückblick auf sein erstes Rundfunkjahr mit einigem Recht eine positive Bilanz ziehen. Wenn Otto Neuraths Formel zutrifft, daß "Statistik Freude für die Erfolgreichen" ist, konnte sich Henz zu dieser Kategorie zählen. Der schwelende Konflikt mit Generaldirektor Czeija(110), einem entschiedenen Befürworter eines eng verstandenen Neutralismus, war ausgestanden; und Czeija stand, einmal überzeugt, umso stärker hinter ihm. Die aufgrund wiederholter Zensuren am Text der Vorträge der Wirtschaftskammern immer wieder aufbrechenden Konflikte hatte Henz vorläufig dadurch entschärfen können, daß er den Kammersendungen durch Vorgabe von Themenschwerpunkten viel von ihrem antagonistischen Charakter nahm. Die Öffnung zu Gegenwartsnähe und Einbeziehung weltanschaulicher Themen war weitgehend gelungen. Sein Programm hatte durch Differenzierung, größere Systematik und strengere Zeitaufteilung des Gesamtprogrammes an Profil gewonnen. Daß er, im Verhältnis zu den übrigen Programmsparten, vor allem gegenüber Nüchtern, zusätzlich Sendezeiten bekam, was sich auch in der Jahresprogrammstatistik niederschlug, trug ihm vielleicht nicht die ungeteilte Anerkennung der anderen Abteilungsleiter ein, dafür aber verstärktes Gewicht(111). Auch die sozialdemokratische Opposition, in den Jahren davor in ihren Ansprüchen ohnedies bescheiden geworden, vermerkte auch kleine Zugeständnisse dankbar. Sie erhielt, im Wege Fritz Brügels, ein vermehrtes Mitspracherecht bei der Gestaltung 'proletarischer Festtage', wie des 1. Mai, der Märzfeiern in Erinnerung an die 1848er Revolution, des Republikfeiertags und erstmals auch eines 'Arbeiterrundfunktags'. Daß Karl Renner, Josef Luitpold Stern oder Max Adler im Rundfunk ihre Ansichten äußern durften, wäre ihr ein Jahr zuvor noch undenkbar erschienen. Und daß Adolf Merkl über das Wesen der Demokratie und der Wiener Magistratsdirektor Karl Hartl zum Staatsfeiertag über die Verfassung reden konnten, mußte ihr, wenige Wochen nach dem Pfriemerputsch, und angesichts früherer Übertragungen von Heimwehraufmärschen, als Fortschritt erscheinen. Dies ließ sie manches vergessen, was ihr an Neuerungen nicht behagte, und daß Henz das Radioprogramm 'sozialistischer' machen würde, hatte sie ohnedies von Anfang an von ihm nicht erwartet.

Aber die wirtschaftliche Krise, die sowohl internationale wie heimische Ursachen hatte, die Krise der größten österreichischen Bank wurde bereits erwähnt, die zu sanieren enorme Budgetmittel herangezogen wurden, führte vom Herbst 1931 auch zu einer sich vertiefenden Systemkrise des österreichischen Parlamentarismus, dessen frühe zeitliche Eckpunkte mit dem Pfriemerputsch des 13. September 1931 und der Wahlniederlage der beiden Regierungsparteien und der lange Zeit mitregierenden Großdeutschen Volkspartei bei den Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg im April 1932 werden können. Die NSDAP wurde auch in Österreich ein ernstzunehmender Faktor in der Politik.

Manches in den Veränderungen des Vortragsprogramms in diesem so bedeutsamen Jahr 1932 kann auf diese Veränderungen in der politischen Landschaft am rechten, bürgerlichen Rand zurückgeführt werden. Ansätze eines Autoritätsdenkens wurden sichtbar. So lautete etwa die ablehnende Argumentation Henz' auf ein, offenbar von nationalsozialistischer Seite vorgetragenes Ansinnen, im Anschluß an die erwähnte Debatte über Sanierungsmöglichkeiten für die österreichische Wirt-

schaft auch selbst öffentlich zu Wort zu kommen:
"Wir (müssen) prinzipiell alle Erörterungen von Wirtschaftsplänen etc..., die nicht von der Regierung ausgehen, ablehnen".(112)

Hier zeigen sich bereits Ansätze jenes Bunkerdenkens, in dem die Ansichten der Bundesregierung in Krisenzeiten zum Stein der Weisen erklärt wurden. Dazu kam, daß die Öffnung des Vortragsprogramms gegenüber weltanschaulich kontroversen Inhalten bei der gegebenen (rundfunk-) politischen Gesamtkonstellation natürlich nicht ein Gleichgewicht und gleiche Chancen für links und rechts bedeutete, sondern lediglich Berücksichtigung der Standpunkte der Opposition. Insgesamt ermöglichte es das vermehrte Einströmen weltanschaulich, kulturphilosophisch konservativ-restaurativer Tendenzen. Man begann im Rundfunk, wie im politischen Alltag auch, verstärkt darüber zu reden, was dann im Jahr darauf getan wurde: die Demontage der Demokratie, die mit der rückwärts gewandten Thematisierung der Gegenwart und der Relativierung der Demokratie und ihrer Verfassung begann.

Da sticht zunächst eine deutlich stärkere Akzentuierung von Themen aus den Bereichen Kulturphilosophie, Volkskunde, Volks- und Brauchtum, Massenpsychologie und Themen zur Krise der Moderne und der "abendländischen Kultur" ins Auge. Wenn dazu noch die Namen häufig eingesetzter Vortragender, wie Viktor von Geramb, Hans Eibl, Oswald Menghin, Richard Wolfram, Fritz Flor, Kurt Driesch, Pater Georg Bichlmair, Hans Hassinger, Othenio Abel oder Leo Gabriel genannt werden, so muß dem nicht mehr viel hinzugefügt werden. Hier die, ebenfalls bezeichnenden, Titel einiger Vortragsreihen, unter denen die Krise der Gegenwart historisierend thematisiert wurde: "Das abendländische Volkstum", "Zusammenhänge der europäischen und asiatischen Kultur", "Urzeitliche Grundlagen der abendländischen Kultur", "Gestalten des ewigen Menschen", "Die Religionen der primitivsten Völker", "Krise und Ende der abendländischen Kultur", "Deutsche für Deutsche" und "Heimat Österreich"(113).

Verstärkte Hinwendung zur Vergangenheit, bleibende Werte, anthropologische Grundkonstanten menschlicher Entwicklung, Wertbewußtseinspflege, Religiösität und im Volks- und Brauchtum verankerte bodenständige kulturelle Traditionen, sie bildeten gewissermaßen einen Rettungsanker als geistige Reaktion auf die wirtschaftliche und politische Krise, der man eher hilflos gegenüberstand. Je weniger der Staat und seine Wirtschaft(spolitik) für eine immer größer werdende Zahl von Bürgern Heimat im sozialen Sinne waren, umso mehr bedurfte es geistiger Anstrengungen, die Schönheiten der "Heimat Österreich" wenigstens in landschaftlicher oder historischer Perspektive in den Vordergrund zu rücken. Die ersten von Henz und Nüchtern produzierten Hörbilder erhielten Titel wie "Sinfonie aus Österreich" oder "Vorarlberg und Bodensee" und rückten längst vergangene Größe und ländliche Schönheit in den Mittelpunkt. Fluchttendenzen waren unübersehbar.

Wo tagesaktuelle Bezüge aber hergestellt werden, dort wurden allmählich auch stillschweigend bisher bestehende Tabus aufzulösen versucht. Die Übergänge und Überschreitungen wurden langsam, vorsichtig und - noch -unter Einbeziehung anderslautender Standpunkte vollzogen: wenn über Abrüstung diskutiert wurde, wurden auch Rüstungsbefürworter gehört, wenn über Arbeitsdienstpflicht, dann auch ihre Gegner, gemeinsam war jedoch die Art der Themenvorgabe. Neu waren verstärkte Traditionspflege (militärische Feiern, Diskussion über Abspielen der Bundeshymne), die Zelebration kirchlicher (Fronleichnamsprozession, Inthronisation Innitzers, Begräbnis Piffls, Papstrede) und bürgerlicher Öffentlichkeit (Rede Dollfuß' über die Anleihe von Lausanne, Begräbnisfeiern Seipels, Schobers). Die Grenzüber-

schreitungen zur einseitigen Parteinahme in tagespolitischen Fragen, wie Wirtschaftskrise, Arbeitsdienst oder deutsche Wahlen blieben noch Einzelfall. Vielleicht könnte man sie auch Tests gegenüber der Opposition nennen.

Der sich abzeichnende neue Kurs bleibt dort jedoch nicht unbemerkt. Man polemisierte und protestierte, erzwang Debatten im Radiobeirat. Josef Luitpold Stern bezeichnete Militärkapellen als "musizierende Mörder", den Germanisten Josef Nadler als den "Professor Spann der Literaturgeschichte" und warnte die Verantwortlichen, "die Linien der demokratischen, republikanischen Erziehung einzuhalten"(114). Auch Henz war damit gemeint. Aber Stern war auch, eben weil er sich seit langem konservativen Tendenzen entgegenstemmte, einer jener, der resignativ-realistisch die Vergeblichkeit seines Einsatzes erkennend, sein Mandat zurücklegte. In der RAVAG-Direktion wurde dies erleichtert zur Kenntnis genommen. Auch überlegte man dort eine 'Reform' der Geschäftsordnung des Unterausschusses, der als ständige Kontrollinstanz über die Programmgestaltung wachte(115).

All das zeigt deutlich, wie sich das rundfunkpolitische Klima zwischen Frühjahr und Spätherbst 1932 verändert hatte.
Der aufmerksame Rundfunkkritiker des 'Wiener Tag', Alfred Rosenzweig, formulierte schon im März 1932 einigermaßen prophetische Worte:
"Wann wird die erste Geschichte Radio-Wiens geschrieben werden? Es wäre bald an der Zeit. Denn nunmehr ist der österreichische Rundfunk im Begriffe, in das grelle, ja übergrelle Licht der breitesten Öffentlichkeit zu treten. ... das Schwierigste: Historisch einwandfrei darzustellen, wie unter der Maske des Unpolitischen der Prozeß der Politisierung des Rundfunks sich vollzog."(116)

Die Zeitspanne, in der dies eintrat, läßt sich heute ziemlich genau angeben: es ist der Zeitraum zwischen Sommer und Jahresende 1932. Zwei Ereignisse machen den Übergang deutlich. Zunächst sind es die Führer des österreichischen Ablegers der Nazipartei, die Mitte Juni die Frage nach der Möglichkeit weiterer Abstinenz der Ravag von der Tagespolitik aufwarfen. Daß sie dies mit den ihrer Politik entsprechenden Mitteln taten, darf nicht verwundern.

Nach entsprechender publizistischer Vorbereitung durch ihr Zentralorgan erhielt Czeija am 11. Juni 1932 Besuch von den 'Gauleitern' Wiens und Niederösterreichs, Frauenfeld und Leopold, in Begleitung von Bundesrat Schattenfroh, die an ihn ultimativ die Forderung nach Übertragung von Radioreden deutscher Nationalsozialisten im Reichswahlkampf richteten.(117)

Als Czeija ablehnte, folgten offene Drohungen, Demonstrationen auf der Wiener Ringstraße, ein Böller explodierte.

Die RAVAG-Gremien, allen voran das Exekutivkomité, wurden mit der Frage 'Parteipolitik im Radio' befaßt und faßten folgenden, übereinstimmenden Beschluß:
"Die RAVAG hat seit ihrem Bestehen parteipolitische Vorträge nicht zugelassen... Der Rundfunk muß ein Rundfunk für alle sein und darf seinem Wesen und seiner Bestimmung nichts anderes sein..."

Das christlichsoziale Zentralorgan "Reichspost", das sich - wie auch die Opposition - voll hinter diesen Beschluß stellte, ergänzte:
"Das Häßliche des Alltags, das zum Widerspruch Reizende, das Trennende und Verunreinigende, muß vom Rundfunk ferngehalten werden ... Der reichsdeutsche Rundfunk kennt politische Ansprachen und sogar Dialoge politischer Gegner. Die Erfahrungen, die man mit diesen Experimenten gemacht hat, reizen nicht zur Nachahmung."(118)

Wie aber durfte man es verstehen, wenn

in der RAVAG zwischen Oktober und Dezemer 1932 nicht weniger als dreimal der Ex-Bundeskanzler Ernst v. Steerwitz, sowie die Minister a. D. Hennet und Handelsminister Bachinger zu Fragen der Wirtschaftskrise und Staatssekretär Emil Fey knapp vier Wochen nach den Ereignissen von Simmering einen Vortrag über "Wirtschaft und öffentliche Sicherheit" halten durften?

In allen aufgeführten Fällen wurden diese Vorträge in Vortragsreihen eingebaut, deren Verantwortung dem wissenschaftlichen Leiter Rudolf Henz oblag!

Aber es gibt ein vielleicht noch schlagenderes Indiz dafür, wie sehr rundfunkpolitische Entwicklungen die Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates im März 1933 vorwegnahmen. Und das war die nahezu ein halbes Jahr hindurch dauernde Lahmlegung des Radiobeirates. Den Vorwand hiefür boten rivalisierende Mandatsansprüche der am äußerst rechten politischen Rand angesiedelten Heimwehren und Nationalsozialisten. Weil sich diese untereinander nicht einigen konnten und weder die Generalpostdirektion noch RAVAG-Generaldirektor Czeija die Verantwortung übernehmen wollten, entschloß man sich, bis zur Lösung dieses Problems überhaupt keine Beiratsplenarsitzungen mehr einzuberufen. Erst als der neue Heimwehr-Handelsminister Guido Jakoncig seinen Freunden den Vorzug gegeben hatte, wurde der Beirat Anfang Jänner 1933 wieder flott gemacht. Die 'Parlamentskrise' im Rundfunk ging der des Nationalrats also voraus(119).

In der ersten Sitzung, die nach langer erzwungener Pause am 12. Jänner 1933 stattfand, brachte der Vertreter des 'Kulturverbands vaterländischer Radiohörer' Josef Dasatiel - Rinaldini, der sein Mandat der Regierungsbeteiligung der Heimwehren im Kabinett Dollfuß verdankte(120), den Antrag ein, mehr Vorträge und Reportagen zur "Heimatkunde, vaterländischen Geschichte und Kulturgeschichte u.ä." ins Programm aufzunehmen. Werke und Auftritte ausländischer Autoren hingegen sollten "kontingentiert" werden.(121) Am Schluß jeden Sendetages sollte die von Haydn stammende alte Bundeshymne, die sogenannte 'Kaiserhymne', zum Vortrag kommen.

Während der das Abspielen der Bundeshymne betreffende Antrag infolge sozialdemokratischer Widerstände 'weiter beraten' wurde, wurde der Forderung nach stärkerer Betonung 'vaterländischer Geschichte' insbesondere durch die Ankündigung Rudolf Henz' entsprochen, daß eine "Vortragsreihe in Einzelportraits die großen Gestalter der Welt- und Kulturgeschichte zeichnen soll"(122).

Als jedoch in Deutschland am 30.1.1933 das 'Dritte Reich' anbrach, wurde sehr schnell erneut die Frage aktuell, wieweit nicht, anstatt Gedenksendungen über Staatsmänner abzuhalten, diese selbst vor das Mikrophon treten sollten. Die Initiative dazu ging so wie im Juni 1932, erneut von den Nationalsozialisten aus.

Die Nachricht von der Bestellung Hitlers zum Reichskanzler wurde übrigens in Wien sehr rasch bekannt:
"Um 13.30 Uhr setzte plötzlich das durch das Radio (die RAVAG!, d. Verf.) verbreitete Mittagskonzert aus, und der Sprecher des Rundfunks machte der gespannt aufhorchenden Radiohörerschaft die seit Jahrzehnten schicksalvollste Meldung, daß Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde ... Nach dem Ende der Mittagssendung um 14 Uhr verkündete die RAVAG nochmals den Vollzug der Regierungsbildung im Reiche ..."(123),

Tags darauf lag bereits ein Schreiben des "Deutschen Funkhörerbunds", Wien auf dem Tisch von RAVAG-Generaldirektor Czeija mit der Forderung nach Übernahme der angekündigten "programmatischen Rede" des deutschen Reichskanzlers. Ausdrücklich wurde dabei an die "bisherige Praxis" der RAVAG erinnert, "bedeutsame Reden

reichsdeutscher Staatsmänner" zu übernehmen[124]. Einer Exekutivkomitésitzung, die Czeija, der die Verantwortung für eine Entscheidung erwartungsgemäß nicht allein übernehmen wollte, für den 2. Februar 1933 einberief, lag ein Antrag vor, unter bestimmten Bedingungen Reden der deutschen Reichsregierung zu übertragen. Nach zweistündiger Beratung wurde dies nur durch Einlegung des, satzungsgemäß einem der Hauptaktionäre zustehenden, Vetos des Vertreters der Gemeinde Wien, Hofrat Georg Stern verhindert. Der österreichische Rundfunk bleib also "für den deutschen Reichskanzler gesperrt", "weil ein marxistischer Jude Einspruch erhebt", erzürnte sich die 'Deutschösterreichische Tageszeitung'[125].

Es kam also in der Frage der Zulässigkeit von Politikerreden, zum Unterschied vom gemeinsam gefaßten Beschluß im Juni 1932, zu keiner einheitlichen Haltung zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen mehr. Im Gegenteil: es war letztlich diese Frage, die eine Diskussion über die Aufrechterhaltung jenes Gentleman-Agreement zwischen Seipel und Seitz auslöste, das in Ausnahmefällen auch dem Wiener Bürgermeister ein Recht zum unzensurierten Auftritt im Rundfunk einräumte. Wenn man den christlichsozialen Vertretern im Exekutivkomité also nicht nationalsozialistische Sympathien unterstellen will, so kann ihre kompromißbereite Haltung in dieser Frage nur so logisch verstanden werden, daß sie diese Gelegenheit benützten, um über Umwegen der österreichischen Bundesregierung den alltäglichen Zugang zum Mikrophon zu eröffnen[126].

In dieser Frage konnte man aber mit keinerlei Entgegenkommen von seiten der Opposition rechnen, die ohnedies bereits vehement gegen die sich seit Oktober 1932 häufenden Ministerauftritte im Rundfunk protestierte.
Wenn nun ausgerechnet in dieser für die Bundesregierung festgefahrenen rundfunkpolitischen Situation in der 2. Dezemberhälfte Meldungen über eine geplante gemeinsame Reorganisation von Bundestheatern und RAVAG auftauchten, dann fällt es schwer, an einen Zufall zu glauben. Finanzielle Probleme existierten sowohl bei den Bundes- wie auch bei den Landestheatern seit langem; auch an Sanierungsvorschlägen dafür hatte es nicht gefehlt[127]. In verschiedenen Blättern gab es nun aber Meldungen, wonach im Unterrichtsministerium an einem neuen RAVAG-Gesetz gebastelt werde. Der dafür zuständige Sektionschef Hans Pernter, der schon seit über einem Jahr als Befürworter eines stärkeren Einflusses seines Ministeriums im Rundfunk galt, bestätigte der 'Neuen Freien Presse' gegenüber seinen Wunsch nach einer "innigeren Zusammenarbeit" mit der RAVAG; der für Rundfunkfragen zuständige Handelsminister Guido Jakoncig hingegen gab sich ebenso überrascht, wie der christlichsoziale RAVAG-Präsident Eduard Heinl. Unterrichtsminister Anton Rintelen wollte sich dazu nicht äußern, das Zentralorgan der NSDAP, die 'Deutschösterreichische Tageszeitung' sprach sich hingegen für eine Übernahme der Rundfunkkompetenzen durch sein Ministerium aus. Ende Jänner 1933 kam es zu einer Aussprache der Hauptaktionäre der RAVAG, ohne Vertreter des Unterrichtsministeriums im Parlament, bei der sowohl eine Kompetenzänderung wie auch eine Sanierung der Bundestheater aus Hörergeldern abgelehnt wurde[128]. Eine Koalition von Post, Handelsminister, Aktionären und innerparteilichen Gegnern Rintelens verhinderte schließlich eine umfassende Änderung des Verhältnisses zwischen RAVAG und Unterrichtsministerium. Der Ruf nach dem Staatskommissar für den Rundfunk verstummte damit zwar nicht, doch mußte sich das Ministerium mit einer rein 'finanziellen Lösung' zufrieden geben.

## Henz ersetzt den Staatskommissar: Rundfunkumbau im Ständestaat

Die Machtverschiebungen zwischen der Regierung Dollfuß und der Opposition

wie sie infolge der "Drei Märztage" (Otto Leichter) - des 4., 7. und 15. März[129] eintraten, zeigten sehr rasch eine rundfunkpolitische Wirkung.
Am Montag, den 13. März 1933, abends um 20.15 Uhr legte Engelbert Dollfuß "von seinem Arbeitszimmer" im Bundeskanzler aus erstmals öffentlich "Die Ziele und Aufgaben der österreichischen Bundesregierung" dar. Die RAVAG 'machte es möglich', daß auch die in- und ausländischen Rundfunkhörer seine Rede empfangen konnten. Sie hatte eigens, wofür ihr der Kanzler dankte, Übertragungseinrichtungen am Ballhausplatz eingerichtet. Dollfuß bekräftigte seine Absicht, daß die Bundesregierung bis auf weiteres ohne Mitwirkung des Parlaments im Notverordnungswege" alle erforderlichen Maßnahmen treffen werde, um "Ruhe und Ordnung in Österreich" aufrechtzuerhalten, "für das Wohl der Wirtschaft und des Volkes zu sorgen" und die eingetretene Krise durch einen "notwendigen Verfassungsumbau" zu meistern. Dabei müsse "eine ganz wesentliche Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates, aber auch eine ganz wesentliche Änderung der Form der Vertretung der verschiedenen Berufsschichten und -stände ... Platz greifen".[130] Diese klare Absichtserklärung einer antiparlamentarischen Verfassungsreform erfolgte zwei Tage vor der vorgesehenen Einberufung des Nationalrates, die von den Regierungsparteien boykottiert und bekämpft wurde.[131] Auch auf Rundfunkebene bekam die Opposition den neuen, autoritären Kurs sofort zu spüren, und zwar schon am Tage nach der Kanzlerrede, am 14. März. An diesem Tage hätten, zum Gedenken an den 50. Todestag von Karl Marx, eine Reihe von Sendungen zu diesem Anlaß stattfinden sollen. Vier von fünf dieser Sendungen, Vorträge, die in das Ressort von Henz fielen, wurden gestrichen. Anstelle der entfallenen Sendungen gab es einen Hörbericht aus dem Messepalast, eine Ansprache von Handelsminister Guido Jakoncig und einen Bericht des Preiskommissärs Raoul Allgayer über seine bisherige Tätigkeit.[132]

Am 17. März 1933, also nur wenige Tage nach diesem Vorfall, wurde der Abschluß eines Übereinkommens zwischen RAVAG und der Bundestheaterverwaltung über die Subventionierung des Theaters aus Hörergeldern bekanntgegeben.[133] Beide Ereignisse zeigen, wie rasch sich geänderte Verhältnisse auf den Rundfunk auswirkten. Damit war allerdings erst ein Anfang getan.

Während von nun an in kurzen regelmäßigen Abständen die Mitglieder des Kabinetts Dollfuß, Winkler, Schuschnigg, Vaugoin, Weidenhoffer, Fey abwechselnd im Rundfunk sprachen, setzte auf Regierungsebene und innerhalb der Regierungsparteien ein intensives Nachdenken über eine stärkere Heranziehung aller denkbaren Massenmedien zur Unterstützung der Regierungsarbeit ein. Vordenker dabei waren in erster Linie Kurt v. Schuschnigg, der dazu sogar eigens eine Erkundungsreise nach Berlin antrat, Eduard Heinl, Ernst v. Streruwitz, der Landbündler Franz Winkler sowie Richard Schmitz. Auf Parteiebene forderte die Wiener christlichsoziale Parteileitung den Kanzler sowie Justizminister Schuschnigg mehrfach auf, die "Einsetzung eines Rundfunkkommissars" endlich zu realisieren.[134] Ist es ein Zufall, daß die Forderung nach einer verstärkten Einbindung des Rundfunks für die Propagierung der Regierungsziele zuerst von Kurt v. Schuschnigg als einem scharfen Gegner der Pressefreiheit[135] sowie von Henz'-Intimus Richard Schmitz aufgeworfen wurde?

"Die politisch taktische Notwendigkeit. In Wien stehen die Leute bei den Zeitungsständen der Nazi und den Wandzeitungen der Sozi. Das sind die Informationsquellen der Massen. Parteimäßig kommen wir in den Hintergrund.. Nur einer kann antworten: die Regierung, welche von diesen Blättern täglich, stündlich angegriffen wird. Ich sehe nicht ein, warum nicht in diesem Augenblick eingegriffen werden könnte. Aufruf und Radioaufklärung an die Bevölkerung, täglich und stündlich. Wir

benützen dieses letzte Mittel gar nicht. Der Einfluß der Nazi durch den Rundfunk.:."[136]

Das wurde nun anders. Abgesehen von den fast täglichen Ministerreden befaßte sich ein kleines Komité aus Ministern und Fachleuten über Auftrag von Bundeskanzler Dollfuß vom 10. März in der 2. Märzhälfte mit der Einrichtung eines von der Regierung gelenkten "Propagandadienstes". Bis Ende März waren die Beratungen soweit gediehen, daß dem Ministerrat am 31. März 1933 ein ausgearbeiteter Vorschlag vorlag.[137] Er enthielt eine Reihe organisatorischer und inhaltlicher Ideen zur "Reorganisation der propagandistischen Möglichkeiten" als "unerläßliche Ergänzung" zu den übrigen, im Rahmen des Notversorgungskurses erlassenen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, "um im Interesse der Regierung und der in ihr vertretenen Parteien die Regierungstätigkeit den breiten Massen der Bevölkerung näherzubringen". Die Urheber der Vorschläge machten, da diese ohnedies nur vertraulich auf Ministerebene diskutiert wurden, kein Hehl daraus, daß dabei die "Propagandazweige des Deutschen Reiches als Vorbilder genommen werden"; eine vollständige Imitation sei "nicht möglich", da Staatsbaufbau und die zur Verfügung stehenden Mittel eben ungleich seien. Die Vorschläge enthielten im wesentlichen folgendes: strengere Aufsicht des Bundespressedienstes über die Amtliche Nachrichtenstelle als Nachrichtenagentur, Einsetzung eines für Propaganda in "Radio, Kino, Vorträge(n) und alle(n) anderen Möglichkeiten" zuständigen "Bundeskommissärs für den Heimatdienst" und Koordinierung dieser Tätigkeiten durch ein wöchentlich tagendes "Ministerkomité für Propaganda".

Der Ministerrat beschloß zunächst die grundsätzliche Annahme der Vorschläge und die Einsetzung eines aus Vizekanzler Franz Winkler, sowie den Ministern Schuschnigg und Jakoncig bestehenden Ministerkomités zur weiteren Behandlung des Fragenkomplexes. Offenbar im Auftrag dieses Komités konstituierte sich April auch ein "Kuratorium für den Heimatdienst", das sich aus Fachleuten, die aus den verschiedenen Medien kamen, zusammensetzte.[138]

Weder das Ministerkomité, noch das Kuratorium der Experten erwiesen sich in der Folge aber als besonders effektive Lenkungsinstanzen. Am ehesten wurde noch das letztere, jedoch nur in seiner Aufgabe als Beratungs-und Kontrollgremium den ursprünglichen Absichten gerecht. Während das Ministerkomité nach dem Austritt des Landbunds aus der Regierung im September 1933 einschließ, bestand das Kuratorium immerhin noch weiter und hielt auch noch weiterhin Sitzungen ab. Ein Versuch, durch die Schaffung eines "Bundeskommissärs für Propaganda" in der Person des früheren Tiroler Heimwehrführers Richard Steindle erneut eine zentrale Lenkungsinstanz zu schaffen, scheiterte nach kaum neun Monaten gleichfalls. Im Grunde waren all das Versuche der kleineren Regierungspartner Dollfuß', wenigstens ein Stück Macht im Medien- und Propagandaapparat der Regierung für sich zu sichern.[139]

Weder im Presse-, noch im Film- und am allerwenigsten im Rundfunkwesen erzielten Landbund oder Heimatschutz aber einen durchschlagenden Erfolg. Die Schlüsselpositionen blieben durchwegs mit Vertrauensleuten oder Angehörigen der Christlichsozialen besetzt, es kam nirgends zu Auswechslungen. An der Spitze des Bundespressedienstes stand seit dem Jahre 1922 Eduard Ludwig, der zwar nicht der Regierungspartei angehörte, den Kurswechsel aber mitvollzog; an der Spitze der Amtlichen Nachrichtenstelle stand mit Edmund Weber ein langjähriger Parteifreund Engelbert Dollfuß' und bei den Zeitungen hatten die Heimwehren ohnedies wenig Einfluß. Dasselbe galt im Filmwesen, das aufgrund des Niedergangs und der starken Auslandsabhängigkeit der österreichischen Filmindustrie als positives Propagandame-

dium nur begrenzt willkürlichen staatlichen Eingriffen zugänglich war.(140) Als wichtigstes Propagandamedium im Filmbereich stand der Regierung eine von der 'Selenophon-Ges.m.b.H.' produzierte Wochenschau ('Österreich in Ton und Bild') zur Verfügung, deren Vertrieb durch die 'Vaterländische Tonfilmgesellschaft' besorgt wurde. Durch eine Anfang Juni 1933 erlassene Verordnung wurde es sämtlichen 680 österreichischen Tonfilmkinos zur Pflicht gemacht, sie vor dem Hauptfilm vorzuführen.(141)

Ähnlich erfolgreich wußte sich die RAVAG-Leitung gegen die Errichtung eines Überwachungs- und Befehlsapparats oberhalb der bisherigen Gremien zur Wehr zu setzen. Zwar gab es diesbezügliche Versuche von seiten des Vorsitzenden des Kuratoriums für Propaganda, Pankraz Kruckenhauser, des Bundeskommissärs Richard Steidle und auch Eduard Ludwigs vom Bundespressedienst, es war ihnen insgesamt jedoch nur wenig Erfolg beschieden.(142) Die wichtigsten Fäden liefen, was die Nachrichtengebung betraf, nach wie vor beim Chef der Amtlichen Nachrichtenstelle zusammen, während in den übrigen Bereichen die Entscheidungen bei den Abteilungsleitern und RAVAG-Generaldirektor Czeija verblieben, die ihrerseits dem Exekutivkomité, also den Hauptaktionären, verantwortlich waren. Die Bundesvertreter in den RAVAG-Gremien aber schlossen bereits im Sommer 1932 ein Übereinkommen über ein gemeinsames Vorgehen in allen wichtigen Angelegenheiten, das in seiner Tendenz natürlich gegen die Gemeinde Wien als vierter Hauptaktionär gerichtet war.(143)

Der politische Einfluß der Bundesregierung auf die RAVAG wurde damit nicht über einen besonderen Propaganda-Lenkungsapparat, sondern über die statutarischen RAVAG-Gremien, vor allem über das Exekutivkomité, und in einzelnen Fällen auch durch direkte Weisungen von seiten des Bundeskanzlers oder des Handelsministers, im Bereich der politischen Nachrichtengebung auch Ludwigs oder Webers, sichergestellt. Eine direkte, monopolistische Agentur, analog dem Goebbelsschen ‚Propagandaministerium existierte in Österreich zu keinem Zeitpunkt. Auch dem Führer der 1933 gegründeten politischen Monopolorganisation "Vaterländische Front" kam kein direktes politisches Eingriffsrecht zu, mit Ausnahme einer gewissen Mitsprache bei Personalangelegenheiten. Die Initiative zur Angleichung der RAVAG an die politischen Zielsetzungen des Ständestaates ging somit in Österreich in erster Linie von den jeweiligen Programmverantwortlichen selbst aus; die maßgebliche Kontrolle fiel weiterhin vor allem dem Exekutivkomité zu. Das einzige Gegengewicht dazu, der Radiobeirat, verlor noch im Jahre 1933 einen Großteil seiner Schlagkraft, da diese weniger auf gesetzlich verbrieften Sanktionsmöglichkeiten als vielmehr auf kritischer öffentlicher Diskussion über Programmängel beruhte. Da die pressepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung jedoch auf eine Einschränkung dieser Möglichkeiten zielten, büßte auch der Beirat damit weine Aktionsmöglichkeiten ein. Er wurde ein Jahr nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei im Jänner 1935 durch Verordnung beseitigt.(144)

Die Frage, ob es zu größeren personellen Veränderungen an der RAVAG-Spitze in den Jahren 1933/34 gekommen wäre, wenn.., erscheint müßig. Es standen mit Czeija, Henz, Nüchtern, Kunsti und Kabasta eben Männer an der Spitze, die entweder aus Opportunismus oder aus Überzeugung den ständestaatlichen Kurs mitvollzogen bzw. aufgrund ihrer bisherigen Haltung der Regierung keinen genügenden Anlaß boten, der eine Auswechslung gerechtfertigt hätte.

Eine besondere geistige Nähe zu den Ideen des 'christlich-deutschen' Staats auf ständischer Grundlage muß wohl in erster Linie Rudolf Henz und Hans Nüchtern zuerkannt werden, wobei das geistige Profil des ersteren sich mit den

Kernelementen in der ständestaatlichen 'Österreich-Ideologie' wohl in höherem Maße deckte, als dies bei Nüchtern der Fall war. Beide jedoch konnten ihren Tätigkeitsbereich über ihre berufliche Tätigkeit bei der RAVAG hinaus ausweiten. Wir wollen uns hier jedoch vor allem auf die Bedeutung der Person Rudolf Henz' konzentrieren.

In der Rundfunkpolitik, wie auch in der Kulturpolitik im allgemeinen nimmt Henz in diesen Jahren zweifellos eine Schlüsselrolle ein, wenngleich dies von ihm selbst eher herabgespielt wird.(145)

In der RAVAG ersetzt die, auf persönlicher Freundschaft beruhende Achse Dollfuß-Henz bzw. Weber-Henz bzw. Adam-Henz die geforderte Schaffung eines Rundfunkkommissars. Mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, bekannte sich der wissenschaftliche Leiter bereits Ende Juli 1933 dazu, daß der von seinem Schulfreund Dollfuß eingeschlagene politische Kurs auch auf ihn zählen könne:

"Es mag in den ersten Jahren des Rundfunks, in denen man kaum die ersten leisen Anzeichen einer Überwindung der seelischen Kriegsfolgen spüren konnte, im Sinne dieses Dienstes gewesen sein, wenn der Rundfunk auch die leiseste Parteinahme, auch die vorsichtigste Besprechung politischer und weltanschaulicher Fragen vermied. Es mag in späteren Jahren, da es manchmal schien, die aufeinander angewiesenen Bürger eines Staates hätten einander auch verstehen und schätzen gelernt, der Versuch zu rechtfertigen gewesen sein, verschiedene Anschauungen nebeneinander zur Diskussion zu stellen ...

Mit dem Augenblick aber, da es um die Existenz des Staates ging, war keine Zeit zur Diskussion und Meinungsverschiedenheit, mußte ein einheitliches Ziel, ein einheitlicher Wille den Rundfunk in jene eindeutige Linie weisen, die von den obersten Vorkämpfern des Vaterlandes uns vorgeschrieben wird. Wenn jetzt der Rundfunk den Menschen als Sprachrohr dient, die sich in der entscheidenden Stunde für die Selbständigkeit, für die wirtschaftliche Sicherheit Österreichs eingesetzt haben, dann ist dies diejenige Form der Dienste am Volke, die für die gegenwärtige Zeit allein möglich ist."(146)

Früher als seine Ravag-Kollegen begann daher Henz mit dem Umbau des von ihm geführten Programmbereichs, lange vor der gewaltsamen Zerschlagung und Auflösung der sozialdemokratischen Partei- und Kultur- sowie Gewerkschaftsorganisation. In der Sendereihe **"Zeitfunk"**, erstmals ausgestrahlt am 9. Mai 1933 mit über 110 Sendungen bis Jahresende, konnten "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und österreichische Staatsmänner ... zu den Problemen der Zeit Stellung nehmen".(147) Daß es ausschließlich Mitglieder oder Beauftragte der Bundesregierung waren, muß wohl nicht besonders erwähnt werden. Dazu kamen kurzfristig angesetzte "Vorträge aus besonderen Anlässen", in denen allgemeine, wirtschafts- und kulturpolitische Themen behandelt wurden. Auch diese Reihe brachte es bis Jahresende auf über 120 Sendungen. Daß daneben noch eine Fülle spezieller Sendungen zur Vermittlung vaterländischen und ständestaatlichen Gedankengutes neu ins Vortragsprogramm aufgenommen wurden, sei hier nur erwähnt.(148) Nur eine unter ihnen sei besonders hervorgehoben, weil sie als Transportmittel eines zentralen ideologischen Versatzstücks des Ständestaats diente. Am Sonntag, dem 12. Juli 1933, eröffnete der neue Wiener Kardinalerzbischof Theodor **Innitzer** die "Geistliche Stunde", deren Zweck er in einer Förderung eines allgemeinen Anliegens der Kirche durch den Rundfunk sah: "Das gesamte öffentliche Leben mit dem katholischen Geist (zu) durchdringen".(149) Die 20-minütige Sendung sollte nicht lithurgischen Charakter tragen, sondern in der Hauptsache mit Ansprachen über "ein zeitgemäßes Gebiet der Glaubenslehre" gestaltet werden.(149) Dazu holte Henz eigens seinen Freund und Volksbund-Kollegen, Siegmund **Guggen-**

**berger**, in die RAVAG, der neben ihm bald zu einer zentralen Figur aufrückte. Er nahm Henz, der im Frühjahr 1934 Aufgaben innerhalb der Vaterländischen Front erhielt, nicht nur einen Großteil der Aufgaben in der wissenschaftlichen Abteilung ab, wie dies aus der Umschreibung seines Aufgabenkreises hervorgeht, sondern beerbte auch den durch seine Mitgliedschaft bei der Sozialdemokratischen Partei 'belasteten' Dr. Karl Bayer alsbald in der Führung der Personalagenden.(150) Den ersten Höhepunkt demonstrierter Einheit von Kirche und Staat stellten die von Henz und Guggenberger gemeinsam organisierten Großübertragungen des Allgemeinen Deutschen Katholikentages und der 'Türkenbefreiungsfeiern' vom 8. - 12. September d. J. auf dem Rathausplatz, dem Heldenplatz, dem Stadion und - im Rahmen einer Großkundgebung der Vaterländischen Front - auf dem Wiener Trabrennplatz dar, bei der Dollfuß das Ende "liberal-kapitalistischer Wirtschaftsordnung", der "Parteienherrschaft" und den Weg zum Ständestaat ankündigte.(151) Mit Hilfe eines technischen Großaufgebots und einer aufwendigen Regie wurden diese Ereignisse in all ihren Einzelheiten sowohl den dabei Anwesenden, wie auch den Hörern an den Lautsprechern zu Hause vermittelt.(152) Ob sie auch erwünscht waren, darf mit einigem Recht in Zweifel gezogen werden. In Kreisen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zögerte man zunächst und dachte man lange über ein probates Gegenmittel nach, wie dem unerwünschten neuen Kurs des Rundfunks engegenzusteuern war, nachdem alle verbalen Proteste nichts fruchteten. Schließlich einigte man sich auf die Anwendung eines wirtschaftlichen Druckmittels: Durch eine zentral organisierte Kündigung der Teilnehmerschaft glaubte man am ehesten Erfolge erzielen zu können. Obwohl sich daran bis zum Parteiverbot über 66.000 Hörer beteiligten, kann der Erfolg dieser Aktion mit Null gleichgesetzt werden.(153) Mit dem Verbot der Betriebsratswahlen, der Auflösung dieses Gremiums und der Einsetzung einer der Regierung ergebenen Personalvertretung, nahm die Regierung der Opposition zudem noch ein zweites, für den Fall eines Generalstreiks oder eines militärischen Konflikts wichtiges strategisches Instrument aus der Hand. Die gegen den Klerikofaschismus ankämpfenden Schützbündler waren den durch Heimatschutz und Sturmschaden verstarkten Regierungskräften nicht nur militärisch unterlegen, auch die Verkehrs- und Nachrichtenmittel standen ihnen nicht zur Verfügung. Die mit dem neuen Großsender am Bisamberg ausgestattete RAVAG stand der Bundesregierung voll zur Verfügung; die Schutzbündler dagegen kämpften zersplittert: die deutschen Sender, die sonst jede erkennbare Schwäche der österreichischen Regierung für Polemiken nutzten, verhielten sich 'neutral', der Brünner Rundfunk wurde durch diplomatische Schritte zum Schweigen gebracht.(155)

## Im Zenit der Macht: der Ständestaatspolitiker

Wenngleich der Schwerpunkt seiner Tätigkeit auch weiterhin im Rundfunk verblieb, so stieg Henz im Anschluß an die Niederwerfung der Schutzbund-Revolte im Rahmen des am 1. Mai 1934 verfassungsmäßig verankerten Ständestaates noch eine Stufe höher. Henz wurde im Rahmen der 'neuen' Kulturpolitik, die Friedbert Aspetsberger; Robert Musil zitierend, "Kulturpolitikskultur" nennt, zu einem vielbeschäftigten, man darf ruhig sagen mächtigen Kulturpolitiker.(156)

Richard **Dolberg**, Kulturfunktionär im Bundeskommissariat für Heimatdienst und nach 1945 im Unterrichtsministerium tätig, veröffentlichte im Jahre 1935 eine Studie über "Staatspropaganda", in der er das ständestaatliche System positiv und in idealtypischer Weise von dem des 'Dritten Reichs' abzuheben sich bemühte. Er ging dabei auf die Unterschiede im Stellenwert von Propaganda im "Macht- und Kulturstaat" ein, wobei er das letztere Prädikat dem österreichischen Regierungssystem zusprach:

"Der Machtstaat schreckt vor Verbreitung von Unwahrheiten, Verleumdungen, Herabsetzungen nicht zurück. Er benützt die Massenpsychologie, ist demagogisch und verwirrt das Denken durch systematische Verbreitung von Schlagworten. Er schmeichelt den Massen das eine Mal, indem er das Proletariertum verherrlicht, das andere Mal, in dem er einen nationalen Chauvinismus hochzieht ... Die Propagandamethoden des Machtstaates führen zur Bartholomäusnacht ...

Der Kulturstaat bevorzugt das Gebiet der Kulturpropaganda (Volksbildung, Kulturinstitute, Darstellung der Kulturinstitute, Bücherschauen usw.). Das Eigenleben der Kulturbereiche wird geachtet ... Er ist tolerant ..."(157)

Auch Rudolf Henz, der nach Rainer Schubert "zum eigentlichen Motor der Kulturbewegung innerhalb der (Vaterländischen) Front für fast vier Jahre"(158) wurde, äußerte bei der Übernahme des Kulturreferats ähnliche Auffassungen.

"Die kulturelle Erziehungs- und Aufbauarbeit ist die Grundlage jeder anderen praktischen und politischen Arbeit ... Das neue Österreich strebe jedoch keine kulturelle Diktatur an ...", jedoch müßte die in der Verfassung verankerten Grundsätze auch von den Kulturschaffenden anerkannt und beachtet werden. Es sei also kein Platz für "antichristliche Kulturpolitik und für die Bekämpfung des Deutschtums ... Ebensowenig werden an Klassenkampftheorien Konzessionen gemacht".(159)

Hier wird auch von Henz einmal mehr bestätigt, was ohnedies bereits von anderen Autoren konstatiert wurde und zu den zentralen ideologischen Traditionen der Christlichsozialen Partei Seipels, Dollfuß' und nach ihm Schuschniggs zählte, nämlich ein grundsätzliches Bekenntnis zur "deutsch-österreichischen Mission im Sinne kulturell-politischer Integrierung".(160) Beim Aufbau der kulturpolitischen Arbeit der VF wurden über Auftrag Dollfuß' zwar auch die kulturpolitische Praxis des italienischen Faschismus und seines Freizeitwerks 'Dopo Lavoro' studiert,(161) das Deutsche Reich, wenn auch im Negativen, mit seiner 'Kraft durch Freude'-Organisation gab jedoch das Vorbild ab, an dem man sich in Österreich orientierte.(162) Auch das obige Zitat zeigt, daß sich Henz zunächst gegen links abgrenzte und ein Einbindung der antifaschistischen deutschen Kulturschaffenden nicht im Sinn hatte.(163)

Ehe wir auf die kulturpolitische Tätigkeit von Rudolf Henz in diesen Jahren eingehen, muß auch festgehalten werden, daß neben (und über) der VF auch das Unterrichtsministerium, was oft übersehen wird, als kulturpolitische Instanz weiter agierte. Von dort gingen unmittelbar nach den Februarkämpfen 1934 auch die entscheidenden Anstöße für eine "autoritäre Führung des Volksbildungswesens" aus. Die "strategische Situation", die mit der Auflösung der sozialistischen Kulturorganisationen eingetreten sei, müsse für eine "Zentralisierung" und eine ideologische Neuausrichtung des gesamten Volksbildungswesens (incl. der freien Volksbildungshäuser) genutzt werden. "Heimatliebe", "Staatsgefühl", "Ertüchtigung und Veredlung", "Berufsethos", "berufsständische Kultur- und Gemeinschaftspflege" usw. sollten die neuen Leitbilder einer konzentrierten Volksbildungsarbeit unter ministerieller Aufsicht sein.(163a) Beamte des Ministeriums, wie Wilhelm Wolf, und persönliche Beauftragte, wie Karl Lugmayer, wurden mit der interimistischen Verwaltung des Vermögens sozialistischer Organisationen beauftragt.(164) Den Vorstellungen des Unterrichtsministeriums zufolge sollte das 'Österreichische Bildungswerk' die zentrale Lenkung der dem ministeriellen Einfluß entzogenen Volksbildungsinstitutionen übernehmen, was vor allem in Wien nicht gelang, obgleich auch hier die auch nach dem Februar 1934 nicht hundertprozentig gleichgeschalteten großen Volksbildungshäuser

durch das Wiener Volksbildungsgesetz d. J. 1936 kürzer an die Leinen genommen wurden.[165] Obwohl die Bestrebungen zur völligen 'Gleichschaltung' des Wiener Volksbildungswesens auch von der Vaterländischen Front mit unterstützt wurden, so muß an dieser Stelle festgehalten werden, daß die VF bzw. ihr Kulturreferat bzw. später das 'Neue Leben' nicht die Absicht hatten, selbst **Träger** der Volksbildungs- oder anderer Kultureinrichtungen zu werden.

Das Kulturreferat, wie auch später das 'Neue Leben', waren in erster Linie ideologische, pädagogische und Kulturserviceorganisationen. Mit einer Ausnahme, der 'Länderbühne', wurde Kultur nicht 'produziert',[166] sondern kontrolliert und 'vermittelt'. Auch hier fehlte es, zum Unterschied zum Dritten Reich, an einer zentralen kulturpolitischen Lenkungsinstanz. Als Henz im Mai 1934 vom 'Führer' der VF, Karl Maria Stepan die Leitung des Kulturreferates der VF übertragen erhielt, hatte er, abgesehen von der Leitung der wissenschaftlichen Abteilung der RAVAG, keine andere wichtige kulturpolitische Funktion inne. Als Inszenator des Katholikentages sowie einer neuen 'Festkultur' zum 1. Mai 1934 in Form eines christlichen 'Weihespiels',[167] empfahl er sich jedoch nachdrücklich für weiterreichende kulturpolitische Aufgaben. Auch als Initiator und geistiger Ideenlieferant des Kults um den ermordeten 'Heldenkanzler Dollfuß' (und als Verfasser des 'Dollfuß'-Liedes) leistete er schon früh einen wichtigen Beitrag zur Selbstdefinition und Mythosbildung des frühen Ständestaates.[168]

In rascher Folge übernahm der Dichter und Rundfunkpolitiker im Zuge des - nie abgeschlossenen[169] - Aufbaus des, auf der neuen Verfassung vom 1. Mai 1934, ruhenden 'Ständestaates' eine Reihe formeller und informeller kulturpolitischer Funktionen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier angeführt: VF-Kulturreferent, danach Bundesleiter des VF-Werks 'Neues Leben', Mitglied des Bundeskulturrats und Leiter der Delegation 'Freie Berufe', Mitglied des Vorstands des 'Instituts für Filmkultur', Mitglied des Wiener Kinobeirats gemäß dem Wiener Kinogesetz (März 1935), Mitglied der Verwaltungskommission des Verlagsförderungsfonds, Mitglied des Beirates für die Schaffung einer österreichischen Schrifttumskammer, an führender Stelle in der Katholischen Aktion, Vorstandsmitglied des katholischen Schriftstellerverbandes, Verteter in der A.K.M., im internationalen Büro 'Freude durch Arbeit' sowie der Katholischen Radiointernationale bzw. des Kathol. Filmbüros (vor 1933).

Angesichts dieser Häufung an kulturpolitischen Funktionen, auf deren Wahrnehmung hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, erscheint die kritische Bemerkung Murray G. Hall's, die auch auf Henz gemünzt ist, einigermaßen berechtigt:

"Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Standes- und Kulturpolitik dieses Zeitraums, daß auf Schritt und Tritt immer dieselben Personen ... in den öffentlichen Körperschaften anzutreffen waren." Zu dieser "Kulturclique", wie sie Hall nennt, gehörten neben Henz auch Guido Zernatto, Hans Nüchtern und Hans Hammerstein-Equord.[170] Es entsprach dies nicht nur einem Mangel an qualifizierten 'Führungskräften', sondern auch dem Prinzip des Ständestaates auf **autoritärer** Grundlage.

Die Wurzeln für die Schaffung des Kulturreferates scheinen mir bereits im Kuratorium für den Heimatdienst angelegt zu sein, das ja mit propagandistischen Aufgaben beauftragt war. Der Vorschlag für ein Kulturreferat ging dann auch vom Propagandareferenten der VF, Wender aus.[171] In dem, auf den verfassungsmäßigen Kompetenzen der VF, aufbauenden Bundesorganisationsstatus war das Kulturamt bereits als "Hilfsamt" der Bundesleitung verankert. Daneben existieren allerdings weiterhin als mit z. T. konkurrierenden Aufgaben befaßte Stellen, das Kuratorium für den Heimatdienst (Leiter:

Walter Adam), sowie innerhalb der VF, ein Presse- und ein Propaganda- (später Werbe-) Referat (Leiter: Hans Jilek bzw. Hans S. V. Becker).[172] Den Vorstellungen Stepans von den Aufgaben der VF entsprechend war das Kulturamt, ganz zum Unterschied von der späteren Konzeption des 'Neuen Lebens', nicht als Massenmitgliederorganisation konzipiert, sondern verstand seine Aufgabe vor allem als kulturelle Eliteorganisation zur Ausübung von Kontrollfunktionen über die gesamte kulturelle Produktion sowie zur "Vertiefung des vaterländisch-kulturellen Bewußtseins".[173] Die Reorganisation des Kulturlebens selbst hingegen sollte entsprechend der neuen Verfassung und vermittels der staatlichen Lenkungsinstanzen (Unterrichtsministerium, Länder) erfolgen. Die entweder im Amte des Bundeskulturreferenten (Henz) im Rahmen von Arbeitskreisen oder auf Landesebene (Landeskulturreferat) beigezogenen "Fachleute" sollten in der Zahl möglichst gering - auch dies war eine Folge der ungelösten Finanzprobleme - aber durch sorgfältige Auswahl im "Kulturleben wichtiger Persönlichkeiten" in ehrenamtlicher Funktion dennoch maximale Schlagkraft garantieren. Die anfangs acht Arbeitskreise[174] sollten prinzipiell zwei Aufgaben erfüllen: a) Erhebung und Erarbeitung eines Überblicks über alle laufenden kulturellen Aktivitäten im gesamten Bundesgebiet, "Überwachung" und b) Beeinflussung und Ausrichtung entsprechend den allgemeinen Prinzipien "christlich, deutsch und berufsständisch" und den erarbeiteten 'Grundlinien' konkreter Kulturpolitik in den jweiligen Bereichen. Erhebung, Überwachung und Ausführung sollten unter strengster zentraler Anleitung auf lokaler Ebene erfolgen. Es fällt auf, daß in diesen ersten, für die Jahre 1934-36 geltenden Organisationsprinzipien keine Erfassung der Kulturschaffenden, noch derer, für die Kultur 'bestimmt' war, vorgesehen war. Erstens fiel, entsprechend der Verfassung vom 1. Mai 1934, in den Aufgabenkatalog des ständischen Aufbaus und führte teilweise auch zur Schaffung kultureller Einheitsorganisationen (z. B. für Musiker, Kapellmeister, bildende Künstler), letzteres wurde erst im Rahmen des 'Neuen Leben' versucht.

Jene Männer, die Henz zu Arbeitskreisleitern bestellte, sind uns zum Teil bereits bekannt und kamen großteils aus dem katholischen Lager, wo sie überwiegend im Volksbund tätig gewesen waren, so z. B. Josef Lechthaler (Musik), Hans Brecka (Theater), Karl Lugmayer (Bildung, zugleich VB-Referent für Wien), Ignaz Köck (Film, zuvor Katholisches Filmkomité). Am Rande angesiedelt waren Carry Hauser und Clemens Holzmeister (Bildende Kunst) und Guido Zernatto (katholisch international). Einzig Josef Dasatiel-Rinaldini stand etwas abseits im 'nationalen' Heimwehrlager.[174a]

Die Prozedur der Auswahl, Ernennung und 'Vereidigung' der Landes- und Bezirkskulturreferenten dauerte dann mehr als ein halbes Jahr, sodaß Ende April 1935, als der erste 'Kulturappell' duch das VF-Kulturreferat abgehalten wurde, der Aufbau der Kulturorganisation noch zu keinem Abschluß gekommen war. "Sammlung der bisher getrennt laufenden Bestrebungen, Einbau des Vorhandenen, initiative Einflußnahme, kulturpolitische Willensbildung, Achtung auf die Reinheit des Kulturwillens .., das sind die Aufgaben des Referats ...", Diese Worte aus der Rede von Rudolf Henz bestätigen die gestellte Diagnose weitgehend.[175]

Die wichtigsten Leistungen, die Henz vorweisen konnte, waren: die Schaffung der "Österreichischen Kunststelle", deren Leitung von Brecke übernommen wurde, die aus der "Sammlung" verschiedener anderer Stellen hervorgegangen war und die Gründung eines "Instituts für Filmkultur". Das letztere wurde auf vereinsrechtlicher Grundlage, jedoch als "offizielle Dienststelle der VF" im Oktober 1934 geschaffen. Henz hatte Ludwig Gesek, den er von der Filmstelle des katholischen Reichsbundes mitbrachte, an dessen Spitze gestellt. Gesek, der eine Reihe von Ideen

für die Ausgestaltung des Instituts vorbrachte, die Zeitschrift "Der gute Film" und auch die Radiosendung "Wir sprechen über Film" (seit 1935) gestaltete, stieß mit seinen Vorschlägen jedoch auf wenig Verständnis. Es fehlten dafür z. T. auch die finanziellen Mittel; seine Vorstöße in Richtung eines verstärkten politischen Einsatzes wurden von anderen Stellen konterkariert.(176) Zu erwähnen wäre weiters sein Engagement für die Verankerung der Zensur in der Novelle zum Wiener Lichtbildgesetz, sowie für die Ausgabe ermäßigter Kinokarten an VF-Mitglieder.(177) Im übrigen agierten die vaterländischen Kulturpolitiker bis 1938 im Bereich des Unterhaltungsfilms insgesamt glücklos, womit ihre Tätigkeit bereits vorsichtig beurteilt erscheint.

Es seien dafür im folgenden nur drei kurze Hinweise dafür angeführt: Anfang Februar 1935 vereinbarten die österreichische und deutsche Regierung ein Filmabkommen, sowohl kommerzielle wie Kulturfilme betreffend. Darin wurde nicht nur ein Austauschkontingentschlüssel von 1:10 für kommerzielle Langfilme vereinbart, sondern unter der etwas irreführenden Bezeichnung 'Freie Arbeitsmöglichkeiten' den Deutschen auch die Möglichkeit eingeräumt, ein Beschäftigungsverbot für nicht 'arische' und politisch unangenehme Schauspieler auszusprechen. Zur Überwachung der Einhaltung der Kontingentbestimmungen mußte der Nachweis der Mitgliedschaft bei der reichsdeutschen 'Filmgewerkschaft' erbracht werden. Daß seit 1933 auch ein Verband illegaler nationalsozialistischer Kinobesitzer existierte, und daß sich die österreichische Regierung im Anschluß an das Juliabkommen von Berlin einen dort genehmen Vertrauensmann für die 'Tobis-Sascha'-Film diktieren ließ, vervollständigt das Bild.(178) Was die übrigen Aktivitäten Henz' außerhalb der VF, insbesondere bei der Schaffung des österreichischen 'Staatspreises für Literatur', sein Einsatz für die Schaffung der Schutzgesellschaft für Autoren, Komponisten und Musiker (A.K.M.), schließlich jene ordnungspolitischen Aktivitäten im Bundeskulturrat zur Zusammenfassung der künstlerisch Schaffenden in Fachverbände betrifft, so darf dies hier außer Betracht bleiben, teils weil diese Bemühungen bereits von anderen dargestellt wurden(179) oder in diesem Zusammenhang zu sehr ins Detail führen würden.

Was die Rundfunktätigkeit von Henz in den Jahren bis 1936 angeht, so ist vorab wohl die funktionelle Überlappung mit den VF-Funktionen festzuhalten. Dies erleichtert es der VF-Führung natürlich, den Rundfunk in ihren Dienst zu stellen; auch der Bundeskommissär für den Heimatdienst erhielt viermal wöchentlich zehn- bzw. 20-minütige Sendezeiten zugesprochen.(180) Darüber hinaus wurden seit dem Einsetzen der über die angrenzenden deutschen Sender geführten Habicht-Tiraden(181) verschiedene Überlegungen zu deren Neutralisierung angestellt: Einsetzen eines Störsenders, diplomatische Proteste, Verbot des Abhörens deutscher Sendungen, Verbesserung der Rundfunkversorung der österreichischen Bevölkerung sowohl sende- wie empfangsseitig (Bau von Volksempfängern, Hörstuben für Arbeitslose und VF-Angehörige), Öffnung des Rundfunks für das Publikum, unterhaltendere Gestaltung des Programms. Einiges davon wurde auch realisiert, andere Anregungen blieben Papier. Verboten durch Verordnung der Sicherheitsdirektoren waren seit 11. Juli 1933 das öffentliche und kollektive Abhören deutscher Sendungen ('Stören der öffentlichen Ordnung'); die Sendezeit der RAVAG wurde im Herbst 1934 auf ein Uhr nachts ausgedehnt und zog damit mit dem Reichsrundfunk gleich. Eine Standardisierung der Empfangsgeräteproduktion analog dem VE kam in Österreich zwar nicht zustande, doch produzierte die Industrie eine Serie wesentlich billigerer Empfangsgeräte.(182)

Verschiedenste Berichte, die uns über die Stimmungslage unter der österreichischen Bevölkerung und ihre Haltung zur Regierung und zur VF in

den Jahren 1935 und 1936 informieren, ergeben, bei aller Unterschiedlichkeit in Herkunft, Glaubwürdigkeit und Zeitpunkt ein in großen Zügen übereinstimmendes Bild. Die Popularität von Regierung und VF war kaum größer geworden, sondern eher geschrumpft; das Abkommen vom 11. Juli 1936 zwischen Schuschnigg und Hitler brachte nicht die erhoffte Besserung, sondern schwächte eher die ideologische Abwehrkraft. Mangelnde Lösung der Wirtschaftsfragen, Ämtermißbrauch, Müdigkeit und Desorientierung unter der 'vaterländischen Bevölkerung' bezüglich der VF, steigender Antisemitismus und 'Angst vor dem Kommunismus' "durch nationalsozialistische Propaganda" wurden konstatiert.

Interne Berichte der VF vom Oktober 1936 sprachen von einer starken Verschlechterung der Stimmung unter der vaterländischen Bevölkerung vor allem in den Industriestädten, aber auch aus kleinen Bezirksstädten schlug der Wiener Zentrale offener Unmut entgegen. Von "fortschreitender Bureaukratisierung" war ebenso die Rede, wie von zu wenig Rücksichtnahme bei der kulturellen Arbeit auf "die Bedürfnisse der Provinz". Auch die mit Kulturfragen Befaßten gaben selbstkritisch zu, in der Öffentlichkeit zu wenig präsent zu sein bzw. durch Organisationswirrwarr und ungeklärte Kompetenzen sowie Rivalitäten das Bild einer wenig aktivistischen, bürokratisch und zerstrittenen Organisation zu vermitteln.(183)

Dies sollte sich, darauf hofften sie, allerdings mit der im Gange befindlichen Reorganisation rasch ändern. Seit Rudolf Henz sich zu Jahresbeginn 1936 mit seinen (Re-) Organisationsvorschlägen im Generalsekretariat durchsetzen konnte, wurde an deren Umsetzung gearbeitet. Für die Durchsetzung bot die aufgrund innerer (Phönix-Skandal, Ausschaltung des Heimatschutzes) und außenpolitischer Veränderungen (Annäherung Italiens an Deutschland) Ursachen erfolgte Regierungsumbildung sowie die Ablöse Adams durch Guido Zernatto am 19. 5. 1936 günstige Voraussetzungen. Henz brachte dazu auch noch seine Eindrücke von seinem Deutschland-Besuch bei der Olympiade mit ein.

All das trug zu dem Entschluß bei, nicht nur die Arbeit der VF, sondern vor allem auch jene des Kulturreferates auf eine neue, breitere organisatorische Grundlage zu stellen. Die **Gründung des 'Neuen Lebens'** als Fortsetzung der Arbeit des Kulturreferats wurde von Zernatto am 1. Juli 1936 über den Rundfunk bekanntgegeben. Rudolf Henz schrieb dazu schon einige Tage vorher in der Zeitschrift der RAVAG, 'Radio Wien', die folgende Einleitung:

"Heute ... ist das Wort 'Freizeitgestaltung' fast schon ein Schlagwort geworden. Es darf uns aber kein Schlagwort sein. Es wäre falsch zu glauben, daß die organisierte Freizeitbewegung in einzelnen Staaten, daß vor allem Übermäßigkeiten in der Organisation uns das Recht geben, uns umd die Freizeit unserer Volksgenossen (!) überhaupt nicht zu kümmern ... Eine Freizeitbewegung in Österreich wird freilich unabhängig von ausländischen Mustern, von der sehr reichhaltigen Volksbildungsarbeit her und von der Volkstumspflege aus aufgebaut werden müssen."(184)

Die Ähnlichkeit in der Konzeption des VF-'Werkes Neues Leben' vor allem zum deutschen 'Kraft durch Freude' der DAF war allerdings kaum zu übersehen. Zernatto als neuer Generalsekretär der VF sah im 'Neuen Leben' neben der von Kulturreferat schon bisher wahrgenommenen Aufgabe der Begegnung von "Volk und Kultur" nun als zweite, "dem arbeitenden Volk... gegen geringe Mittel mehr an Gutem für die freie Zeit zu bieten". Eine ähnlich pragmatische Dimension fand der spätere Nachfolger Henz', Dr. Alphons Übelhör in einer Beschreibung des 'NL'. Und Bundeskanzler Schuschnigg gebrauchte in einer Funktionärskonerenz die Bezeichnung der "unaufdringliche(n) ... Arbeit", die vom 'NL' geleistet werde.(185)

Natürlich bedeutete dies nicht eine völlige Abkehr von jenem Konzept der Geisteserziehung, wie es Henz schon in den späteren 20er Jahren gepredigt hatte. Viktor Matejka erinnert sich an die 'Empfehlung' des Bildungsreferenten der Wiener Arbeiterkammer Hans Schmitz, vor den Schulungskursen die Messe zu besuchen, dem er gelegentlich auch entsprochen habe.(186) Die Auseinandersetzungen um die Führung des Matejka überantworteten Volksheims Ottakring, die eben in diese Zeit fallen, zeigen im übrigen einmal mehr, daß Henz, Schmitz u. a. ihren weltanschaulichen Postulaten keineswegs abgeschworen hatten. Da dieser Konflikt von Horst Jarka in großen Zügen bereits dargestellt wurde,(187) kann ich mich hier auf einige Ergänzungen beschränken, die die Rolle Henz' betreffen. Vorauszuschicken ist, daß Matejka auch in rundfunkpolitischen Fragen in Gegensätze zu Henz geriet, so bei der Gestaltung seiner im Auftrag des Gewerkschaftsbundes gestalteten Sendung "Aus Werkstatt und Büro", die die 'Stunde der Arbeiterkammern' ersetzte, oder durch seine Initiative für die Reaktivierung des Radiobeirates, für den auch Schuschnigg gewonnen werden konnte.(188)

In der Frage der Volksheimführung wußte Matejka längere Zeit den Wiener VB-Referenten Karl Lugmayer, der als Linkskatholik galt, hinter sich.(189) Sowohl der Wiener Bürgermeister Richard Schmitz, als auch der VF-Landeskulturreferent, also auch Henz, galten dagegen als Befürworter einer gründlichen Säuberung von noch vorhandenen liberalen und linken Elementen unter dem Lehrpersonal und im Vereinsvorstand. "Unliebsame Vorfälle" am Volksheim veranlaßten Henz dann im Februar 1936, einen Mann seines Vertrauens mit einer Untersuchung und Berichterstattung zu beauftragen. Nachdem dieser Bericht vorlag, wandte sich Henz in einem ausführlichen, scharf gegen Matejka gerichteten Schreiben, an den noch im Amt befindlichen Bundeskommissär Walter Adam. Darin beschuldigte er den Bildungsreferenten des Gewerkschaftsbundes, an den Wiener Volkshochschulen erneut einer "marxistisch-jüdisch-christliche" Richtung, die im Kern auf der "marxistischen Weltauffassung" beruhe, zum Durchbruch verhelfen zu wollen. Nebenbei lehnte er auch die Bestrebungen Matejkas für eine Wiederbelebung des Radiobeirats ab.(190)
Eine Distanz Henz' vom neuen Kurs Schuschniggs, eine vorsichtige Orientierung hin auf ein mögliches Bündnis mit der illegalen Arbeiterbewegung wie es bei kleinen Teilen des christlichen Lagers, auch innerhalb der VF, z. B. bei dem Kreis um Reichhold, Maleta oder Gorbach vorhanden war,(191) kann bei Henz nicht festgestellt werden.

Dagegen spricht auch nicht die Tatsache, daß es zur Einrichtung der 'Sozialen Arbeitsgemeinschaft' und später zum 'Referat für Arbeiterfragen' kam, weil man im Gegenzug auch die Errichtung eines 'Volkspolitischen Referats' unter dem 'betont Nationalen' Walter Pembaur anführen könnte. Die Zahl der an die Stelle der 'Arbeitskreise' nunmehr eingerichteten 'Referate' erhöhte sich von der ursprünglichen Zahl acht auf zehn, dann zwölf und es kamen weitere hinzu. Zu den wichtigsten neuen zählten jenes für Reisen, das Volkspolitische und das Referat für Arbeiterfragen. Von der Bekanntgabe der Neugliederung und der formellen Übernahme der Bundesleitung durch Henz am 18. September 1936 an, dauerte es wieder einige Monate, "bis die Bundesleitung arbeitsfähig war";(192) während bei den Treuhändern, die die Referate leiteten, da und dort Auswechslungen vorgenommen wurden, blieb die Spitze der Sachwalter in den Ländern im wesentlichen unverändert. Einige der neuen Referate, wie das Reisereferat, entwickelten zu erfolgreich Organisationen, bei anderen konnte die Arbeit gegenüber früher verbessert werden, wieder andere führten ein Schattendasein. Die ungenügende Finanzierung mangels ausreichender Beiträge - VF-Mitglieder und bestimmte Gruppen konnten die Leitungen kostenlos oder gegen a. o.

ermäßigte Beiträge in Anspruch nehmen - stellte eine weitere Schranke in der Entfaltung des 'NL' dar. Eine Vorausanalyse des Personalbedarfs bei einer vollständigen Durchdringung Österreichs auf lokaler und Betriebsebene ergab einen Personalbedarf von weit über 8.000 Mitarbeitern, die es jedoch in der Realität auch nicht annähernd gab.(193) Das 'NL' blieb also auch nach einer weiteren Reorganisation im Oktober 1937 ein Torso.(194)
Henz legte im September 1937 seine Funktion als Bundesleiter des 'NL' zurück; der eigentliche Grund für sein Ausscheiden wurde nicht bekannt. Differenzen mit seinem, aus dem Bundeskanzleramt kommenden Generalsekretär Ing. Kloss sollen mitgespielt haben. Eine gewisse Argumentationshilfe sollen dabei seine beiden "Besuche in der Diktatur" im Sommer und Herbst 1937, der eine im Rahmen einer Tagung des internationalen Kongresses 'Freude durch Arbeit', der andere in Rundfunkfragen geleistet haben. Henz kam, für Kloß zumindest, in den Geruch, eine Annäherung an die Nazis zu suchen. Inwieweit dies zutraf, kann hier nicht abschließend beurteilt werden. Fest steht jedoch, daß er noch aus der Tätigkeit im Volksbund und aufgrund seiner Ravag Tätigkeit führende Exponenten des katholisch-natonalen Lagers, wie Edmund Glaise-Horstenau oder Dr. Wilhelm Wolf zu seinen Freunden und Bekannten zählte. Wie übrigens auch Alphons Übelhör aus einer katholisch-deutschen Studentenverbindung hervorgegangen war.

Die Grenzen zwischen Katholiken, die für die Eigenständigkeit Österreichs eintraten, und jenen Katholisch-Nationalen, die wie Wolf und Glaise-Horstenau für den 'Anschluß' in welch loseren oder festeren Form auch immer waren, waren fließend. Akteure wurden in den Märztagen 1938, wie das Beispiel Seyss-Inquarts zeigt,(195) zu Gefangenen ihrer nicht realisierbaren Konzepte. Daß Henz, wie immer auch sein 'deutsches' Bekenntnis im Rahmen ständestaatlicher Ideologie ausgesehen haben mag, nicht in eine Linie mit Männern, wie den obengenannten, gestellt werden darf, sondern grundsätzlich für die Selbständigkeit Österreichs eingetreten ist, steht wohl außer jedem Zweifel und wird durch seinen Einsatz in den Tagen vor der Volksabstimmung eindeutig unter Beweis gestellt.(196)

Diese Haltung war es auch, die ihm am Tage nach 'Vollzug des Anschlusses' Hausverbot und Suspendierung vom Dienst einbrachte. Ohne Anhörung durch die gemäß 'Gesetz zur Wiederherstellung über das Berufsbeamtentums' bei der Ravag eingerichtete Personalkommission wurde Rudolf Henz unter Anwenung des § 4 (als politischer Fall) mit Datum vom 24. Juni 1938 fristlos und unter Auszahlung von 2 1/2 Monatsgehältern gekündigt.(197) Nachdem ihm sein Freund, Glaise-Horstenau, die Möglichkeit zur Vorsprache bei dem neuen Intendanten Adolf Raskin verschaffte, die allerdings nicht von Erfolg begleitet war, erhielt er am 26.10.1939 eine definitive Abrechnung seiner Bezüge.(198)

Die politische Beurteilung, die Henz von einer Reihe seiner früheren Mitarbeiter, wie auch Gegner erfuhr, ergeben ein relativ großes Spektrum in der Bewertung seiner politischen Haltung. Die einen nannten ihn einen nicht nur exponierten, sondern auch rabiaten Gegner des Nationalsozialismus, andere schilderten seine Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus als zwar prinzipiell gegnerisch, aber besonnen und wenig feindselig. Andere wieder, wie der Sprecher Theo Ehrenberg, schilderte Henz als " d e n Mann des Systems" und als "Verbindungsmann der Ravag zur Vaterländischen Front und damit zur Regierung" (Erich v. Kunsti). Mehrere der zahlreichen Gutachter betätigten Henz jedoch auch, Duldung, vielleicht sogar Brückebauer-Dienste geleistet zu haben, wobei die Mehrheit von ihnen Opportunismus als Motiv angab.(199) Wo auch immer die Wahrheit liegen mag, in zwei der abgegebenen Gutachten drückt sich bereits eine positive Option auf eine begrenzte Zukunft aus.

"... Ich beurteile", so das eine, "ihn im Grunde seines Herzens nicht als bösartig und deutschfeindlich, und man sollte ihn mit den anderen Schweinen des verflossenen Systems nicht in einen Topf werfen."

"Im ganzen", so das andere, "erschien er mir immer als ein eigentlich weltferner Dichter; am besten bewies er mir diese seine nach dem Umbruch mir gegenüber ausgesprochene Meinung, daß er nun gute Stücke schreiben wolle, die auf dem Wege über Bühnen des Altreichs ihm die volle Rehabilitierung geben werden."(200)

Zum "Schriftsteller entlassen" wurde Henz dann in der Tat.(201) Nach einer Durststrecke, in der er sich vor allem bemühte, als Filmautor zu reüssieren, verschafften ihm seine Freunde die Aufnahme in die Reichs-Schrifttums-Kammer, was ihm Publikationsmöglichkeiten eröffnete. Bereits im Jahre 1939 gelang ihm die Publikation zweier kleinerer Werke. Mit seinen beiden Romanen "Der Kurier des Kaisers - Roman aus der Zeit der Türkennot" (1941, eine zweite Auflage erschien 1944) und "Ein Bauer greift nach den Sternen" (1943) wurde er zwar nicht gerade ein Erfolgsautor, die Honorare gemeinsam mit der gut bezahlten Arbeit als Restaurator von Kirchenfenstern,(202) ermöglichte es ihm jedoch, ohne Not die Kriegsjahre zu überstehen.

Handlungen aktiven Widerstandes setzte Henz, zum Unterschied von seinen Kollegen Übelhör oder Roth-Limanowa, nicht. Wie viele seiner Kollegen aus früheren Jahren steht Henz heute für eine Generation, die bei Kriegsende im Wiederanknüpfen an das Jahr 1938 den besten Weg des 'Neubeginns' sahen, also für ein Fortsetzen, dort wo aufgehört worden war, eintraten.(203) In diesem Sinne ist auch das positive Bekenntnis von Rudolf Henz zum Erbe des Ständestaates für die politische Kultur der 60er Jahre bis auf den heutigen Tag zu verstehen:

"... Dollfuß ... war für mich ein sehr lebendiger Mann... Man muß sagen, daß man ihm unrecht tut, wenn man sagt, daß er etwas falsch getan hat. Er hat vielleicht etwas übertrieben. Man kann nicht einen Ständestaat aufbauen. Daß er einen Ständestaat aufbauen wollte, war nicht schlecht ... Vom Ständestaat profitieren wir alle heute noch, ganz Österreich und zwar von der Paritätischen Kommission ... das geht auf das ständische Prinzip zurück. Der Streit ist schon da, das ist ganz klar und gehört zur Demokratie dazu, aber es ist der reine Klassenkampf nicht mehr da, und es gehört schließlich zur Demokratie dazu."(204)

Anmerkungen:

1) vgl. z. B. Rudolf Henz: Kulturkritische Entwirrungen, Wiener Zeitung, 25. 9. und 2. 10. 1981
2) Die Presse 23. 4. 1972
3) Viktor Ergert: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Wien 1974ff. Ergert stützt sich ausschließlich auf Eigenaussagen von Henz. Dies wird deutlich sichtbar in: ders., Rudolf Henz und der Rundfunk, in: Viktor Suchy (Hg.). Dichter zwischen den Zeiten - Festschrift für Rudolf Henz zum 80. Geburtstag, hgg. im Auftrag der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, Wien 1977, S. 283 - 291. Suchy war Mitarbeiter von Henz in der Abteilung Wissenschaft Radio-Wien nach 1945. Literaturgeschichtliche Analysen, die sich, meist am Rande, kritisch mit dem Dichter auseinandersetzen: Friedbert Aspetsberger: Literarisches Leben im Austrofaschismus. Der Staatspreis (Literatur in der Geschichte, Geschichte in der Literatur. 2) Königstein/Ts. 1980; Klaus Amann/Albert Berger (Hrsg.), Österreichische Literatur der dreißiger Jahre -Ideologische

Verhältnisse-Institutionelle Voraussetzungen-Fallstudien, Wien-Köln-Graz 1985; Literatur der Nachkriegszeit und der fünfziger Jahre in Österreich, hrsg. v. Friedbert Aspetsberger, Norbert Frei und Hubert Lengauer (Schriften des Instituts für Österreichkunde 44/45) Wien 1984; Murray G. Hall, Österreichische Verlagsgeschichte 1918 - 1938 -Geschichte des österreichischen Verlagswesens, Wien-Köln-Graz 1985 (siehe Rezension in diesem Heft).

4) Rudolf Henz, Fügung und Widerstand, Graz-Wien 1963 (neu aufgelegt 1984 in überarbeiteter Fassung); ders: Die Geprüften Graz-Wien 1985. Weiters: R. Henz: Das Ende der RAVAG. Erlebnisbericht über die Märztage, in: Wien 1938 (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte Band 2), gedruckt im Auftrag der 'Kommission Wien 1938'; Wien 1978, S. 258 - 272.

5) Lebenslauf, verfaßt von Rudolf Henz ca. 1939, Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, Korrespondenz R. Henz, Umschlag 1939 - 40.

6) Henz, Fügung, S. 15

7) ebda, S. 10

8) ebda, S. 11

9) ebda, S. 46

10) ebda, S. 54. vgl. auch Gerhard Jagschitz: Die Jugend des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß, phil. Diss., Wien 1967.

11) Henz, Fügung S. 60

12) ebda, S. 89 ff.

13) Johann Christoph Allmayer-Beck: Das Soldatische im Leben von Rudolf Henz, in V. Suchy (1977), S. 7 - 12

14) Henz, Fügung, S. 88 f.

15) ebda, S. 89 ff.

16) ORF-Interview mit Rudolf Henz vom 19. 12. 1983, Transkript

17) Allmayer-Beck, S. 10, Henz, Fügung/103

18) ORF-Interview mit Rudolf Henz vom 19. 12. 1983

19) Rudolf Henz, Die Geprüften, Graz-Wien 1985, S. 38 f.

20) Henz, Fügung, S. 94 f.

21) Universitätsarchiv, Nationale Rudolf Henz

22) Henz, Fügung S. 102

23) Den Hinweis auf 'Die blaue Blume' Straniks und die Verbindung Nüchterns dazu verdanke ich Herrn Dr. Murray G. Hall.

24) s. dazu: Sebastian Meissl: Germanistik in Österreich, in: Franz Kadrnoska (Hg.): Aufbruch und Untergang - Österreichische Kultur zwischen 1918 - 1938, Wien 1981, S. 475 - 495

25) Henz, Fügung S. 113

26) ebda

27) vgl. R. Henz, Erinnerung an die Leostube, in: Die Furche, Nr. 6/1964

28) Meissl, Germanistik, S. 485 f.

29) ORF-Interview mit Rudolf Henz vom 14.2.1984, Fügung S. 117

30) Schreiben GPD Zl.45.111/1924 v. 30. 9. 1924 an Rudolf Henz, in Korresp. R. Henz, Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, Umschlag: Korresp. vor 1934

31) R. Henz, Wesen und Aufgaben der christlichen Vorbildung, in: Volkswohl, 17. Jg., 1926, H.1.S.12ff., hier S. 12

32) Reichspost (Rp) 81, 22. 3. 1926

33) vgl. Brief Jakob Frieds samt Memorandum vom 9. 8. 1924 an den Kardinal sowie Tätigkeitsbericht und Anträge der Christlichen Bildungsstelle an die Direktion des Volksbundes der Katholiken vom 3. 6. 1925, Archiv der Erzdiözese Wien, Bestand Kardinalsakten, Kassette 1921-1924 und 1925-29. Der Eintritt Henz' in den Volksbund erfolgte nach einem Gespräch mit Richard Schmitz (Henz, Fügung, S. 118f.) Das Datum des Eintritts ergibt sich auch aus seinem Lebenslauf.

34) Rp 51, 21. 2. 1927

35) vgl. dazu Ulrich Weinzierl, Die Kultur der 'Reichspost', in: Franz Kadrnoska (1981), S. 325 - 344

36) Archiv der Erzdiözese Wien, Nachlaß Prälat Jakob Fried, K.

5, 'Die Sozialdemokraten als Kulturkämpfer - Ihre Kampfmittel und Ziele, Vortragsunterlagen für Volksbundvorträge, o.J.,o.T.(1926). Die Diktion läßt auf Henz als möglichen Verfasser schließen.

37) vgl. Oskar Achs: Das Schulwesen in der 1. österreichischen Republik, phil. Diss., Wien 1968.

38) s. Fn. 31

39) ebda

40) s. Fn. 34

41) Rp 75, 15.3.1928: Arbeiterbildung in Österreich

42) Arbeiter-Zeitung 48, 17.2.1929: Die Flucht aus der Seipel-Kirche 43)Bericht über die Arbeit der Bildungsstelle im Jahre 1930..., verfaßt von Rudolf Henz, o. D. (Herbst 1930), Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Bundesministerium für Unterricht (BMfU), Sign. 2D2/VB,Zl.40.608/1930, Fasz. 419. Das BMfU gewährte dem Volksbund alljährlich Subventionen mit tendenziell steigender Höhe.

44) Volkswohl, 16. Jg., H.6/1925

45) R. Henz, Kultur, Volksbildung und Arbeiterschaft, in: Volkswohl, 20. Jg., 1929, H.2,3, S. 65ff. und 108ff.

46) siehe dazu: Ernst Glaser, Im Umfeld des Austromarxismus -Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des Sozialismus, Wien-München-Zürich 1981, S. 301-64, sowie: Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung - Texte aus der Zwischenkriegszeit, Wien 1981, S. 17-42.

47) Henz (1929), S. 67

48) ebda, S. 69f.

49) ebda

50) Rudolf Henz, Ein katholisches Volksbildungsprogramm, in: Volkswohl, 21. Jg., 1930, H.7, S. 245

51) ebda, S. 246

52) ebda, S. 247

53) Zu den katholischen Preßvereinen vgl.: Birgit Lenart, Österreichische Preßvereine und was aus ihnen geworden ist, phil. Diss., Wien 1982; zur 'Reichspost' neben anderen: Hedwig Pfarrhofer, Friedrich Funder - Ein Mann zwischen gestern und morgen, Graz 1978; eine Übersicht über katholische Periodikas dieser Jahre bietet: Die katholische Presse Österreichs, Wien 1934

54) vgl. Aufrufe in den Merkblättern für katholische Vereinsarbeit, Jg. 1928 zum 'Kleinen Blatt' vgl. Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1827ff.

54a) vgl. August Jentzsch, Der Kulturteil der Parteienpresse, phil. Diss., Wien 1952. Die RAVAG begann übrigens erst 1933 mit Filmbesprechungen

55) Rp 307, 9. 11. 1927, Egmont Colerus-Geldern: Kino, Radio,Theater.

56) S. Rp 14. 10. 1927, 11. 5. 1928, 5.1. und 27. 9. 1929 und AVA, BMfU, Fasz. 420, Zl.210/II-1931 Subventionsansuchen

57) vgl. Arbeiter-Zeitung 78, 19. 3. 1926; allgemein: Ida Wickenhauser, Die Geschichte und Organisation der Filmzensur in Österreich 1885 - 1918, phil. Diss., Wien 1967 und Gustav A. Witt, Filmzensur und Filmbegutachtung (Radiovortrag), in: Österreichische Rundschau, 2. Jg., 1935/36 S. 68 - 81

58) Zur Kiba vgl.: Theodor Venus, 'Hinein in das Kino'-Sozialdemokratische Kino- und Filmpolitik 1918 - 1934, in: 'Medien-Journal', 8. Jg., H.2, S. 14-24. Zur KA-Tagung 1930: Volkswohl, 22. Jg., 1931, H.4, S. 146: Ein für die Volksbildung entscheidender Tag.

59) 'Im Westen nichts Neues' -Chronik eines Filmverbots, in: 'Mit uns zieht die neue Zeit', Arbeiterkultur in Österreich 1918 - 1934, Ausstellungskatalog, Wien 1981, S. 178 und Ulrich Weinzierl, in: Kadrnoska (1978), S. 326

60) Alfred Pfoser/Gerhard Renner, Ein Toter führt uns an -Anmer-

kungen zur kulturellen Situation im Austrofaschismus, in: 'Austrofaschismus' - Beiträge zur Politik, Ökonomie und Kultur 1934 - 1938, hrsg. v. E. Talos und W. Neugebauer, Wien 1984, S. 225

61) vgl. dazu: Theodor Venus, Die Entstehung des Rundfunks in Österreich - Herkunft und Gründung eines Massenmediums, Gruwi.Diss., Wien 1982, 3 Bände, hier vor allem Bd. 3, Kapitel 30 - 34, S. 1076 - 1235 (Eine Publikation dieser Arbeit ist in Vorbereitung)

62) Entgegen unqualifizierten Behauptungen, etwa von seiten Kurt Diemanns (Der ORF -Hintergründe und Abgründe, Graz 1978) war es nicht die Sozialdemokratie, sondern das bürgerliche Lager, das auf die Errichtung eines Rundfunkmonopols vorab hinarbeitete; das Bestehen des erwähnten nicht schriftlich fixierten Agreements wird in mehrfachen Äußerungen unzweifelhaft belegt, z. B. in einer Rechtfertigungsschrift Georg Sterns v. 31. 5. 1934 (Kopie b. Verf.) und kam auch anläßlich des Abweichens Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß vom bisherigen Kurs zur Sprache (s. dazu weiter unten).

63) Satzungen des Katholischen Radiovereins für Österreich, Vereinsakt, Bundeskanzleramt-Inneres Zl.87.366-16/1924,K.2463, Allgm Verwaltungsarchiv. Viele Passagen eines parteiinternen Rundschreibens (AVA, Christlichsoziale Partei K.79, 'Die Bedeutung der Radiotelephonie', o. D., Ende März/Anf. April 1924) decken sich fast wörtlich mit Äußerungen auf sozialdemokratischer Seite.

64) Rp. 22.3.1925

65) Arbeiter-Zeitung 287, 17. 10. 1926, AVA, BMfU, z. B. Zl.17.369/II-1926, Fasz. 406)

66) Radio-Welt, 3. Jg. 1926, H.5, 19.1.1926, Rp 76, 18. 3. 1927

67) Schreiben Anton Rintelens an Kardinalerzbischof F. G. Piffl v. 11. 11. 1926, Archiv der Erzdiözese Wien, Piffl-Akten, Kassette 1. Die Sozialdemokraten, stattdessen eine aliquote Aufteilung der Steirerbank-Aktien auf die übrigen Aktionäre, was allerdings eine Erhöhung des bundesstaatlichen Anteils auf insgesamt über 50 % gebracht hätte. Keine der beiden Alternativen wurden - vorerst -realisiert. Letztlich führte die Verschiebung des Steirerbank-Pakets im Jahre 1932 jedoch zu einer Erhöhung des staatlichen Anteils auf über 60 %. Daß kurz darauf der Ruf nach dem Rundfunkkommissar auch in Österreich laut wurde, steht auch damit in Zusammenhang.

68) Richtera wurde auch von sozialdemokratischer Seite anerkannt. vgl. Protokoll der Exekutivkomitésitzung v. 27. 5. 1930 (Kopie b. Verf.)

69) A - Z 1. 1. 1927

70) vgl. Theodor Venus, 'Der Sender sei die Kanzel des Volkes' - Zur sozialdemokratischen Rundfunkpolitik in der 1. Republik, 7. Jg., 1983, H.1, S. 8-19. (Der Verf. bereitet eine ausführliche Studie zum Thema vor)

71) Zum tschechischen Vorbild s.E.S. Hokeš: Der Arbeiterrungspruch in der Tschechoslowakei, in: Mitteilungen des Freien Radiobundes, 3. Jg., 1926, Nr. 5 (Dezember).

72) Radio-Wien, 3. Jg., 1926/27, H. 52, S. 2316. Der auf Seiten der Sozialdemokratie für das Verhandlungsergebnis verantwortlich zeichnende Unterhändler Julius Novotny wechselte in den dreißiger Jahren zu den Nationalsozialisten über.

73) A - z 18. 7. 1927 und Rp 21. 7. 1927. Den Ereignissen rund um den Verkehrsstreik kommt für die Rundfunkpolitik der Christlichsozialen allerdings nur verschärfende Wirkung zu. Die Hal-

tungsänderung jedoch bereitete sich, wie z. B. aus der Berichterstattung der Reichspost hervorgeht, schon seit längerem vor

74) Rp 198, 22. 7. 1927, 9: Worte zur christlich-deutschen Radiobewegung.

75) vs. dazu Radio-Welt, 5. Jg., 1928 H5, 4. 2. 1928, S. 70

76) vgl. Theodor Venus, Der lange Weg zum Juliputsch, in : W. Duchkowitsch (Hg.): Mediengeschichte - Forschung und Praxis, Festschrift für Marianne Lunzer-Lindhausen, Wien 1984, S. 143 - 172, hier S. 148 f.

77) vgl. RAVAG-Tätigkeitsberichte, Wien 1927ff. Die von RAVAG-Generaldirektor Oscar Czeija zu verantwortende Mandatsumverteilung, der damit Gespür für politische Realitäten unter Beweis stellte, führte sogar zu einer Befassung des Verfassungsgerichtshof durch den benachtiligten Verband, die allerdings ergebnislos verlief.

78) Radio-Woche, 5. Jg., 1928, Nr. 6, 9. 2. und Nr. 8, 23. 2. 1928

79) vgl. Venus (1983), dort eine - unvollständige - Übersicht über Zensurfälle

80) Bericht Hofrat Adolf Kraus von der Beiratssitzung vom 31. 10. 1929, an die Abt. 2 der steirischen Landesregierung, Steirisches Landesarchiv, Landesregierung GZ. 24R12-1926

81) vgl. Berichte in den Tageszeitungen v. 13./14.12.1929 und 1./2.3.1930 sowie in den Radiozeitschriften

82) A - Z 1.3.1930; Mehr Weltanschauung in den Radiosendungen

83) Rp 16.2., Arbeiterwille 19.2., Radio-Welt, 7. Jg., 1930, 22.2.1930

84) Radio-Welt, 7. Jg., 1930, H. 19, 10. 5. 1930. Die Interimslösung Kunsti-Bellak wurde von der Exekutivkomitésitzung v. 27. 5. 1930 abgesegnet, vgl. A-Z 1. 6. 1930

85) Radio-Woche, 7. Jg., 1930, H. 24, 10. 6., Radio-Welt, 7. Jg., H. 24, 14. 6., Rp 18. 6. 1930

86) Interview des Verf. m. R. Henz v. 10. 3. 1986

87) Brief Rehrls an Eduard Heinl v. 20. 5. 1930, Salzburger Landesarchiv, LH-Korrespondenz Franz Rehrl, der steirische Landeshauptmann Rintelen hingegen unterstützte einen anderen Kandidaten.

88) s. Fn. 79

89) Brief Henz an seine Eltern v. 31. 5. 1930, Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, Korresp. R. Henz, Umschlag Korr. vor 1934

90) Volkswohl, 21. Jg. 1930, H. 9

91) Radío-Welt, 7. Jg. 1930, H. 44, 1. 11. 1930

92) Henz, Fügung S. 143. Nüchtern hatte, neben Kunsti, als einziger Programmabteilungsleiter 'überlebt'.

93) vgl. Wiener Allgemeine Zeitung 11. 12. 1930ff.

94) Die Absichten Czeijas waren selbst der 'Neuen Freien Presse', die den Rundfunk eher links liegen ließ, einen entrüsteten Leitartikel wert (NFP 10. 12. 1930)

95) Arbeiter-Zeitung 342, 14.12.1930

96) Protokoll des Ministerrates Nr. 677, 5. 3. 1931

97) Radio-Welt, 8. Jg., 1931, H.5, 31.1.1931

98) Interview des Verfassers mit R. Henz v. 10. 3. 1986

99) Rp 40, 9. 2. 1931

100) ORF-Interview mit Rudolf Henz v. 19. 12. 1983, Transkript

101) Radio-Welt, 7. Jg., 1930/31, H. 19, 6.2.1931

102) Radio-Welt, 7. Jg., H. 25, 13.3.1931

103) Henz, Fügung S. 151 f.

104) ebda

105) Radio-Welt, 7. Jg., 1931, H. 12, 21.3.1931

106) 6. Tätigkeitsbericht der RAVAG für das Jahr 1931, Wien 1932, S. 26

107) s. Brigitte Sauer, Dr. Ernst Molden - Versuch einer Biografie, phil. Diss., Wien 1966

108) Radio-Welt, 2. Jg., 1925, H.11,

14. 3. 1925, SRat Max Hartwich: Radioprogramm und Schule; Vorläufige Mitteilungen O. Czeijas 'Der Schulrundfunk' an den Beirat, AVA, BMfU, Zl.4261/II-1928, Fasz.410. Einen wichtigen Anstoß zur Belebung der Schulfunk-Diskussion setzten die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen mit der Forderung nach landwirtschaftlichem Fortbildungsunterricht, vgl. dazu Rudolf Wicha, 40 Jahre Landfunk in Österreich, Wien 1966. Wie Österreich im internationalen Vergleich lag, geht aus einer Übersicht der UIR d. J. 1936 hervor, Archiv EBU Genf, UIR-Files, No. 4895.

109) Bericht der wissenschaftlichen Abteilung an den Beirat vom 10. 12. 1931 (Kopie b. Verf.), Radio-Welt, 9. Jg. 1932, H. 20, 14.5. und H. 41, 8. 10. 1932. Daß in der Schulfunkkommission mit Hofrat Möckel ausgerechnet ein prononcierter Nazi saß, der wesentlichen Anteil an der Entlassung Henz' im März 1938 trug, kann als Ironie des Schicksals gesehen werden (zur Person Möckels, s. Theodor Venus/Juliputsch, S. 151).

110) Über Oscar Czeija befindet sich eine größere Arbeit des Verf. in Vorbereitung

111) Insbesondere das gespannte Verhältnis zu Hans Nüchtern blieb bestehen. Wiewohl Henz einen Schuldanteil seinerseits bestreitet, dürfte dies auch auf der Beschneidung von Sendezeit der Abteilung Nüchtern beruhen.

112) Schreiben RAVAG vom 9. 2. 1932 an Minister Heinl, AVA, Handel, Präs., Auskünfte Zl. 543/1932

113) 7. Tätigkeitsbericht der RAVAG 1932, Wien 1933

114) Stenografisches Protokoll der Vollsitzung des Radiobeirates vom 4. 2. 1932 (Kopie b. Verf.)

115) Schreiben Czeijas an HRat Georg Stern v. 13. 2. 1932, AVA, Handel, Präs., Auskünfte Zl. 493/1932, K. 614

116) Wiener Tag 3167, 13.3.1932

117) vgl. dazu ausführlich: Theodor Venus (1984), Juliputsch, S. 152 ff.

118) Rp 166, 15. 6. 1932, Keine Parteipolitik im Radio

119) vgl. dazu auch: Theodor Venus (1984), Juliputsch S. 154 f.

120) Rinaldi-Dasatier entstammte einer Baronfamilie. Er absolvierte das Theresianum und studierte anschließen Jus, Philosophie und Musiktheorie bei Franz Schreker. Bis Ende der zwanziger Jahre war er u. a. auch als Musikreferent der 'Deutschösterreichischen Tageszeitung' tätig. Obwohl reklamiert, sind seine 'nationalen' Sympathien auch als Hinweis dahin aufzufassen, daß er ein Kompromißkandidat war, der auch von der NSDAP akzeptiert werden konnte. Seine Tätigkeit als 'Bundeskulturrat' im Ständestaat (1934 - 1938) verbaute ihm jedoch die Möglichkeit weiteren Aufstiegs während des 'Dritten Reiches'. (vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Biografisch-Genealogische Sammlung, K. 102, Musikerportraits sowie zu seiner Delegierung: AVA, Handel, Präs., Auskünfte Zl.2778/1932, K. 621). Die 'Österreichische Heimatschutzzeitung' reagierte auf die Zusammensetzung des neuen Beirats mit der Schlagzeile: "Die erste Bresche geschlagen" (Österreichische Heimatschutzzeitung, 3. Jg., Folge 2, 14. 1. 1933).

121) Radio-Welt, 10. Jg., 1933, H.4, 21.1.1933

122) Radio-Wien, 9. Jg., 1932/33, H. 17, 10. 1. 1933

123) Deutschösterreichische Tageszeitung Folge 31, 31. 1. 1933: Das deutsche Wien jubelt. Die Ravag veröffentlichte also die erste amtliche Bekanntmachung über den Regierungsantritt in Form einer 'Sondermeldung' außerhalb ihrer normalen Nach-

richtentermine. Inoffiziell wurde die Bestellung Hitlers in Berlin am frühen Vormittag des 30. 1. 1933 bekannt (s. dazu: Karl Dietrich Bracher: Stufen der Machtergreifung, (Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung Band 3), Frankfurt-Berlin-Wien 1974,S. 78; Joseph Wulf, Presse und Funk im Dritten Reich - Eine Dokumentation, Frankfurt-Berlin-Wien 1983, S. 275; Arnolt Bronnen, Arnolt Bronnen gibt zu Protokoll - Beiträge zur Geschichte des modernen Schriftstellers, hrsg. u. Nachwort v. Hans Meyer, Kronberg 1978, S. 269.

124) ebda, S. 5: Rundfunk frei dem deutschen Reichskanzler

125) DÖTZ, F. 34, 3. 2. 1933, Der österreichische Rundfunk für den deutschen Reichskanzler gesperrt. Zur Begründung des sozialdemokratischen Vetos s. Theodor Venus (1984) Juliputsch, S. 155

126) Vertreter einzelner Bundesländer im Radiobeirat erhoben sofort die Forderung, was für Wien gelte, müsse auch für die übrigen Landeshauptleute gelten, Radio-Wien, 9. Jg., 1932/33, H. 17, 20. 1. 1933. Hierzu muß ergänzt werden, daß Seitz von seinem Recht in all den Jahren praktisch nicht Gebrauch gemacht hatte.

127) vgl. 'Die Sanierung der Theater in Österreich', Exposé, Verfasser Walter Pembaur, Innsbruck 1929, in: AVA, Handel, Präs., Auskünfte, K. 623, Z. 3575/1932, sowie Antrag Schuschnigg, Spalowsky, Thaler u. Gen. betr. Errichtung eines Fonds zur Förderung der schönen Künste (Künstlerfonds), vom 27. 10. 1932, eingebracht in der 54. Sitzung der IV. GP des Nationalrats, Beiblatt zur Staatskorrespondenz, S. 537 ff.

128) AVA, Handel, Präs., Auskünfte, K. 625, Zl,. 393/1933, Information der Generlapostdirektion vom 24. 1. 1933 an den Handelsminister.

129) Am 4. März 1934 erfolgte die 'Selbstausschaltung' des Nationalrats durch Rücktritt seiner drei Präsidenten, am 7. März ließ die Bundesregierung die ersten antiparlamentarischen Notverordnungen, am 15. März 1933 verhinderte sie eine reguläre Tagung des 'Rumpfparlaments' durch Polizeieinsatz.

130) abgedruckt in: Wiener Zeitung 62, 15. 3. 1933, S. 7

131) Zur Konstituierung des Ständestaates vgl. aus der Fülle der Literatur: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.) (1984), Austrofaschismus, S. 31 - 52; Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei und die Errichtung des 'Autoritären Ständestaates' in Österreich, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hg.) Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975, S. 65 -81, sowie Walter Goldinger (Hg.), Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932-1934, Wien 1980 (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, Band 2).

132) s. 8. Tätigkeitsbericht der RAVAG für das Jahr 1933, Wien 1934.

133) Arbeiter-Zeitung 77, 18. 3. 1933.

134) Protokolle des Klubvorstandes, Sitzung vom 7. 3. 1933 ff., S. 133 ff.

135) s. Ministerratsprotokolle des Kabinetts Dollfuß, Abt. VIII, Band 2, Wien 1984, S. 51, Sitzung vom 3. 11. 1932.

136) Protokolle des Klubvorstandes, Sitzung vom 7. 3. 1933, S. 133

137) Ministerratsprotokolle Dollfuß, Band 2, S. 67 ff., Sitzung vom 31. 3. 1933. Die folgenden Zitate sind der Beilage A entnommen, deren Autor möglicherweise der Chef des Bundespressedienstes Eduard Ludwig (in Gemeinschaft mit den von Dollfuß ausgewählten Fachleuten?) ist.

138) vgl. AVA, Heimatdienst, K. 2

139) ebda, Information und Memorandum, o. D., o. V. (1935) zur Ent-

wicklung des Ministerkomitées und Kuratoriums für Propaganda; Protokolle des Ministerrates Kabinett Dollfuß, Nr. 904, Sitzung vom 27.10. 1933

140) vgl. zur Filmpolitik des Ständestaats ansatzweise A.Pfoser/G. Renner in Tálos/Neugebauer (1984), Austrofaschismus, S.229ff.

141) Radio-Welt, 10.Jg., 1933,H.23, 3. 6. 1933, Tonfilm-Notverordnung erlassen, Arbeiter-Zeitung 9, 11.1.1934. Daß mit Oscar Czeija der Rundfunk-Generaldirektor zugleich auch Chef der 'Selenophon' war, stellt ein besonders interessantes und delikates Detail ständestaatlicher Medienpolitik dar.

142) s.Fn.138.

143) AVA,Handel, Post, Zl. 24.222/-1934, Vereinbarung vom 30.6.1932 betr. Sicherung eines einheitlichen Vorgehens der Regierungsvertreter...

144) Bundesgesetz vom 4. 1. 1935, BGBl. 25/1935.

145) Es fällt auf, daß Henz in seiner Autobiografie 'Fügung und Widerstand' die Jahre 1933-1938 nur am Rande von seiner eigenen Handlungsperspektive, sondern quasi 'von außen' behandelt. "Ich weiß keine politischen Geheimnisse aus jenen Jahren ... Ich war aber auch kein tumber Poet, der mit gelangweiltem Augenaufschlag fragt: 'Mama, was ist Politik?'" (Fügung, S. 187). Dies läßt natürlich einen großen Spielraum für weitere Interpretation offen.

146) Radio-Wien, 9. Jg., 1932/33, H. 44, 28. 7. 1933, Rudolf Henz: Rundfunk und Vaterland

147) Radio-Wien, 9. Jg., 1932/33, H. 31, 28. 4. 1933, Erich v. Kunsti: Heimat im Rundfunk

148) s. dazu den 8. Tätigkeitsbericht 1933

149) Radio-Welt, 10. Jg., 1933, H. 26, 24. 6. 1933, Radio-Wien, 9. Jg., 1932/33, H. 40, 30. 6. 1933: Siegmund Guggenberger, Die geistliche Stunde

150) Dienstvertrag Dr. S. Guggenberger vom 31. 10. 1933 samt Nachtrag, aus d. Besitz v. Min.-Rat Dr. Christine Kainz

151) s. Charles Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1947 ff., Band 2, s. 97 ff.

152) Radio-Welt, 10. Jg., 1933, H. 46, 11. 11. 1933, Die Andacht der 300.000

153) 9. Tätigkeitsbericht der RAVAG 1934, Wien 1935, S. 9

154) AVA, Ministerratsprotokoll Nr. 876, P. 3. Die Personalvertretung übernahmen fortan Dr. Alphons Übelhör, der ebenfalls von Henz in die RAVAG geholt worden war, und Alfred Roth-Limanowa

155) vgl. Österreichisches Haus-, Hof- und Staatsarchiv, NPA 839, Liasse Tschechoslowakei 2/10, Bericht des österreichischen Gesandten Marek in Prag vom 24. 2. 1934 über seine Vorstellung gegen Sendungen führender sozialdemokratischer Politiker im Brünner Rundfunk.

156) Aspetsberger (1981),S. 28ff.

157) Richard Dolberg, Staatspropaganda - eine Studie, in: Wiener Wirtschaftswoche, IV. Jg., 1935, Nr. 49, 4.12.1935; vgl. auch Dolbergs Buch dazu.

158) Rainer Schubert, Das Vaterländische Front-Werk 'Neues Leben', phil. Diss., Wien 1978, S.4.

159) AVA, Vaterländische Front, K.1, Das Kulturreferat der VF(), Ms., o.D.,o.V.

160) Zur Widersprüchlichkeit der 'Österreich'-Ideologie im Ständestaat vgl. Anton Staudinger, Zur 'Österreich'-Ideologie des Ständestaates in: Das Juliabkommen von 1936, Wien 1977, S. 198-240

161) Als 'Konsulentin', zunächst der Ravag(!!), dann für die VF tätig, die für das Studium und publizistische Erläuterung der Organisation, Ziel- und Zwecksetzung des 'Dopo-Lavoro' zuständig war, wurde die Journalistin Lola Lorme bestellt, die darüber am 7. 9.

1933 ihren ersten Rundfunkvortrag hielt. Im Zuge der Annäherung an das 3.Reich wurde sie offenbar überflüssig; ihr Vertrag wurde nicht mehr verlängert (vgl. AVA, Vaterländische Front, K.33, Eingabe der Gewerkschaft der Journalisten vom 16. 11. 1937).

161a) Irmgard Bärnthaler, Die Vaterländische Front, Wien-Frankfurt-Zürich 1971, S.189; Interview des Verfassers mit Rudolf Henz vom 24. 3. 1986.

162) vgl. dazu Alfred Pfoser, Literatur und Austromarxismus, Wien 1980, S.231ff.

163) Zur Haltung österreichischer Schriftsteller gegenüber dem 3.Reich vgl. Klaus Amann, P.E.N.-Politik, Emigration-Nationalsozialismus, Ein österreichischer Schriftstellerclub, Wien-Köln-Graz 1984; zur Kulturpolitik gegenüber deutschen Exilverlagen: Murray G. Hall (1985), Band 1, S.323ff.

163a) AVA, BMfU,Zl.7342/VB-1934, Neugestaltung des Volksbildungswesens

164) Charles Gulick (1947), Band 5, S.242ff.

165) A.Pfoser (1980), S.224ff.; Viktor Matejka, Bemerkungen zur Kulturpolitik im Ständestaat 1934-1938, Ms, Wien 1979 (Für den Hinweis bin ich Frau Dr. Elisabeth Klamper vom DÖW zu Dank verpflichtet), wobei Henz ebenfalls zu den Befürwortern einer harten Linie gegen die 'linken' Reste im Wiener Volksbildungswesen gehörte (Gespräch V.Matejka mit d. Verf., 3. 2. 1986)

166) Im Statut für die Arbeitsweise der Kulturreferenten der VF heißt es dazu: "...eigene Unternehmungen der VF (kommen) nicht in Betracht."(AVA,VF, K.2,o.Zl., Rundschreiben (des Generalsekretariats) Nr.10). Dies war wohl weniger eine Frage freiwilliger Enthaltsamkeit, als vielmehr eine finanzielle Frage. Überdies wäre mit Widerständen von Unternehmerseite in einem solchen Falle zu rechnen gewesen.

167) s. Henz, Fügung, S.197-206; Pfoser/Renner(1984), S.234f.

168) Zum Dollfuß-Kult vgl. u.a. AVA, Amtliche Nachrichtenstelle, K.208. Die Literatur über D. erreichte nach seiner Ermordung ein inflationäres Maß. Henz selbst war als VF-Kulturreferent bestrebt strengere Richtlinien für die Errichtung neuer Dollfuß-Gedenkstätten, von denen es im Herbst 1937 über 360 gab, zu erlassen.

169) s. dazu Emmerich Talos/Walter Manoschek, Die politische Struktur des Austrofaschismus (1934-1938),in: Talos/Neugebauer (1984), S.75-119.

170) Hall(1985),Band 1,S.209f.

171) Schubert(1978), Band 1,S.2

172) Bärnthaler(1971),S.54,60; Dr.Hans Jilek, Gründungsmitglied des katholisch-deutschen Studentenbundes war zugleich Redaktionsaspirant der Amtlichen Nachrichtenstelle, vgl.R.Schubert(1978),Bd.2,S.134ff.; Dr.Hans Sydonius v.Becker geb.1895, war zuvor längere Zeit in Argentinien, nach seiner Rückkehr i.J. 1928 als Maler (Mitglied des Hagenbundes) und Werbefachmann tätig gewesen. Die Anregung, das Kruckenkreuz zum politischen Symbol der VF zu bestimmen, stammte angeblich von Becker(vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Akt 10.032; Aussage Beckers im: Hochverratsprozeß gegen Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien 1947,S.162ff.) Becker, der zu den KZ-Häftlingen der 'ersten Stunde' zählte, gehörte nach 1945 zu den Mitbegründern der ÖVP.

173) 'Richtlinien für die Arbeit der Kulturreferenten' vom 17. 12. 1934, gez.Henz,AVA,VF,K.1,Zl.12.405/1935; Bärnthaler (1971), S.61

174) ebda

174a) In einer für den 'Reichsstatthalter' Arthur Seyss-Inquart angefertigten Übersicht heißt es:"Auf insgesamt im (VF-)Generalsekretariat beschäftigte Akademiker entfallen 14 Angehörige des Oe.C.V....,die...durchwegs Schlüsselstellungen innehaben."- darunter auch die Kultur-Funktionäre Kloss und Gschladt.(BA Koblenz,NL Seyß-Inwuart,F.1)

175) Rp 111,21.4.1935, R.Henz:Kulturarbeit und Kulturazfbau in Österreich

176) AVA,VF,K.2,Zl.21.568/1936,'Entwurf betreffend die Ausgestaltung des Instituts für Filmkultur'(Verf.L.Gesek). Den Hintergrund des Exposés bildet die drohende, später erfolgte, Auflösung und Eingliederung des Instituts, vgl.Schubert (1978),Bd.1,S.106ff.

176) AVA, VF, K. 2, Zl. 21.568/1936, 'Entwurf betreffend die Ausgestaltung des Instituts für Filmkultur' (Verf. L. Gesek). Den Hintergrund des Exposés bildet die drohende, später erfolgte, Auflösung und Eingliederung des Instituts, vgl. Schubert (1978), Bd. 1, S. 106 ff.

176a) Neben Geseks Institut existierte eine eigene Filmstelle in der VF, sowie beim Kuratorium für den Heimatdienst, die auch die Gestaltung der 'Vaterländischen Wochenschau' verantwortete. Ein Versuch Henz' im November 1935, darauf Einfluß zu nehmen, scheint fehlgeschlagen zu sein. (Es war dies zugleich eine Rivalität zwischen den RAVAG-Spitzen Czeija und Henz) (AVA, VF, K. 1, Zl. 35.872/1935). Zum anderen nahm Henz in seiner Funktion als Mitglied des Kinobeirates der Stadt Wien für sich in Anspruch, gegenüber der reichsdeutschen 'Bavaria Wochenschau' eine scharfe politische Zensur walten zu lassen (AVA, VF, K. 2, Zl. 20.792/1936).

177) Zur Praxis der Wiener Kinozensur in administrativer Hinsicht vgl. kritisch die Eingabe des Gremiums der Lichtspielunternehmer Österreichs vom 21. 2. 1936, das sich für eine einheitliche Handhabung der Zensur in ganz Österreich aussprach (VF, K. 2, Zl. 26.074/1936) sowie in politischer Hinsicht: Pfoser/Renner (1984), S. 229f.

178) Rp 10. 2. 1935; DÖW Akt. Nr. 6957, Bericht der Bundespolizeidirektion Wien PrZl. IV-8301/1937 vom 3. 1. 1938; Niederschrift der BPolDion, aufgen. mit Hermann Paul am 12. 11. 1934, Kriegsarchiv HGH-Akten 11/1934, Bd. 5.

179) s. dazu Fn. 3

180) Heimatdienst-Rundfunk, Exposé vom 11. 2. 1935, AVA, BKA-Inneres, K. 4840, Zl. 191.555/GD-1/3-1933.

181) vgl. dazu Theodor Venus (1984) Juliputsch, S. 156 ff.

182) RAVAG-Generaldirektor O. Czeija hatte dem Minrat. im Büro d. GD. f. öffentl. Sicherheit Dr. Raoul Allgoyer bereits am 17. 11. 1934 Vorschläge "zur besseren Erfassung der gesamten Bevölkerung mit Rundfunk-Nachrichten" unterbreitet; zur Ausdehnung der Sendezeit: Protokoll der Exekutivkomitésitzung vom 4. 6. 1934 (Kopie b. Verf.). Da das gesamte angesprochene Problemspektrum Gegenstand einer ausführlicheren Arbeit bleiben muß, sei hier auf eine ausführlichere Erörterung verzichtet.

183) Bärnthaler (1971), S. 97 ff.; Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich, München 1978, S. 250 ff.; AVA, VF. K. 4, 'Politische Berichte', o. V., 1936; VF, K. 2, Zl. 24.609-K/36 u. Zl. 24.438/1936, K. 3; Schreiben VF-Leiter Hartbergs vom 26. 5. 1937 sowie Bezirkssachwalter Krems vom 26. 8. 1937, K. 3. Auch Gerhard Botz spricht von einem neuerlichen "progressiven Anwachsen" der nationalsozialistischen Anhängerschaft nach 1936,

ders., Soziale 'Basis' und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich, in: JB f. Zeitgeschichte 1980/81, Wien 1982, S. 33)

184) Radio-Wien, 12. Jg., H. 40, 26. 6. 1936

185) zit. bei Bärnthaler (1971), S. 190, 'Der Beamte', Folge 4, 4. 3. 1938

186) Matejka (1979), S. 11

187) Horst Jarka, Opposition zur ständestaatlichen Literaturpolitik und literarischer Widerstand, in Kl. Amann/A. Berger (1985) (Fn. 3), S. 19 ff.

188) s. Bericht des Gewerkschaftsbundes der österreichischen Angestellten, Wien 1936, Abschnitt Bildungs-und Kulturarbeit, S. 84 ff; Elisabeth M. Klamper, Viktor Matejka: Beiträge zu einer Biografie, phil. Diss., Wien 1981, S. 195 ff; AVA, Handel, Präs, Auskünfte, Zl. 7/1938, K. 699

189) AVA, VF, K. 1, Zl. 24.605/1935, 1. vorläufiger Bericht Lugmayers über das Wiener VB-Wesen

190) AVA, VF, K. 2, Zl. 20.959/36, Zl. 26.237-K/36 und K. 3, Zl. 32.208/36, Schreiben Henz an Adam vom 17. 4. 1936

191) s. Ludwig Reichhold, Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933-1938. Eine Dokumentation, Wien 1984, Bärnthaler (1971), S. 125 f.

192) Ausführlich dazu: R. Schubert (1978), Band 1, zit. S. 67

193) AVA, VF, K. 34, Schreiben O. Gschladts vom 2. 11. 1936 an den österreichischen Gewerbebund (vertraulich)

194) Schubert (1978), Bd. 1, S. 330=

195) Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft - Seiss-Inquart und der Anschluß, Wien-Frankfurt-Zürich 1971

196) Rudolf Henz, Das Ende der RAVAG (1978), S. 277-311

197) NS-Personalakt Rudolf Henz (Kopie b. Verf.)

198) Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, Korresp. R. Henz; Schreiben RRG, Reichssender Wien vom 26. 10. 1939 an Henz.

199) Fn. 197

200) ebda, Politische Beurteilung durch Ludwig Uhl vom 25. Juli 1928 bzw. Heinrich Einspinner vom 10. 8. 1938

201) Henz, Fügung, S. 245

202) ebda sowie Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, Korresp. R. Henz, Mappe 1937-39, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944

203) Aspetsberger (1981), S. 113. Diese Haltung drückt sich auch in der positiven Haltung gegenüber nationalsozialistisch belasteten Kollegen in Entnazifizierungsverfahren aus, vgl. dazu Amann, P.E.N. (1984), S. 80 ff.

204) ORF-Interview mit Rudolf Henz vom 5. 1. 1984, Transkript, S. 19

# Der Kalte Krieg um die österreichische Buchproduktion 1948

## Oliver Rathkolb

Bereits in den US-Nachkriegsplanungen für eine "Umerziehung", Reorientation, der von Faschismus und Nationalsozialismus beeinflußten Deutschen und Österreicher war das Buch als ein wesentliches Instrument zur demokratischen Meinungsbeeinflussung vorgesehen - manchmal hatte es sogar den Anschein, als versprachen sich die zuständigen Propagandaoffiziere des Office of War Information (OWI) zu viel von dem Einsatz dieser "Propagandawaffe", wobei vorerst vor allem die Produktion von US-Literatur vorgesehen war, um durch möglichst undifferenzierte und keineswegs kritische Literatur eine Art positiven Propagandaeffekt in Bezug auf das Amerika-Bild der Deutschen zu erzielen.(1)

Nach der Besetzung Österreichs durch die Alliierten und der Übernahme der Zonenverwaltung durch das US-Element wurde in dieser Zone die Verlagsproduktion so wie jede Aktivität im Bereich von Literatur, Theater, Film, Rundfunk und Musik - die Kompetenzbereiche des ehemaligen Reichsministeriums für Propaganda und Volksaufklärung also - strikt untersagt und für derartige medienpolitische Aktivitäten eine Lizenzierung durch die Information Service Branch (ISB) vorgeschrieben. Während der Rundfunk in der US-Zone zur Gänze und die Zeitungen zumindest teilweise unter US-Verwaltung blieben, wurde das Verlagswesen spätestens ab der ersten Hälfte des Jahres 1946 freigegeben, ohne jedoch vorerst auf Lizenzierung und gegebenenfalls auf die obligate Nachzensur zu verzichten.(2)

Diese scheinbare Liberalisierung war jedoch in der Praxis etlichen Restriktionen unterworfen, die auch über die Papierzuteilung wirksam werden konnten. 1947 hatten die Erteilungen von Lizenzen und die damit verbundenen politischen Nachforschungen hinsichtlich des Verhaltens der in Frage kommenden Verleger während der NS-Zeit vollständig aufgehört, wobei nicht vergessen werden sollte, daß sich die Amerikaner relativ wenig in die Entnazifizierung im Bereich des Buch- und Verlagswesens eingemischt haben.

1948 war das Selbstbewußtsein des österreichischen Verlagswesens bereits - trotz der einsetzenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten - schon wieder so entwickelt, daß es der "Anzeiger für den Buch-, Kunst- u. Musikalienhandel" im April ablehnte, Anzeigen des US-Verlages "Neue Welt" abzudrucken, die zur Propagierung antisowjetischer Bücher dienen sollten, darunter Werke wie Deanes "Ein seltsames Bündnis", Dallins "Zwangsarbeit in Sowjetrußland" u. a.(3) Erich Kröner, der Geschäftsführer des "Anzeigers", argumentierte, daß diese Annoncen dem Beschluß des Alliierten Rates über die demokratische Presse in Österreich vom 1. Oktober 1945 wiederprächen, der in Artikel I/P.c jede anti-Alliierte Propaganda untersagte.

Der Verlag "Neue Welt" veröffentlichte seit 1946 Publikationen amerikanischer Provenienz, wobei 1948 der Schwerpunkt entweder bei positiver Propaganda für die USA (Forbes, Mama kann alles; Forbes, Johnny reitet; Spence, Mit einem Fuß im Himmel - bei Auflagen von 7.500 bis zu 9.500 Stück) oder bei Kalter Kriegs-Literatur (oben zitierte Titel; Deane, Ein seltsames Bündnis - bei Auflagen von 2.200 bis zu 9.750 Stück).(4)

Insgesamt waren jedoch bis 1948 23 Titel von US-Autoren bzw. von Autoren, bei denen US-Verlage Copyright-Inhaber waren, im Rahmen eines "Reorientation Programs" mit einer Gesamtauflage von rund 191.000 Stück veröffentlicht worden, wobei die Auflagen zwischen 4.000 bis 15.000 Stück streute. Außerhalb dieses Programms wurden auf privater Ebene 25 Titel bei einer Gesamtauflage von 380.000 Stück und Auflagen von 5.000 bis 60.000 Stück gedruckt (Spitzenreiter war Tom Sawyer von Mark Twain).(5) Diese nüchternen Zahlenvergleiche zeigen bereits, daß der direkte Einfluß der US-Behörden in Relation zur gesamten österreichischen Buchproduktion eher marginal war.

Die im Dezember 1947 durchgeführte Währungsreform hatte allerdings katastrophale Auswirkungen auf die österreichische Buchproduktion. Um diese Auswirkungen zu mildern, hatten die Verleger, vertreten durch den Präsidenten ihrer Vereinigung, Hans Urban, und das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau schon im Herbst 1947 versucht, mit dem Office of Military Government in Germany (OMGUS) Kontakt aufzunehmen und konkrete Exportmöglichkeiten zu erörtern. Durch negative Ausweitungen der Währungsreform endgültig motiviert, suchten die Österreicher ein Jahr später bei der neugegründeten Joint Export and Import Agency (JEIA) um Genehmigung für Wareneinfuhren in die US-Zone Deutschlands an. Diese Erlaubnis wurde jedoch verweigert und auch der Vorschlag von Kompensationsgeschäften fand auf amerikanischer Seite keine Befürworter.(6)

Am 21. Mai 1948 lag ein überraschendes Offert des Vertreters des kommunistischen Globus-Verlages vor, der konkrete Verhandlungen zwischen der Vereinigung österreichischer Verleger und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zur Diskussion stellte und auch mit einer Verhandlungsvollmacht ausgestattet wurde.(7)

Was sich in der Folge hinter den Kulissen der US-Militärbürokratie in Deutschland und Österreich abspielte, ist fast unbeschreiblich, vor dem Hintergrund der US-Propagandapolitik allerdings durchaus verständlich. 1945/1946 hatte sich die Publications Section der ISB vor allem auf den Vertrieb von in den USA gedruckten Broschüren wie "Die Potsdam Konferenz" oder "Der Weg nach Teheran" beschränkt, von denen 34 Titel in einer Gesamtauflage von 170,000 auf den Markt gebracht wurden.(8) Die Nachfrage von österreichischer Seite war aber keineswegs groß. Vorerst sollten vor allem US-Bücher übersetzt und von österreichischen Verlagen gedruckt werden, und Romane von Wolfe, Steinbeck, Sinclair, Dreiser, Dos Passos und Hemingway standen auf der Wunschliste.(9)

Zu Unterschied vom Verlagswesen hatten die US-Behörden sowohl im Rundfunk durch den Sender Rot-Weiss-Rot in Wien, Linz und Salzburg, durch die deutschsprachige Zeitung "Wiener Kurier", aber auch durch US-Filme und die Wochenschau "Der Welt im Film" relevanten politischen Einfluß, wogegen das Verlagswesen vorerst als "Stiefkind" betrachtet wurde.(10)

Der ganz offensichtliche Propagandarückstand sollte jedoch durch Interventionen auf höchster Ebene in den USA selbst und bei der US-Besatzungsadministration in Österreich behoben werden. Die US-Behörden wurden jedoch erst initiativ, nachdem eine Reihe von Zeitungen wie die "New York

Times" und die "New York Herald Tribune" Ende Mai/Anfang Juni 1949 die Probleme der österreichischen Verlagsindustrie und die damit verbundene mögliche "Ost-Lastigkeit" massiv anprangerten. Schlagzeilen wie "Russia Recovers Our Fumble In Austria. -Russia has scored smashing victory over US here because of refusal of American-British occupation authorities in Germany to cooperate with the American authorities in Austria"(11) lösten diesen Entscheidungsprozeß aus. Sogar ein bekannter kalifornischer Senator, William F. Knowland, von der Republikanischen Partei schaltete sich in die Diskussion ein und forderte eine Untersuchung. Die Civil Affairs Division des Department of the Army informierte den Senator, "to work out special financial provisions to handle the Austrian publishing situation",(12) und Knowland seinerseits akzeptierte diese vage Zusage, trotz der kritischen Einschätzung der Lage in Österreich: "Presently denied its traditional export market to the West, the industry is today facing the alternatives of economic collapse, or, as a price for needed raw materials, ideological alignment with the East."(13)

Als Überbrückungshilfe wurden vorerst dem US-Hauptquartier $ 95.000 zur Verfügung gestellt, was aber ein 'Tropfen auf dem heißen Stein war', der nur den Ankauf von Büchern, die im Rahmen des Übersetzungsprogrammes der Armee erschienen waren, ermöglichte. Auch die ISB in Österreich stellte 600.000 Schilling für Bücherankäufe zur Verfügung.
Die Krux der ganzen inneramerikanischen Diskussion ließ sich jedoch nicht so einfach beseitigen, obwohl sich auch hohe Beamte des Department of State eingeschaltet hatten. Den Grund für die problematischen Verhandlungen drückte der US-Spitzendiplomat Robert Murphy in Berlin folgendermaßen aus:

"While we believe fully in the principles of the European Recovery Program and as that 'any books are tools of reconstruction', it is very difficult to enter into an export program into Germany until we have, at least to some extent, made available materials to the corresponding German industry."(14)

Offensichtlich wollten die Österreicher geeignete Kompensationsgeschäfte im Rahmen des Buchexportes abschließen und hatten in diesem Sinne über Bundeskanzler Leopold Figl beim US-Hochkommissar Geoffry Keyes interveniert.(15) Vor allem wollten die Österreicher Rohstoffe für die eigene Buchproduktion, die in Österreich relativ knapp waren. Vice versa betrachteten die US-Behörden und die britische Besatzungsadministration in der Bi-Zone diese geforderten Waren ebenfalls als Mangelgüter und sperrten sie für jeglichen Export, wobei die Deutschen in den Entscheidungsprozeß eingebunden wurden und sich ebenfalls gegen diese Kompensationsgeschäfte aussprachen. Bemerkenswert ist, daß diese Entscheidung gegen einen Export von relativ isolationistischen Interessen ausging und das Zoneninteresse vor das geopolitische Interesse der USA stellte. Der US-Hochkommissar in Deutschland, Lucius Clay, formulierte dies in einem persönlichen Telegramm an Keyes ohne Umschweife folgendermaßen: "... I know, however, of no authority that we have been given to direct the German economy to meet external political factors ... I have not been advised of any policy under which Germany would have to procure books from Austria in the light of the circumstances ..."(16) Clay weigerte sich, die politischen Interessen der USA in Österreich zu unterstützen, obwohl er die Bedeutung dieser Aktion für die psychologische Kriegsführung durchaus realisierte.
Im August wurde zwar eine Einigung erzielt, das Ergebnis war jedoch keineswegs sensationell: österreichischer Bücherexport im Werte von $ 125.000 wurden gestattet - jedoch nur technische und wissenschaftliche Werke. Diese protektionistische Maßnahme rief wiederum den Globus-Verlag auf den Plan, der nunmehr wesentlich interessantere und für die Wirtschaft wichtigere Kompensationslisten zur

Diskussion stellte (Rechen- und Schreibmaschinen, Chemikalien etc.). Daraufhin kabelte die Wirtschaftsabteilung der US-Besatzungsmacht in Österreich der JEIA und bot österreichische Bücher im Werte von $ 600.000 gegen Deutsche Mark und Rohstoffe. Die Amerikaner und Briten in der Bi-Zone genehmigten nur $ 125.000, wohingegen die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands mit einem Geschäft in der Höhe von $ 1,000.000 lockte.(17)

Letzten Endes hörte die politische Debatte auf, und es kam zu keiner Sowjetisierung des österreichischen Verlagswesens, da ganz offensichtlich von österreichischer Seite, sei es von den Verlegern selbst, sei es von österreichischen Behörden, die Kontaktgespräche mit kommunistischen Verlagen auch aus der SBZ Deutschlands nur als Druckmittel eingesetzt wurden, um die eigenen Forderungen besser durchsetzen zu können. Im konkreten Fall agierten die Österreicher einmal nicht als Objekte des Kalten Krieges, sondern sie nützten die politischen Konflikte geschickt für die eigenen Interessen aus.

Ganz erfolgreich war jedoch die US-Politik im Verlagsbereich nicht, trotz einer eigenen Publikation, "Verleger Informationen", da noch 1950 im "Anzeiger" sehr Amerika-kritische Artikel erschienen.(18) Die Unzufriedenheit mit den österreichischen Standesvertretern der Verleger ging 1950 so weit, daß sich der zuständige Publications Officer, Charles A. Hoffman, zu folgender, resignierender Feststellung hinreißen ließ:

"It seems probable that the leaders of the Austrian publishing industry who are notoriuos for their conservatism and reaction and who, therefore, especially fear the progressive and liberal forces which they feal accompanies American influence are so blinded in what they consider a threat to their secure and traditional positions that they are either following the Communist line through ignorance or that they have accepted it as an implementation of an anti-American campaign."(19)

Diese Feststellung ist zwar übertrieben und vor allem vom Standpunkt der US-Propagandapolitik unter verkehrten Vorzeichen zu sehen. Seit 1945 waren die offiziellen US-Behörden bestrebt, möglichst harmlose Literatur, d. h. Erbauungsliteratur, zu verbreiten, die sich keineswegs kritisch mit amerikanischer Geschichte, Lebensverhältnissen, Rassefragen, Sozialstruktur etc. auseinandersetzt. Als Beweis dafür sollen die 1948 publizierten US-Titel angedruckt werden, wie sie im Originaldokument der Publication Section aufscheinen (20)

List II

U.S. BOOKS PUBLISHED IN AUSTRIA UNDER REORIENTATION BRANCH CONTACT

| Author | Title | Publisher | Edition |
|---|---|---|---|
| Bowman, J. | PECOS BILL | Alexa | 5,000 |
| Brogan, D.W. | THE AMERICAN CHARACTER (Der amerikanische Charakter) | Gerold & Co. | 4,000 |
| Buck, P. | THE WATER BUFFALO CHILDREN (Die Kinder mit dem Wasserbüffel) | Ibis | 10,000 |
| Canfield, D. | THE BENT TWIG (Sylvia Marshalls Weg zum Ich) | Bellaria | 5,000 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Carroll, G. | AS THE EARTH TURNS (Das Jahr) | Ibis | 10,000 |
| Cather, W. | O'PIONEERS (Neue Erde) | Amandus Edition | 5,000 1st 8,000 2nd |
| Chase, M.W. | MARY PETERS | Phönix | 10,000 |
| Copland, A. | OUR NEW MUSIC (Musik von heute) | Humboldt | 10,000 |
| Cozzens, J.G. | THE JUST AND THE UNJUST (Die Gerechten und die Ungerechten) | Brückenverlag | 10,000 |
| German, W. | DOCTORS ANONYMOUS (Arzt ohne Namen) | Urban & Schwarzenberg | 3,000 |
| Glasgow, E. | VEIN OF IRON (Ada Fincastle) | Leinmüller | 10,000 |
| Hathaway, K.B. | THE LITTLE LOCKSMITH (Die Zauberinsel) | Mensa | 5,000 |
| Hylander, G.J. | AMERICAN INVENTORS (Amerikanische Erfinder) | Brückenverlag | 10,000 |
| Lane, R.W. | LET THE HURRICANE ROAR (Und lasset die Stürme brausen) | Weltspiegel | 10,000 |
| Lawson, R. | RABBIT HILL (Glückliche Tage) | Leinmüller | 10,000 |
| Maxwell, W. | THE FOLDED LEAF (Das grüne Blatt) | Ibis | 10,000 |
| Mead, M. | ... AND KEEP YOUR POWDER DRY (Und halte dein Pulver trocken) | Phönix | 5,000 |
| Meader, S. | RED HORSE HILL (Bud und seine Freunde) | Phönix | 5,000 |
| Peattie, D.C. | ROAD OF A NATURALIST (Schönes wilder Leben) | Humboldt | 10,000 |
| Peterson, F. | AMERICAN LABOR UNIONS (Amerikanische Gewerkschaften) | Panorama | 5,000 |
| Van Gelder, R. | WRITERS AND WRITING (Prominente plaudern) | Humboldt | 6,000 |
| Woodward, W.E. | TOM PAINE | Festungsverlag | 15,000 |
| Zweig, Stefan | WELT VON GESTERN | Bermann-Fischer | 10,000 |

PUBLICATION OF SINGLE STORIES AND OF BOOKS IN SERIAL FORM

| | | | |
|---|---|---|---|
| Enright, E. | THE SATURDAYS | Mädelwelt (magazine) | 25,000 per issue |
| Forbes, K. | MAMA'S BANK ACCOUNT | Frau von heute (magazine) | 100.000 per issue |
| Saroyan, W. | THE DARING YOUNG MAN ON THE FLYING TRAPEZE | Der Turm (magazine) | 7,500 per issue |
| Saroyan, W. | A COLD DAY | Wiener Kurier (newspaper) | 300,000 per issue |
| Saroyan, W. | LAUGHTER | Wiener Kurier (newspaper) | 300,000 per issue |

List III

## U.S. BOOKS AND PAMPHLETS PUBLISHED IN AUSTRIA OUTSIDE RO-CONTRACT

### Books

| | | | |
|---|---|---|---|
| Adams, J.T. | THE EPIC OF AMERICA | Seidel & Sohn | 5,000 |
| Agar, Herbert | A TIME FOR GREATNESS | British Council | 10,000 |
| Benet, S.V. | AMERICA | ISB (Publications) | 60,000 |
| Bromfield, L. | THE MAN WHO HAD EVERYTHING | Humboldt | 10,000 |
| Buck, P. | THE MOTHER | Zsolnay | 10,000 |
| Buck, P. | OTHER GODS. AN AMERICAN LEGEND. | Humboldt | 10,000 |
| Caldwell, T. | DESTINY OF DEATH | Paul Neff | 10,000 |
| Cooper, G.F. | LEATHERSTOCKINGS | Ueberreuter | 10,000 |
| Dreiser, T. | JENNIE GERHARDT | Zsolnay | 10,000 |
| Dreiser, T. | AN AMERICAN TRAGEDY | Zsolnay | 10,000 |
| Hawthorne, N. | THE SCARLET LETTER | Leinmüller | 5,000 |
| Hemingway, E. | FIESTA | British Council | 10,000 |
| Irving, W. | THE SPECTRE BRIDEGROOM | Leinmüller | 5,000 |
| Irving, W. | RIP VAN WINKLE | Leinmüller | 5,000 |
| Mann, T. | LOTTE IN WEIMAR | Bermann-Fischer | 10,000 |
| Poe, E.A. | MURDERS IN RUE MORGUE | Ullstein | 10,000 |
| Reves, E. | ANATOMY OF PEACE | Europa | 5,000 |
| Roosevelt,F.D. | LIVING WORDS OF ROOSEVELT | Brückenverlag | 50,000 |
| Smith, B. | A TREE GROWS IN BROOKLYN | Büchergilde Gutenberg | 10,000 |
| Steinbeck,J. | THE MOON IS LOW | Humboldt | 10,000 |
| Thorsau, H. | EXCERPT FROM WALDEN | Amandus Edition | 5,000 |
| Twain, M. | HUCKLEBERRY FINN | Ibis | 30,000 |
| Twain, M. | TOM SAWYER | Ibis | 60,000 |
| Twain, M. | TOM SAWYER | Obelisk | 10,000 |

### Pamphlets

| | | | |
|---|---|---|---|
| Commission, American-British | PALESTINE REPORT | ISB (Features) | 4,000 |
| Jackson, R. | JACKSON'S SPEECH AT NUREMBERG | Müller | 10,000 |
| - | FIFTH COLUMN ACTIVITIES | Brückenverlag | 50,000 |
| - | POTSDAM CONFERENCE | Igonta | 5,000 |
| - | TOWARD THE PEACE | Igonta | 5,000 |
| - | DAS TOR 1 | Brückenverlag | 10,000 |
| - | DAS TOR 2 | Brückenverlag | 10,000 |
| - | DAS TOR 3 | Brückenverlag | 10,000 |

Ein zweites Dokument soll zur Gänze hier angeführt werden, da es den Umfang und die Verteilung der US-Kredite für Produktionen von amerikanischen Büchern in deutscher Sprache zeigt, und überdies deutlich wird, daß zur selben Zeit in Deutschland völlig andere Autoren auf den Markt gekommen sind,[21] wobei die Qualität eher bei den deutschen Produktionen lag[22] (siehe Tabelle 2):

LOANS TO AUSTRIAN PUBLISHERS

1948

| Author | Title | Publisher | Edition publ. | Amount LOANED | Repaid in Shillings | Repaid in Books | Amount Outstanding | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Basso | Mainstream | Leinmiller | 4.000 | 10.000.- | 10.000.- | — | — | — |
| Bianco | Winterbound | Ibis | 5.000 | 16.500.- | 16.500.- | — | — | — |
| rth | Masters of Mass Production | Plötz, Theiss | 2.500 | 11.550.- | 11.550.- | — | — | — |
| Bowen | Milo's New World | Humboldt | 4.000 | 7.620.- | 7.620.- | — | — | — |
| Bowman | Pecos Bill | Alexa | 5.000 | 5.000.- | 3.175.- | — | 1.825.- | Time extended |
| Brace | The Garretson Chronicle | Neff | 4.600 | 15.000.- | 15.000.- | — | — | — |
| Buck | How It Happens | Humboldt | 5.000 | 9.750.- | 9.750.- | — | — | — |
| Burghardt | Machine Tool Operation (2 Vol.) | Bohmann | 3.000 | 28.000.- | 8.000.- | — | 20.000.- | Vol I publ. Vol II Time Extended |
| Canby | Walt Whitman | Steffel | — | 12.000.- | — | — | 12.000.- | + still attempting to obtain repayment from Steffel Verlag |
| Cannon | The Way of an Investigator | Ring | 5.000 | 8.000.- | 8.000.- | — | — | — |
| Clark | The Ox Bow Incident | Ibis | 5.000 | 19.800.- | 19.800.- | — | — | — |
| Copland | Our New Music | Humboldt | 5.000 | 9.100.- | 9.100.- | — | — | — |
| Daly | Seventeenth Summer | Frau Mutter | 5.000 | 24.400.- | 14.256.- | 10.144.- | — | — |
| DeLeeuw | Future for Sale | Frau Mutter | 5.000 | 22.000.- | 12.163.75 | 9.836.25 | — | — |
| De Voto | The Year of Decision | Phönix | 3.000 | 15.000.- | 15.000.- | — | — | — |
| Edmonds | Young Ames | Frau Mutter | 5.000 | 28.600.- | 13.497.- | 15.103.- | — | — |
| Field | Time Out of Mind | Humboldt | 4.000 | 8.280.- | 8.280.- | — | — | — |
| Kiver | Television Simplified | Bohmann | 3.000 | 27.000.- | 27.000.- | — | — | — |
| La Farge | All the Young Man | Belvedere | — | 16.500.- | 15.000.- | — | 1.500.— | Publisher in Bankruptcy Transl. (1500 S) turned over to ISB |
| | Rockets & Space Travel | Universum | 5.000 | 28.500.- | 28.500.- | — | — | — |
| McCloskey | Make Way for Ducklings | Kalmar | 5.000 | 35.000.- | 18.210.20 | 16.789.80 | — | — |
| McLeish | The American Story | Steffel | — | 17.500.- | — | — | 17.500.- | + see Canby |
| Michaelis | Little Troll | Humboldt | 5.000 | 16.200.- | 16.200.- | — | — | — |
| Moore | Spoonhandle | Ibis | 5.000 | 19.800.- | 19.800.- | — | — | — |
| Pease | This is the World | Kalmar | 10.000 | 35.000.- | 27.676.64 | 7.323.36 | — | — |
| Peattie | Forward the Nation | Plötz | 2.500 | 11.550.- | 11.550.- | — | — | — |
| Peattie | Look to the Frontiers | Universum | 3.000 | 26.500.- | 12.308.50 | — | 14.191.50 | Time extended |
| Peattie | Road of a Naturalist | Humboldt | 5.000 | 14.850.- | 14.850.- | — | — | — |
| Polvani | Giants in the Earth | Ring | 5.000 | 3.000.- | 3.000.- | — | — | — |
| Sanders-Rabuck | New City Patterns | Phönix | 2.000 | 25.000.- | 25.000.- | — | — | — |
| Sawyer | The Year of Jubilo | Bellaria | 4.500 | 20.000.- | 10.000.- | — | 10.000.- | Publisher in Bankrupty |
| Smith | Thank you Mr.President | Humboldt | 4.000 | 9.750.- | 9.750.- | — | — | — |
| Van Gelder | Writers & Writing | Humboldt | 4.000 | 14.850.- | 14.850.- | — | — | — |
| Van Hagen | South America Called them | Leinmüller | 3.700 | 17.000.- | 17.000.- | — | — | — |
| Wilder | Little House on the Prärie | Ibis | 5.000 | 13.200.- | 13.200.- | — | — | — |
| Wilder | Little House in the Big Woods | Ibis | 5.000 | 13.200.- | 13.200.- | — | — | — |
| Zinsser | Rats, Lice & History | Ring | 5.000 | 9.000.- | 9.000.- | — | — | — |
| T o t a l | 37 Titles | 15 publishers | 151.800 | 624.000.- | 487.787.09 | 59.196.41 | 77.016.50 | |
| | | | | 100% | 78% | 10% | 12% | |

Probable Loss: 34 Titles Published
S 41.000.- = 6.5%

LOANS TO AUSTRIAN PUBLISHERS

1949

| Author | Title | Publisher | Should be Published | Amount Loaned | Published Date | 1/3 should be retaid | Amount Outstanding | Comments |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Allen | The Forest & the Fort | Humboldt | 23 Oct 49 | 16.000.- | — | — | — | — |
| Baker | Young Man with a Horn | Humboldt | 23 Sep 49 | 9.500.- | 12 Aug 49 | 12 Dec 49 | 3160.- | — |
| Benchley | Benchley Beside Himself | Humboldt | 23 Sep 49 | 12.000.- | — | — | — | — |
| Bridges | True Zoo Stories | Kalmar | 17 Feb 50 | 23.000.- | — | — | — | — |
| Davis | Energy Unlimited | Humboldt | 7 Jan 50 | 9.000.- | — | — | — | — |
| D'Aulaire | Children of the Northlight | Kalmar | 23 Nov 49 | 17.000.- | Nov 49 | Feb | — | — |
| Fox | Great Men of Medicine | Humboldt | 7 Jan 50 | 10.000.- | 18 Jul 49 | 18 Nov 49 | 3300.- | — |
| Jessup | Modern Law of Nations | Humboldt | 7 Jan 50 | 8.500.- | — | — | — | — |
| Morley | Parnassus on Wheels | Humboldt | 7 Jan 50 | 6.000.- | — | — | — | — |
| Rose | The Left Hand is the Dreamer | Humboldt | 7 Jan 50 | 11.000.- | — | — | — | — |

LOANS TO AUSTRIAN PUBLISHERS

1949

| Author | Title | Publisher | Should be Published | Amount Loaned | Published Date | 1/3 should be repaid | Amount Outstanding | Comments |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Van Doren | The Great Rehearsal | Stephenson | 24 Dec 49 | 17.500.- | Nov 49 | Feb | — | — |
| Whitehead | Essays in Science and Philosophy | Humboldt | 23 Sep 49 | 7.500.- | Oct 49 | Jan | — | — |
| Whirent | Letter from Grosvenor Square | Humboldt | 7 Jan 50 | 10.500.- | — | — | — | — |
| Total: | 13 titles | 3 publishers | | 157.500.- | | Amount paid | 13.00 | |

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die österreichische Buchproduktion zwar sehr lange von der US-Propaganda vernachlässigt worden ist. Die direkten Eingriffe in die Produktion - verglichen mit jenen in der Bi-Zone[23] - waren eher marginal. Auch die Entnazifizierungsmaßnahmen gegenüber den Verlegern kamen nur im Rahmen der Lizenzierungen kurzfristig zum Tragen, vor allem in Oberösterreich und Salzburg, und zeigten ab 1946 kaum mehr Wirkung. Umso intensivere Diskussionen gab es um die Einbindung des Verlagswesens in die Kalte Kriegsführung durch direkte Unterstützung nichtkommunistischer und eher unterhaltender Buchproduktionen, wobei der Entscheidungsprozeß auf einem für Propagandafragen untypisch hohen Niveau abgelaufen ist, und die US-Behörden relativ rasch auf Angebote aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands reagierten. Geschickt wurden die Schwierigkeiten österreichischer Verlage und die Gespräche mit kommunistischen Institutionen von österreichischer Seite benützt, um durch den "Regelmechanismus" der totalen ideologischen Auseinandersetzung US-Unterstützung zu bekommen, ohne sich direkt auf antikommunistische bzw. antisowjetische Propagandalinie bringen zu lassen. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, daß die Verlagssortimente der 40er und 50er Jahre von konservativen bzw. naiv-unterhaltenden Büchern geprägt, wenn nicht beherrscht wurden - ein Manko, das heute besonders deutlich wird. Offensichtlich sollte auch in diesem Bereich das Verdrängen und Vergessen von Vergangenheit dominieren - was insbesondere auf Bücher von im Dritten Reich verfolgten Autoren zutrifft.

Anmerkungen:

1) Oliver Rathkolb: Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik, phil. Diss. Wien 1981, S.37 ff.
2) National Archives (= NA), Record Group (= RG) 260-Austria, 99, 201 -Liste der erteilten Lizenzen von 1 bis 206 (vom 24. Juli 1946); NA, RG 260-Austria, 44, 23, Pettegrove an Ladue: Upper Austria Publishers, 8 Feb. 1947.
3) NA, RG 260-Austria, 87, 91, Erich Körner an den Verlag Neue Welt, 30 April 1948.
4) NA, RG 260-Austria, 40, Publicity, Charles A. Hoffmann to Chief, ISB, 30 April 1948, List I.
5) Ebenda; wurde in diesem Beitrag auch als erstes Dokument abgedruckt.
6) NA, RG 260-Austria, 917, 17, J. B. Wilson - Export of Austrian Books to Germany, 26 Sept. 1948.
7) Ebenda.
8) Michael Schönberg: Amerikanische Informations- und Medienpolitik in Österreich 1945 - 1950, Dokumentation I, phil. Diss. Wien 1975, S. 561.
9) Hansjörg Gehring: Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945 - 1953. Ein Aspekt der Re-Education-Programms (=

Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 32), Stuttgart 1976, S. 87.

10) Vgl. zu dem Gesamtkomplex Alfred Hiller: Amerikanische Medien- und Schulpolitik in Österreich 1945 - 1950, phil. Diss. Wien 1974; Schönberg: Informationspolitik und Rathkolb: Propaganda.
11) NA, RG 165, CAD oo. 7 sec. 2, 1 April - 30 June 1948, Draft Cable, 3 June 1948.
12) Ebenda, Miles Reber an Chief, CAD - Austrian Publishing Situation, 15 June 1948.
13) Ebenda, Immediate Release, Press and Radio.
14) NA, RG 260-Austria, 917, 17, Murphy an Ambassy Paris, Telegramm 9 July 1948.
15) NA, RG 165, CA oo. 7 sec. 2, 1 April - 30 June 1948, Telegramm No. 807, Amlegation Vienna (Erhardt) to Dept. of Army, 24 June 1948.
16) Ebenda, Telegramm No. CC 5086, Cinceur Berlin (Clay) to Dept. of Army, 8 July 1948.
17) NA, RG 260-Austria, 917, 17, J. B. Wilson - Export of Austrian Books to Germany, 26 Sept. 1948.
18) NA, RG 260-Austria, 63, Publication Sec., Charles A. Hoffman - Memo to Chief, ISB, 20 June 1950, p.3.
19) Ebenda.
20) NA, RG 260-Austria, 40, Publicity, Charles A. Hoffman to Chief, ISB, 30 April 1948, List II and III.
21) Vgl. dazu den Anhang von Gehring: Literaturpolitik.
22) NA-RG 260-Austria, 59, 57, Loans to Austrian Publishers.
23) Vgl. neben Gehring: Literaturpolitik auch Wolfgang Benz: Amerikanische Literaturpolitik und deutsche Interessen. Verlagswesen und Buchhandel in Bayern 1945 - 1946. In: Zeitschrift für Bayerische Landeskunde 42 (1979), S. 705 ff.

# Der Fall des Wiener Journalisten Johann Baptist Dal Sasso 1780

**Rigorosität und Fragilität europäischer Kommunikationskonvention während der Ära des Absolutismus**

## Wolfgang Duchkowitsch

Joseph II. hielt in seinen "Grund-Regeln zur Bestimmung einer ordentlichen künftigen Bücher-Censur" im Februar 1781 fest: "Was in das Staatswesen einschlägt, darüber müßte, wenn von fremden Höfen ärgerliche Sätze oder Schriften erschienen, das Decisum der Staatskanzley, an welche selbe einzuschicken wären, anverlangt und sich darnach gehalten werden."(1) Diese Maßregel entsprach der Staatsräson absolutistischer Legitimität. Jeder Schriftsteller hatte sich solchermaßen "ärgerlicher Sätze oder Schriften" gegen auswärtige Höfe zu enthalten, außer er handelte im obrigkeitlichen Auftrag oder unter offener respektive halbwegs verdeckter Duldung. Zeitungsschreiber waren diesem Prinzip im besonderen Maße unterstellt. Als strafwürdig galt der Obrigkeit im allgemeinen bereits, wenn eine Zeitungsmeldung gebracht wurde, die sich auf "vermeyntliche Gesinnungen gecrönter Häupter oder angeblicher Vorfälle und Unternehmungen ganzer Mächte"(2) bezog. Besonders gefährlich aber konnte es für einen Zeitungsschreiber werden, wenn er gegen folgendes Postulat absolutistischer Kommunikationskonvention verstieß: "Er prophezeye also keinen Krieg, wenn es bloß in seinem Gehirne stürmisch, sonsten aber in der ganzen Welt ruhig ist."(3) Dieser Order kam Johann Baptist dal Sasso mit einer Meldung aus dem Russischen Reich etwas allzu nahe. Arretierung und ein halbjähriges Berufsverbot waren die Folge.

Mit dem folgenden Beitrag soll der Aktionsraum eines Journalisten des ausgehenden 18. Jahrhunderts näher beleuchtet und anhand eines "Fallbeispiels" Einblick in die "Geschäftsgebahrung" europäischer Kommunikationskonvention gewährt werden. Damit soll kein Versatzstück kreiert werden, sondern vielmehr der Erforschung einer Zeit ein weiteres Baustück angeführt werden, die eine solche Gegenwartsrelevanz wie nur wenige historische Epochen hat.(4) Einleitend wird versucht, einen summarischen Einblick in die gegenwärtige Forschungssituation zu liefern.

### 1. Ad fontes - ohne Fundamentalismus

**Prinzipien absolutistischer Kommunikationspolitik: präventiv und repressiv**

In seinen "Studien zur Geschichte des älteren Kölner Zeitungswesens" gelangte Walter Kemmerling 1911 zur Ansicht, daß es während der Zeit des Absolutismus "kein wirklich verletzender Bericht" sein mußte, der Strafe nach sich zog: "Jede Kritik und Erörterung über eine Handlung eines Fürsten wurde als ein Vergehen angesehen."(5)

Gegenwärtig lassen vergleichende Analysen pressehistorischer Quellenarbeiten - insbesondere aber eine "neue" Offenheit gegenüber Er-

gebnissen der allgemeinen Geschichte - ein umfassenderes und analytisches Bild von der absolutistischen Kommunikationsstruktur zu. Jedem Herrscher dieser Epoche war auf Basis staatsphilosophischer Werke des 17. und 18. Jahrhunderts das Recht einer alles durchdringenden Lenkungsgewalt zuteil.(6) Kraft dieser war es ihm möglich, alle Lebensbereiche von der Religion(7) über das Recht zur Wirtschaft sowie überhaupt die Gesellschaft - vom Prinzip her - seinem Obereigentum zu unterwerfen. Von seinen Repräsentanten wurde der absolutistische Staat als höchste und dauernde Macht gesehen, als "summa perpetuaque potestas", als Macht und Gewalt im eigenen Land gegenüber jedem Untertan, frei von jeder irdischen Bindung, unbeschränkt und unbeschränkbar. Demgemäß waren die zuständigen Behörden verpflichtet, mit Strenge dafür zu sorgen, daß sich niemand unterfängt, Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen, durch die der Respekt vor dem Herrscher untergraben, die Vorrechte und Freiheiten des Herrschers angetastet bzw. überhaupt das auf Dauerhaftigkeit ausgerichtete Bestehen herrschender Zustände auch nur im geringsten erschüttert werden konnten. Herausgeber, Drucker und Verfasser waren ihrerseits auf der Hut, wider die geforderte und erwartete Ehrfurcht vor der Obrigkeit im allgemeinen und in Angelegenheiten von Staats- und Kriegsaktionen im besonderen zu verstoßen.

So penibel der Rechtsanspruch auf präventive und repressive Maßnahmen zur Kontrolle alles Gedruckten in den österreichischen Erblanden gehandhabt wurde,(8) so reich ist die Literatur an Beispielen für die Exekution dieser Praxis auf dem Buchsektor.(9) Die Sachlage für eine Beurteilung von Verstößen gegen Bestimmungen der Bücherzensur und daraufhin ergangener Urteile ist demnach relativ transparent. Nicht zuletzt aus diesem Grund soll hier die Konsequenz des absolutistischen Rechtsanspruchs bloß anhand von zwei Beispielen illustriert werden.

## Ahndung von Zensurdelikten im Buchbereich

Schon lange bekannt ist der Fall des Kremser Buchdruckers Johann Jakob Kopitz: Ihm entzog Karl VI. nach einem einmaligen Zensurdelikt per Dekret vom 11. Jänner 1730 die gesamte Offizin und schrieb diese zur öffentlichen Lizitation aus. Kopitz war so "vermessen" gewesen, dem Anhang seines "Österreichischen Schreib-Calenders" für das Jehr 1730 eine Abhandlung ohne vorherige Zensurbewilligung einzuverleiben, weil er sie "ohnehin bloß" einem "sub Privilegio Caesareao anderwerts gedrukten Exemplari" nachgedruckt hatte.(10) Im Urteil, das durch seinen Abdruck im "Wienerischen Diarium" vom 28. Jänner zusätzliche Publizität erhielt - die Abschreckungsintention ist nicht zu übersehen -, wurde die Einziehung der Offizin wie folgt begründet: Er hat eine "sehr vermessene Schmäh-Schrift gegen die Hungarischen Stände mit falscher und zumalen gefährlicher Erdichtung einiger Königlichen an sie Stände niemalen ergangener Verordnungen und Decreten" in einer Auflage von 2.000 Exemplaren an den "gemeinen Mann" gebracht, "welcher von dem Gegenstand und wahren der Sachen Beschaffenheit nicht berichtet ist". Da dem "gemeinen Mann", also dem gewöhnlichen Untertanen, die Kompetenz einer Beurteilung politischer Angelegenheiten a priori abgesprochen wurde, scheint man ihm die Distribution - vor allem auf Wiener Märkten - als erschwerend ausgelegt zu haben. Mildernd wirkte sich hingegen für ihn aus, daß er sich freimütig zum Nachdruck dieser Abhandlung bekannt hatte, ansonsten er "Leibs=Straf" zu "befahren" gehabt hätte.(11)

"Billiger" kam Georg Ludwig Schultz, Faktor beim Buchdrucker Johann Thomas Trattner, davon. Er wurde 1755 allein deshalb zu einem achttägigen Arrest - "und zwar hierunter einen Tag mit alleiniger Abreichung Wasser und Brods" - verurteilt, weil er eine "Bürgerliche Rechts=Sachen betreffende Schrift" ohne Zensurvorlage zum Druck

befördert hatte. In der Urteilsausfertigung wurde besonders hervorgestrichen, daß er wegen "dieses seines Verbrechens ... eine geschärfftere Ahndung billig verdienet hätte."(12)

Beide Beispiele stehen für die Entschlossenheit der Obrigkeit, Zensurverfehlungen rigide zu ahnden. Gleichzeitig verweisen sie in gewisser Weise auf die vorgenommene Differenzierung von Zensurdelikten nach "staatlichen" und "privaten" Belangen. Um vieles weniger konkret ist hingegen das Wissen um die Umsetzung dieser Praxis auf dem Gebiet der Presse.

## Regulierungspraxis im Pressebereich

In diesem Bereich sind nach wie vor einige Fragen weitgehend offen: Wie wurde die Zeitungszensurpraxis im einzelnen vollzogen? Welche Anlässe mußten gegeben sein, um zuständige Behörden auf den Plan zu rufen? Welche Strafsanktionen waren vorgesehen bzw. wurden vollzogen?

Hinderlich für eine gezielte Aufnahme dieser und weiterer Fragen ist der Verlust der Buchdruckerakten beim Justizpalastbrand 1927. Der Hinweis auf diesen Umstand ist für die historische Kommunikationsforschung keineswegs ein vordergründig formuliertes Argument. Die heute im Allgemeinen Verwaltungsarchiv verwahrten Brandfragmente eines ursprünglich reichen Bestandes ergänzen nämlich nicht im mindesten die vor hundert Jahren präsentierten Befunde von Anton Mayer.(13) Dieses Faktum stellt per se eine große Herausforderung dar. Ihr vermag man sich dann nicht zu verschließen, wenn neue oder auch bloß den ererbten Wissensstand ergänzende Kenntnisse vom "Betrieb" des absolutistischen Kommunikationssytem gewonnen werden wollen, die ihrerseits Fundamente für weiteren Erkenntnisgewinn darstellen (können).

Selbstverständlich gilt auch für diese Herausforderung, daß systematisches Herangehen an Archivmaterialien nach forschungsleitenden Prinzipien Maxime sein sollte. Den Wert und Ertrag einer derartigen Vorgehensweise hat vor kurzem Martin Welke erneut unter Beweis gestellt. Ihm gelang es, wichtige Aussagen über die Pressepolitik des Kaiserhofes im Reich während des 18. Jahrhunderts treffen zu können, indem er publizierte Forschungsresultate kritisch mit Ergebnissen gezielter Recherchen in relativ geschlossenen Aktenbeständen zu einer überzeugenden Synthese verband.(14) Bei einigen anderen Anliegen der Medien- und Kommunikationsgeschichte wäre ein derartiges Vorgehen zweifellos ebenso unmittelbar ertragreich. So könnte man sich bei der großteils noch unbeantworteten Frage nach der infrastrukturellen Funktion der Post für das österreichische Zeitungsgewerbe im 18. Jahrhundert auf die relativ geschlossene Sammlung von Postakten im Wiener Hofkammerarchiv stützen.

Der Forschung stehen aber nicht immer solche Bestände zur Verfügung. Gewiß ist die Möglichkeit gegeben, durch umfangreiche Studien "sachfremder" Aktenbestände für Wissenschaft und Forschung gewinnbringende Aufschlüsse zu erzielen. Sie ist jedoch dann reduziert und von Zufallsfunden abhängig, wenn sich das Erkenntnisinteresse mangels problemkonzentrierter Vorarbeiten sehr komplex gestalten muß. Die vorliegende Aufzeichnung des "Malheurs" eines in Wien tätig gewesenen Zeitungsschreiber italienischer Herkunft ist ein Resultat solcher Studien "sachfremder" Aktenbestände und im Ursprung ein reines Zufallsergebnis. Im konkreten Fall nahmen die Recherchen ihren Ausgang von der Frage, ob überhaupt oder welcher Art auch immer Systemvorgaben direkten oder indirekten Einfluß auf den Pressesektor der Übergangszeit von Maria Theresia auf Joseph II. genommen haben. Im Zentrum stand die Aufgabe, Indikatoren für mögliche Kontinuitäten oder andernfalls Diskontinuitäten ausfindig zu machen. Als Untersuchungszeitraum wurde deshalb die gesamte Zeitspanne zwischen den im Februar 1780 einge-

leiteten Überlegungen zur Zentralisierung der Zensur und der - angesichts der "erweiterten Pressefreiheit" auffällig spät erfolgten -Gründung der ersten Tageszeitung Österreichs, 1783, gewählt.(15)

Mit der dabei zustande gekommenen Auffindung des Falles dal Sasso soll natürlich keinesfalls allgemein sogleich dem Grundmuster und der Arbeitsweise das Wort gesprochen werden, möglichst ohne Umschweife direkt bei den Quellen zu beginnen. Obendrein soll die Gefahr keineswegs verkannt werden, wie leicht "ad-fontes"-Eifer dahin führt, "daß die historischen Arbeiten trotz aller 'Quellenkritik' von der Sichtweise derer, die einst die Quellen-Herstellung und -Überlieferung organisierten, vorstrukturiert werden.(16)

Für einige spezielle Fragen der Medien- und Kommunikationsgeschichte -insbesondere der frühen Zeit - mag die nachstehende Soll-Vorstellung gleichwohl gewisse Beachtung verdienen: Es gelte, "sich auf das Wesen und damit auf das Wesentliche der Medien- und Kommunikationsgeschichte zu besinnen - auf die Geschichte! Das heißt: hin zu den Quellen und die Kärrnerarbeit leisten, nämlich suchen, sammeln, vergleichen, deskribieren, bibliographieren, dokumentieren, edieren, publizieren; und als Letztes und mit aller Sorgfalt: interpretieren."(17) Die in dieser Weise formulierte Position mag durchaus positive Ergebnisse nach sich ziehen. Trotz alledem erscheint sie durch ihre Betonung einer Seite ziemlich kritisch belastet: Droht doch aus einer so unmittelbar sich verpflichtenden Beziehungsnähe zu "den" Quellen die Verfänglichkeit, Geschichtsschreibung in Reserviertheit gegenüber Gesellschaftstheorien von einem maximierten "Fakten"-Wissensstand abhängig zu machen.

Deshalb wird sich ein allgemeines Konzept für historische Forschungsarbeit wohl an folgender Maxime eher orientieren können: "Wirkliche 'Quellenkritik' ist erst möglich auf der Grundlage konsistenter Vorstellungen über das mögliche Funktionieren von Herrschaft und entsprechender Auswirkungen auf die hinterlassene Dokumentation. Entsprechende systematische Überlegungen sollten zum festen Usus der Geschichtswissenschaft werden, und sie sollten nicht den Ehrgeiz haben, ihre - oft vorhandenen - Grundeinsichten im Interesse der flüchtigen Erzählung und der eleganten Dezenz gelegentlich einzuflechten."(18)

## 2. Zeitungen als Objekt der Staatsräson

Zeitungen waren während des 17. und 18. Jahrhunderts im wesentlichen staatlich kontrollierte und beeinflußte Nachrichtenblätter mit einer "zielgerichteten Informationsstruktur" sowie "im System der europäischen Kabinettspolitik Objekte der Staatsräson".(19)

Für die Realität dieser auf sich genommenen und gleichzeitig ebenso auferlegten Pflicht des absolutistischen Herrschers für eine ordnungsgemäße "Geschäftsgebahrung" der Produktion periodischer Zeitungen sowie von Einzelzeitungen und inhaltlich verwandter Schriften existieren für den Kommunikationsraum der österreichischen Erblande vor dem Regierungsantritt Josephs II., wie bereits angedeutet, nur spärliche Quellennachweise.

## "... in das Publicum einlaufende Punkte"

1721 lag ein Protest ausländischer Mächte vor,(20) woraufhin die NÖ. Regierung als zuständige politische Instanz aufgefordert wurde, Zeitungen bezüglich der "in das Publicum einlaufenden Punkte" genauer zu zensurieren. Anläßlich dieser Gelegenheit wurde ihr darüber hinaus dringend empfohlen, größere Sorgfalt beim Abdruck von Urteilsgründen und "Vorsicht bei den die Streittheile berührenden Punkten" walten zu lassen.(21)

## Ärgerliche Sätze gegen fremde Höfe

Aus der theresianischen Zeit konnten aufgrund einiger archivarischer Nachforschungen Zeitungszensurfälle nachgewiesen werden. Sie betreffen allerdings in erster Linie Angelegenheiten zwischen Privatpersonen oder der inneren Verwaltung[22] und nicht "ärgerliche Sätze gegen fremde Höfe". Über das Procedere der jeweiligen Strafaktion der Obrigkeit sind nähere Details zumeist unbekannt. Aus den Maßnahmen zur Eruierung der Autorenschaft zweier mit höchstem Mißfallen registrierten "Zeitungen", 1737, ist immerhin ersichtlich, daß die zuständige Behörde bei medialen "Betriebsunfällen" rasch und konsequent durchzugreifen versucht hat,[23], auch wenn der Erfolg letztlich mäßig blieb. Fruchtlos war z. B. schon die Untersuchung verlaufen, die im Jahr vorher anläßlich der Veröffentlichung einer anonym erschienenen Liedzeitung über "39 Mordt Thatten von vier Moscovitern" von der NÖ. Regierung angeordnet wurde.[24]

1743 wurden drei Schriften "wegen einfließenden, ungegründeten und in Ansehung des russischen Reichs gar bedenklicher Reflexionen" verboten.[25] Gegen den obrigkeitlichen Anspruch auf einseitige Regelung des politischen "Zeitgesprächs" verstieß 1761 ein als "Zeitung" geahndetes Flugblatt mit dem Titel "Das Traumgedicht", das "unanständige und anzügliche Ausdruckungen" gegen Friedrich II. enthielt.[26] Dieser Fall für sich genommen stellt allein schon nachdrücklich unter Beweis, wie es um die Usancen europäischer Kommunikationskonvention bestellt war. Während in der Zeit des Siebenjährigen Krieges (1757 - 1763) ein wahrer "Zeitungskrieg" zwischen den Feindmächten Österreich und Preußen ausgebrochen war,[27] durfte sich eine Privatperson quasi "naturgemäß" nicht unterstellen, gegen den damaligen "Erbfeind" zu polemisieren bzw. die "Volksmeinung" in gedruckter Form "unter das Volk" zu bringen. Die moralische Aufrüstung war ausschließlich obersten Instanzen vorbehalten.

## "Damit der Zeitungsschreiber wissen möge, ..."

"Damit der Zeitungsschreiber wissen möge, was für inländische Anordnungen, Anstalten und andere vorkommende Sachen für das Publikum geeignet sind, sollen solche von den Behörden wöchentlich zusammengefaßt und an den Zeitungsverfasser abgegeben werden." Spätestens seit dem Erscheinen des inzwischen schon fast ein Vierteljahrhundert alten Standardwerkes von Jürgen Habermas über den Strukturwandel der Öffentlichkeit hat diese Anweisung Maria Theresias aus dem Jahre 1769 allgemeine Publizität erlangt.[28] Sie stellt einen ersten Höhepunkt innerhalb der Versuche dar, Informationsflüsse im Gegensatz zu Interessen der erstarkenden bürgerlichen Öffentlichkeit zu kanalisieren. Mehr oder minder schuf Maria Theresia damit eine Präformation heutigen Agenturjournalismus. Indem sie ihre Behörden[29] dazu veranlaßte, wöchentliche Bulletins zu verfassen und die Zeitungsschreiber[30] dazu verpflichtete, diese zu veröffentlichen, stellte sie andererseits pro Woche verläßlich ein bestimmtes Nachrichtenkontingent zur Verfügung, das keineswegs ausschließlich eine Belastung, sondern durchaus auch eine Entlastung bedeuten konnte.[31] Für eine freiere Entwicklung der Presse im Sinne einer Interessensvertretung der erstarkenden bürgerlichen Öffentlichkeit konnte sich diese Informationsvorgabe allerdings nur als ein Nachteil erweisen. Sie gab neben der Instrumentierung der Post als Überwachungsorgan des schriftlichen Informationstransfers und der Beförderung von Gedrucktem[32] ein präzises Werkzeug ab, um die Aussichten der Präventivzensur erheblich zu verbessern.

## "... politische Freiheit ... durch ein dreifaches Gitter ..."

Nach einer Tauwetterära kurzer Dauer zu Beginn der Regierungszeit Joseph II.[33] nahmen die Beschwerden über Unbilligkeiten der Zensur zu. So klagte Joseph Rautenstrauch, ein Kritiker der josephinischen Medienpolitik, 1786: "Es kann sich niemand einen Begriff von den unendlichen Skrupeln, Bedenklichkeiten, Zweifeln und Hindernissen machen, die allen periodischen Blättern, die nur von weitem einer Zeitung gleichsehen, im Wege stehen, als wer mit der Manipulation der Zeitungszensur etwas näher bekannt ist."[34] Und Johann Jakob Fezer, der Pressefreiheit als unerläßliche Voraussetzung dafür ansah, den Regenten wie seine Minister vor Torheiten zu bewahren sowie zu verhindern, daß freie Völker zur "tierischen Dummheit" hinabsinken, war schon im Jahr vorher zu folgendem drastischen Befund gekommen: "Österreich hat kaum soviel politische Freiheit, als ein Gefangener, der durch ein dreifaches Gitter die herrlichste Aussicht ins Freie hat."[35] Diese unbemäntelte Situationsbeschreibung verweist gleichsam in ihrer Grundlinie bereits auf die Jakobinerprozesse der postjosephinischen Zeit[36] und deren gnadenlose Urteile und führt andererseits in die unmittelbar vorjosephinische Zeit zurück, in der die unbedachte Meldung eines unbedeutenden Zeitungsschreibers eine "mittlere" Staatsaffäre auslöste.

Von der neuen Konstellation zwischen Österreich und Rußland wird dal Sasso Ende Mai, als er den für ihn folgenschweren Artikel aus Petersburg vom 4. Mai brachte, wohl nicht die geringste Ahnung gehabt haben.

## 3. Das Delikt des Johann Baptist dal Sasso

Am 31. Mai 1780 brachte dal Sasso in der Nr. 44 seiner "Notizie diverse"[37] unter "Pietroburgo" vom 4. Mai folgende Meldung:

"E cosa nota, che allor quando l'Augusta nostra Sovrana si è risoluta d' intrapendere questo viaggio ha destinato in di lei vece Capo del Reggente Senato, e del governo di questa Capitale il Principe Galiczin; ed era condiscesa a permettere che in tale frattempo il Gran Principe suo Figlio passasse colla sua Imperiale Famiglia dalla villa di Czarsko-Selo alla Villeggiatura di Oranien-Baum. Ora per tanto si vuole che all'ottima nostra Sovrana possino essere state indicate alcune fila d' una trama che si sarebbe in di lei assenza ordita, dagli antichi partitanti de su Pietro III, e dal Figlio per vendicare il Padre, e salire sul Trono. Per tali motivi adunque, e per annientare simili edee, la medesima I.M.S. ha stabilito, che il Gran Principe la debba accompagnare in questo suo viaggio. E questo é la ragione per cui si sono ordinati 150. cavalli di più per cadauna Stazione."[38]

Damit war der Tatbestand einer schweren Verletzung der europäischen Kommunikationskonvention gegeben. Die Meldung enthielt mehr als "ärgerliche Sätze" gegen einen ausländischen Hof, nämlich wie auf österreichischer Seite vierzehn Tage später aktenmäßig festgehalten wurde, "eine grundfalsche, höchst vermessene und äußerst anzügliche" Nachricht betreffend die "Reise und Entrevue der Russischen Kaiserin Majestät und des Römischen Kaisers Majestät".[39] Dal Sasso hatte mit diesem "Bericht" nicht nur innen- wie außenpolitische Interessen des Russischen Reiches verletzt, sondern in einem gleichzeitig auch die Interessen des österreichischen Hofes, dazu noch in einer relativ diffizilen Situation. Joseph II. befand sich nämlich zu dieser Zeit unter seinem üblichen Reisepseudonym Graf von Falkenstein auf dem Weg zu Katharina II.[40] Zweck dieser von Maria Theresia übrigens sehr ungern gesehenen Begegnung war ein - letztlich erfolgreicher - Versuch, den Übergang zu einer rein utilitaristischen Konvenienzpolitik zu finden. In der Tat leitete diese Zusammenkunft die große Wende im Verhältnis beider Reiche ein,

die dann bereits im ersten Jahr josephinischer Alleinregierung zu einem förmlichen Vertrag führte.(41)

Wie nicht anders zu erwarten, legte der in Wien akkreditierte Stellvertreter des russischen Hofes, Demeter von Galyczin,(42) stürmischen Protest gegen eine derartige "Unverschämtheit", "Tollkühnheit" und "Verbreitung von Lügen" ein, die als "sehr grausam" empfunden werden müßten.(43) Der Botschafter verlangte unverzügliche Satisfaktion und prompte Einvernahme des Novellisten.

Rascher als Galyczin hatte indes Maria Theresia reagiert. Dies weist auf die Brisanz hin, die der Zeitungsmeldung beigemessen wurde, beigemessen werden mußte. Maria Theresia wandte sich an ihren Staatskanzler Kaunitz und erteilte ihm aus "allerhöchsteigener Bewegung" den Auftrag, alle Vorkehrungen zu treffen, die dem Russischen Hofe "zum voraus (!) die ausgiebigste Genugthuung verschaffen könnte."(44)

## Russische Pressepolitik unter Katharina II.

Die prompte Reaktion Maria Theresias ist vor folgendem Hintergrund zu sehen: Katharina II. war als landesfremde Fürstin - sie war eine gebürtige Prinzessin von Anhalt-Zerbst - erst durch einen Staatsstreich gegen ihren Gemahl Peter III. auf den russischen Thron gelangt. In der westeuropäischen Presse wurde deshalb immer wieder auf die Illegitimität ihrer Herrschaft sowie auf die Unsicherheit ihrer Lage hingewiesen. Sie - selbst Mitarbeiterin in einigen russischen Zeitschriften - war daher mit aller Energie bemüht, Veröffentlichungen von Zeitungsartikeln und Flugblättern zu verhindern, in denen ihre Persönlichkeit wie ihre Politik in einem ungünstigen Licht dargestellt oder sogar angegriffen wurde. Immer wieder erließ sie an ihre Botschafter und Gesandten die Erinnerung, daß sie solche Angriffe nicht hinnehmen werde. Es sei daher die Bestrafung des jeweiligen Verfassers, das Verkaufsverbot und die Konfiszierung durchzusetzen.(45)

Katharina II. war bei der Wahl ihrer Mittel nicht gerade zimperlich. So gab sie ihrem diplomatischen Vertreter in London auf die Anfrage, welche Maßnahmen er gegen eine in London erscheinende Zeitung ergreifen solle, den folgenden Rat: "Darauf gibt es drei Methoden: 1. den Verfasser an einen geeigneten Ort locken und ihn verprügeln, 2. ihn durch Geldzuweisung von der Schriftstellerei fernhalten und 3. Verteidigungsschriften verfassen."(46)

Kaunitz, vor die Aufgabe gestellt, wirkungsvolle Maßnahmen noch vor Einlangen des zu erwartenden Protestes des Russischen Hofes zu setzen, befahl dem NÖ. Vizestatthalter u. a., daß "der Zeitungsschreiber mit Arrest belegt, seines Privilegii verlustiget auch zur Inquirirung gezogen werde, woher er den anstößigen Artikel bekommen oder vernommen habe".(47)

## 4. Erstes Verhör
## Zur Person des Verhafteten

Nach seinen Angaben wurde er 1748 in Sacco als Sohn eines wenig erfolgreichen Kaufmannes geboren. Seinem Religionsbekenntniss nach war er katholisch und seinem Stande nach ledig.

Seinen beruflichen Werdegang beschrieb er folgendermaßen: Er studierte in Rovereto Philosophie. Nach Abschluß seiner philosophischen Studien war er auf der Suche nach einem Lebensunterhalt nach Salzburg zu einem Verwandten in der Hoffnung gereist, durch dessen Protektion eine Anstellung beim dortigen Hofmarschall Graf von Lodron zu erhalten. Da sich diese Hoffnung als trügerisch erwies, machte er sich 1770 nach Wien auf. Hier fand er seinen Lebensunterhalt mit Übersetzungen sowie als Lektor für Italienisch. Nebenher verdingte er sich,

um seine Notdürftigkeit zu lindern, beim Agenten Volpi, dem Wiener Vertreter des Herzogs von Modena. In dessen Diensten bestand seine Aufgabe darin, die wöchentlich zweimal zu organisierende Belieferung des Herzogs mit einer Geschriebenen Zeitung[48] durchzuführen. Dabei beschränkte er sich nicht darauf, ein derartiges in Wien kursierendes "Blättel" zu kopieren. Vielmehr agierte er selbst als Rechercheur und gestaltete den Inhalt "seiner" Geschriebenen Zeitung, indem er Neuigkeiten in Kaffeehäusern aktiv oder durch bloßes Zuhören sammelte bzw. aus anderen Zeitungen auflas. Mit der Zeit hatte er sich eine derartige Fertigkeit erworben, die es ihm gestattete,
nach dem Tode seines Arbeitgebers Volpi, 1779, die "Notizie diverse" von ihrem Gründer zu übernehmen.[49]

## Das "Geständnis" - "Man möge auch mit ihm machen, was man immer wolle"

Das erste Verhör dal Sassos fand am 12. Juni 1780 statt. Der Beschuldigte gab zu Protokoll, daß er die Nr. 44 wie üblich aus ihm zugänglich gewesenen Zeitungen zusammengestellt hatte. Zu dem ihm inkriminierten Petersburger Artikel führte er aus, er habe die den Fürsten Galyczin betreffende Meldung ebenso wie seinen Hinweis auf eine stattgefundene Verstärkung von Militärstationen um 150 Mann Kavallerie bereits vor einiger Zeit in jeweils einer anderen Zeitung gelesen, an deren Titel er sich gegenwärtig nicht mehr erinnern könne. Seine geäußerte Meinung, es bestehe die Möglichkeit einer Regierungsveränderung, sei lediglich auf eigene Einbildung bzw. freie Kombination zurückzuführen.[50]

Davon abgesehen habe er, so versuchte dal Sasso eine weitere Einfriedung seines Verteidigungsraumes zu erreichen, folgenden Hintergrund für seine Meldung: Vor ungefähr fünfzehn Tagen habe er eine Aufführung im Nationaltheater "in der ersten bank auf dem Parterre" besucht. Dort sei er Ohrenzeuge eines Gespräches von zwei hinter ihm sitzender "gänzlich unbekannter Cavaliers in schwarzen Kleidern" geworden, die sich miteinander in französischer Sprache unterhalten hatten. Unter anderem seien sie auf einen Aufstand zu reden gekommen. Dabei sei auch der Name des Großfürsten gefallen. Mehr könne er dazu nicht sagen. Ein Verdacht, daß ihm diese Nachricht "allenfalls an die Hand gegeben worden seyn sollte", bestünde jedenfalls zu unrecht: "Man möge auch mit ihm machen, was man immer wolle."[51]

Zuletzt machte del Sasso für seine Unschuld geltend, daß er die Nr. 44 keineswegs unrechtmäßig herausgebracht hatte. Wie üblich war sie der Zensurbehörde zur Prüfung vorgelegt worden. Im übrigen sei ihm diese Prüfinstanz stets sehr gelegen gewesen. Sie habe ihm die Produktion seines Blattes immer erleichtert, wußte er doch schon jeweils im vorhinein, "daß das unerlaubte ausgestrichen werden würde". Dal Sassos Hauptargumentation lief also darauf hinaus, sich unter das bisher so bewährte Protektorat der Zensur zu stellen.[52]

Inwieferne seine Hoffnung berechtigt war, durch Anlegen einer Fährte auf ihm "gänzlich unbekannte Cavaliers in schwarzen Kleidern" gänzlich ungeschoren davonzukommen, ist höchst fraglich. Zu sehr erinnert es doch an den traditionellen Verteidigungsversuch letzter Instanz, den "großen Unbekannten" ins Spiel zu bringen. Möglicherweise hegte die Vernehmungsbehörde zu diesem Zeitpunkt andererseits selbst den Verdacht, dal Sasso könnte lediglich ein billiges Opfer konspirativer, ausländischer Kräfte geworden sein. Dafür spricht jedenfalls die Frage nach seinen Kontakten mit in Wien abgestiegenen Fremden. Zu diesem Punkt erwähnte dal Sasso einen im Bischofshof einquartiert gewesenen Baron von Wolf, für den er einige französische und italienische Lieder gegen

geringes - und überdies verspätet erhaltenes - Entgelt abgeschrieben hatte. Ansonsten habe er mit diesem Baron, mit dem er durch die Herren Serdagna bekannt wurde, keinen Umgang gepflogen oder irgend ein anderes Geschäft abgewickelt.(53)

Wie vage der Verdacht der Vernehmungsbehörde, dal Sasso sei einem agent provocateur aufgesessen, auch immer gewesen sein mag, Glauben schenkte sie seiner Verantwortung jedenfalls nicht.(54)

## 5. Zweites Verhör

Am zweiten Vernehmungstag gab der in Arrest verwahrte dal Sasso seine Verteidigungsposition als "zufälliger Lauscher" auf. Er bekannte sich dazu, sein Ablenkungsmanöver ausschließlich deshalb inszeniert zu haben, "um etwa durch Entdeckung der Wahrheit nicht einen anderen vielleicht ebenso unschuldigen als er selbst in Ungelegenheit zu bringen."(55)

## Der Sachverhalt

Die Genesis seines Petersburger Artikels stellt sich nach diesem Einbekenntnis und dem angeschlossenen Hergangsbericht wie folgt dar: Dal Sasso war Stammgast im Kaffeehaus Milani am Kohlmarkt,(56) in dem wie in vermutlich allen übrigen "Caffee-Gewölbern" und vielen Schenken der Stadt in- und ausländische Zeitungen auflagen, wie auch Geschriebene Zeitungen kursierten. Öffentlich allgemein zugängliche Lokale waren in Wien traditionsgemäß seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert nicht nur Orte der persönlichen Begegnung, sondern beinahe noch mehr Zentren für freies Erörtern des aktuellen Zeitgeschehens oder was dafür gehalten wurde sowie für Mutmaßungen über zukünftige Entwicklungen.

Das Kaffeehaus Milani war ein beliebter Treffpukt der italienischen Kolonie in Wien. Dort traf dal Sasso des öfteren mit einem aus Mailand oder Como(57) gebürtigen, etwa vierzigjährigen Optiker zusammen, von dem er nur den Vornamen Giovanni kannte, nicht aber die Adresse. Mit ihm pflegte er über allgemeine Neuigkeiten zu debattieren, "seines Erinnerns aber niemals etwas anderes, als was ohnehin schon bekannt war".(58) Dieser Optiker hatte ihn kurz vor der redaktionellen Gestaltung der Nr. 44 seiner "Notizie diverse" beiläufig gefragt, ob er nicht wisse oder gehört habe, daß in Petersburg ein Aufstand befürchtet werde und daß deshalb der Großfürst mit seiner Mutter, Katharina II., nach Polen reisen müsse. Obgleich ihm nähere Umstände für diese seinem Vernehmen nach en passant gestellte Frage fehlten, nahm er sie zum Anlaß, den bewußten Artikel in Erinnerung an die in der "Hamburger oder Frankfurter Zeitung wirklich gelesenen zwey Umstände, nemlich wegen anstellung des Prinzen Galiczin, und wegen Vermehrung der cavalerie Escorte" sozusagen "aus seinem eigenen Kopf" zu verfassen.(59)

Mit dieser Erklärung ließ es die Vernehmungsbehörde sein Bewenden haben, zumal dal Sasso weder "durch gütliches Zureden noch durch Schärffe zu einem weiteren Geständnis zu bewegen war"; vorsorglich hielt sie in ihrem Protokoll den Nachsatz fest, daß sich der Beschuldigte in seiner letzten Aussage "höchst ängstlich und verwirrt gezeigt habe".(60) Der weitere Verlauf des Falles dal Sasso zeigt, daß die sicher prophylaktisch gedachte Schlußbemerkung ohne jegliches Fundament war.

## 6. Privilegentzug. Aufforderung zum Widerruf und sonstige Vorkehrungen

Um die beflissentlich angestrebte Einheit zwischen veröffentlichter Meinung und staatlichen Interessen, zumal in diesem Fall hochpolitischer Natur, zu restaurieren, wurde das Privileg für die weitere Herausgabe der "Notizie diverse" eingezogen. Dal Sasso wurde aus der Untersuchungshaft unter der

Auflage entlassen, noch eine Ausgabe ohne Angabe von Gründen für die nachfolgende Einstellung, jedoch unter Einschaltung eines bei der zuständigen Behörde zu deponierenden Widerrufs zu redigieren.(61)

Zum ordnungsgemäßen Nachvollzug dieser Anordnung wurde dem Verleger der "Notizie diverse", dem Wiener Buchdrucker Jahn,(62) aufgetragen, die ihm übermittelte Widerrufung "nach dem wörtlichen Inhalte in dem nächsten italiänischen Zeitungsblatte einzudrucken", andernfalls er schärfste Bestrafung zu erwarten habe.(63) Dem für die Zensur zuständigen Beamten der NÖ. Regierung, Regierungsrat Johann Anton von Roscio, wurde eine scharfe Verwarnung zuteil. Ihm wurde vorgehalten, "die strengste und genaueste Sorgfalt gegen alle nur immer vorzukommen mögliche Anstößigkeit auf eine höchst ahndungswürdige Weise außer Acht gelassen, und sich disfalls allerdings der schwersten Verantwortung würdig gemacht" zu haben.(64) Für diesmal sei noch Gnade vor Recht, doch habe er auf allerhöchsten Befehl Maria Theresias sich "in Zukunft bey Censurirung, besonders der das politische Fach betreffenden Zeitungsartikeln einer größeren Aufmerksamkeit und Behutsamkeit zu bedienen", andernfalls er mit schärfsten Konsequenzen zu rechnen hätte.

Der russische Botschafter Galyczin entrichtete daraufhin eine Dankadresse an Kaunitz für die erwiesene Satisfaktion und kündigte gleichzeitig einen entsprechenden Bericht an seine Landesherrin an.(65) Katharina II. konnte sich danach ihrerseits beim österreichischen Botschafter in Petersburg sowie beim Grafen Ludwig von Cobenzl von der geheimen Hof- und Staatskanzlei und bei ihrem Botschafter in Wien bedanken und ihre Zufriedenheit mit der schon "zum voraus" von Kaunitz "veranstalteten eclatanten Genugthuung" Ausdruck verleihen. Mit der Vermittlung ihrer "Danknehmigkeit für die von dem allerhöchsten Hofe hierin erwiesenen freundschaftlichen Aufmerksamkeit" verband sie den Wunsch, "daß der Zeitungsschreiber nicht weiter gestrafft werde".(66)

## 7. Gnadengesuch und Neueröffnung der "Notizie diverse"

Unmittelbar nach dem Regierungsantritt Joseph II. kam dal Sasso mit einem Gesuch um Gnade und Wiederbelebungsmöglichkeit seiner Zeitung ein. Offenbar wollte er die "Gunst der Stunde" für seine volle Rehabilitation nützen.(67)

Kaunitz, der sich schon 1757 äußerst aufgeschlossen für die Etablierung einer zweiten Zeitung neben dem "Wienerischen Diarium", der "Gazette de Vienne", gezeigt hatte,(68) stellte diesem Ersuchen unter Einschluß eines Gesamtresümees der Acta dal Sasso nichts in den Weg. Joseph II. beschied die Angelegenheit mit folgender Klausel positiv: "Ich will wegen fürbit der Russischen Kayserin ihme die druckung seiner zeitung neüerdings eingestehen, jedoch solle er dem fürstlichen Gallitzin einschicksames danksagendes Memoriall für die ihme erwiesene großmuth an die russische kayserin einrichten."(69)

Am 27. Dezember 1780 kündigte dal Sasso die Neueröffnung seiner "Notizie diverse" für den bevorstehenden Jahresbeginn an, wobei er es nicht daran mangeln ließ, auf die ihm nach einem halben Jahr Unterbrechung seiner Tätigkeit bezeigte allerhöchste Gnade gebührend hinzuweisen. Allen "Herren Lesern" wolle er "eilends die Nachricht" von der ihm zuteil gewordenen Gnade mitteilen und bitten, sie mögen herbeikommen und ihm die Ehre einer Subskription machen. Unterdessen werde er es wagen, sich seinerseits der Hoffnung hinzugeben, daß er nicht der Unzulänglichkeit bei seiner beschwerlichen Verpflichtung geziehen werden kann, seine Herren Abonnenten mit vielen ausgewählten und allerneuesten Nachrichten zu beliefern, soweit es ihm die geographische Lage dieser Hauptstadt erlaubt.
Abgesehen von der Vermittlung poli-

tischer, historischer und ökonomischer Nachrichten habe er sich zum Ziel gesetzt, sein Blatt auch mit Übersetzungen zu bereichern oder zumindest mit Auszügen aus Urteilssprüchen, Beschlüssen und Verordnungen, die ab jetzt vom Reichstag in Regensburg erlassen werden. Zur Erfüllung dieses Programms werde er, so versicherte dal Sasso, ständige Korrespondenten in den bedeutendsten ausländischen Städten ansetzen, insbesondere jedoch in den "diversen Provinzen dieser überaus ausgedehnten Monarchie", in der Hoffnung, "damit am meisten den Beifall der Leser seiner Blätter zu erringen".

Dieser Wunsch erfüllte sich nur recht und schlecht. Ende 1781 geriet er neuerlich in Schwierigkeiten mit der Obrigkeit, nachdem er eine Meldung gebracht hatte, derzufolge der Mainzer Kurfürst als erster deutscher Bischof aus eigener Machtvollkommenheit Klöster aufgehoben und deren Vermögen anderen Zwecken zugeführt habe.(72) Wieder waren höchste Stellen befaßt, doch verlief diese Angelegenheit für dal Sasso glimpflich. 1783 wurde ihm die Konzession für eine Buchdruckerei erteilt, die "Notizie diverse"(73) erlebten anscheinend keine besondere Blüte. Wohl fanden sie in eine zeitgenössische Beschreibung Wiens, 1787, Eingang,(74) doch betrug ihre Versandauflage trotz dieser Beachtung im Jahr danach nur 17 Stück.(75) Über die exakte Bestandsdauer konnten bislang keine verläßlichen Quellen ausfindig gemacht werden; viel länger als bis 1793 dürften die "Notizie diverse" nicht erschienen sein.(76)

## 8. Epilog

Absolutistische Herrschaft beanspruchte das Recht auf Verhinderung "ärgerlicher", politischer Schriften gegen sich selbst zugewiesene Vollkommenheit, gegen den für dauerhaft angestrebten Bestand an Machtfülle sowie gegen den auf Allgegenwärtigkeit persistierenden Kodex von oben geregelter Kommunikationsordnung schlechthin. Mittel zur Durchsetzung dieses Anspruchs waren Zensur und Privileg, Themen- und Themeninhaltsvorgabe durch Hofbehörden, Steuerung des Informationsflusses mit Hilfe der Post, Etablierung einer "geheimen Polizei" unter Joseph II. sowie schließlich die 1795 per Hofdekret diktierte Kriminalisierung jeglicher Kritik an der Regierungsform, Staatsverwaltung oder Landesverfassung.(77) Davon abgesehen bildete die Positionierung des "Volks" als staundende, applaudierende Staffage für zeremoniell vorbereitete Aufzüge und Inszenierungen höfischer Werte ein essentielles Element zur Durchgestaltung dieses Systems.

Absolutistischer Herrschaftsanspruch richtete sich aber nicht nur nach "innen", sondern schloß genauso die Verantwortlichkeit für "ärgerliche" Schriften gegen ausländische Regierungen ein. Die daraus resultierende Verbindlichkeit bot einerseits wohl eine breite Angriffsfläche für Proteste ausländischer Mächte, andererseits ermöglichte sie es auch, außerhalb des eigenen Herrschaftsbereichs Einfluß zu nehmen und gegen via Medien erfolgte Einmischungen von Privatpersonen in innere Angelegenheiten zu intervenieren.

Diese Konvention wird in Staaten parlamentarischer Demokratie für überwunden angesehen. Bestimmte Reaktionen auf Meldungen und Kommentare in ausländischen Medien rund um den österreichischen Präsidentschaftswahlkampf rücken allerdings die Vermutung nahe, daß einzelne Kommunikationsnormen absolutistischer Prägung - auch oder gerade - in unserem Land eine eingetiefte Kontinuität besitzen. Die Schwierigkeit, ihnen im Alltag Paroli zu bieten, soll hier selbstverständlich nicht in Frage gestellt sein. Um ihr trotzdem langfristig erfolgreich begegnen zu können, bedarf es zweifelsfrei eines Grundkonsenses über die Notwendigkeit, jedem nachwirkenden Element der absolutistischen Kommunikationswirklichkeit in der Praxis aufzusagen. Eine solche Übereinstimmung

sollte nicht allzu schwer fallen, zumal der als Basis dafür in Geltung gebrachte Gesellschaftsvertrag inzwischen schon längst durch eine demokratische Verfassung abgelöst ist. So wie es österreichischen Medien unbenommen sein muß, politische Ereignisse und Entwicklungen im Ausland kritisch zu verfolgen und auf diese Weise ein je entsprechendes Weltbild zu schaffen, ohne daß sich staatliche Instanzen in Willfährigkeit ausländischer Interessen mit Weisungen einschalten, muß dieses Prinzip auch im umgekehrten Fall zum Nutzen der Staatengemeinschaft gelten.

Anmerkungen:

1) Abgedruckt bei Hermann Gnau: Die Zensur unter Joseph II. Straßburg, Leißzig 1911. S. 258; erstmals wurden die "Grund-Regeln" publiziert in: Schlözers Briefwechsel. H. 58. Göttingen 1782. S. 222 - 228.
2) Deutsche Kriegs=Canzley auf das Jahr 1762. Bd. 2. Frankfurt, Leipzig 1763. S. 323 (= Abdruck des "Königlich=Preußischen Gouvernments zu Königsberg Placat, de dato 1762. die Verbreitung ungegründeter nachtheiliger Zeitungen betreffend.")
3) J.G.H.: Wohlmeinender Unterricht, für alle diejenigen, welche Zeitungen lesen, worinnen so wohl von dem nützlichen Gebrauche der gelehrten und politischen Zeitungen, als auch von ihrem Vorzuge, den einige vor anderen haben, bescheidentlich gehandelt wird. Leipzig 1755. S. 19.
4) Vgl. Moritz Csáky: Die Österreichische Gesellschaft zur Erforschung des achtzehnten Jahrhunderts. In: Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung des achtzehnten Jahrhunderts. 1. Wien 1983. S. 5.
5) Walter Kemmerling: Studien zur Geschichte des älteren Kölner Zeitungswesens. Bonn 1911. S. 81.
6) Vgl. Staatsdenker im 17. und 18. Jahrhundert. Reichspublizistik, Politik, Naturrecht. Hg. Michael Stolleis. Frankfurt/M. 1977.
7) Religion war für die habsburgischen Kaiser eine Lebensfrage ihres Gottesgnadentums. Vgl. Hermann Wiesflecker: Casa de Austria 1620 - 1740. In: Österreich in Geschichte und Literatur. 5 (1961), 1. S. 19. Die "Pietas Austriaca" lieferte dem habsburgischen Herrschaftsanspruch in unmittelbarer Beziehung zur katholischen Restauration im 17. Jahrhundert den spirituellen Unterbau. Vgl. Erika Weinzierl: Die Kirche in Österreich 1620 -1749. In: Österreich in Geschichte und Literatur. 3 (1959), 4. S. 189. Die Klammer von weltlicher und geistlicher Intention im habsburgischen Reich, die "Christianitas", begann nach und nach erst im Verlaufe der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu zerbrechen.
8) Vgl. Joseph Sonnenfels: Grundsätze der Policey, Handlung und Finanzwissenschaft. T. 1. Wien 1968. S. 131 - 132. Sonnenfels verwahrte sich entschieden gegen die Auffassung des Staatswissenschaftlers Johann Heinrich Gottlob von Justi, den Buchhändlern freie Befugnis über den Verkauf auswärts gedruckter Bücher zu erteilen: "Nach dieser Meynung muß ein Buchhändler, alle von so verschiedenen Wissenschaften handelnden, und in so vielerley Sprachen geschriebener Bücher, die er verkaufet, nicht nur selbst lesen, sondern auch beurtheilen. Wo soll man solche gelehrte Buchhändler hernehmen? dieß ist der Absicht der Censur gerade entgegen. Der Buchhändler wird zum Richter der Schriften gemacht, und seine Strafe ersetzt den Schaden nicht, den der voreilige Verkauf eines üblen Buchs verursachen kann." Justi forderte hingegen eine liberalere Handhabung und die Zuerkennung einer Eigen-

verantwortlichkeit: "... alles was man thun kann, ist, die Buchhändler dahin zu verbinden, ein Exemplar von allen neueinzuführenden Büchern der Büchercensur zum Durchsehen zu überreichen, ohne daß jedoch indessen der Verkauf, der auf ihre Verantwortung ankommt, wenn die Bücher gefährlich sind, im geringsten aufgehalten wird." Johann Heinrich Gottlob von Justi: Staatswirthschaft oder systematische Abhandlung aller Ökonomischen und Cameral-Wissenschaften die zur Regierung eines Landes erfordert werden. T. 1. Leipzig 1758. S. 95.

9) Dazu seien nur die wichtigsten angeführt: Adolph Wiesner: Denkwürdigkeiten der Oesterreichischen Zensur vom Zeitalter der Reformazion bis auf die Gegenwart. Stuttgart 1847. Theodor Wiedmann: Die kirchliche Bücher-Censur in der Erzdiöcese Wien. In: Archiv für österreichische Geschichte. Bd 50. Wien 1873. S. 213 - 520. August Fournier: Gerhard van Swieten als Censor. In: Sitzungsberichte der kaiserlichen Academie der Wiss. phil.-hist. Cl. 84. Wien 1877. S. 387 - 466. Hermann Gnau: Die Zensur unter Joseph II. Straßburg, Leipzig 1911. Oskar Sashegyi: Zensur und Geistesfreiheit unter Joseph II. Beitrag zur Kulturgeschichte der habsburgischen Länder. Budapest 1958. (= Studia historica. 16.) Grete Klingenstein: Staatsverwaltung und kirchliche Autorität im 18. Jahrhundert. Das Problem der Zensur in der Theresianischen Reform Wien 1970. (= Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde.) Dies.: Van Swieten und die Zensur. In: Gerard van Swieten und seine Zeit. Hg. Erna Lesky und Adam Wandruszka. Wien, Köln, Graz 1973. S. 93 - 106.

10) Codex Austriacus. Suppl. 2. Wien 1752. S. 615 - 617. Vgl. Adolph Wiesner: Denkwürdigkeiten, S. 88 -92.

11) Vgl. Wolfgang Duchkowitsch: Absolutismus und Zeitung. Die Strategie der absolutistischen Kommunikationspolitik und ihre Wirkung auf die Wiener Zeitungen 1621 - 1757. Wien 1978. Phil. Diss. S. 375 - 376. Die Tochter von Kopitz, Maria Clara, konnte die drohende Auflösung des Betriebes gerade noch verhindern, nachdem es ihr mit Unterstützung des Kremser Stadtrates gelungen war, bei der angekündigten Lizitation mitsteigern zu können. Nach ihrer Verehelichung mit dem aus Krems gebürtigen Buchdruckergesellen Präxl und Erlegung des Kaufbetrages für die Offizin in der Höhe von 1000 fl. konnte die Druckerei ihren Betrieb unter neuem Namen aufnehmen. Roswitha Müller: Kremser und Steiner Buchdrucker des 16. - 18. Jahrhunderts. Wien 1967. Phil. Diss. S. 52 - 55.

12) Niederösterreichisches Landesarchiv, HR, 1755, Juni/I.

13) Anton Mayer: Wiens Buchdrucker-Geschichte 1482 - 1882. 1.2. Wien 1882 - 1887.

14) Martin Welke: "... zu Österreichs Gloria durch Publicität mitzuwürcken." Zur Pressepolitik des Kaiserhofes im Reich im 18. Jahrhundert. In: Mediengeschichte. Forschung und Praxis. Festgabe für Marianne Lunzer-Lindhausen. Hg. Wolfgang Duchkowitsch. Wien, Köln, Graz 1985. S. 173 -193.

15) "Das Wienerblättchen" erschien erstmals am 3. August 1783.

16) Joachim Radkau: Aufgaben für die Praxis der Geschichtswissenschaft. In: Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft. Hg. Imanuel Geise, Rainer Tamchina. Bd 1. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980$^2$ S. 174.

17) Helmut W. Lang: Weg vom "Funktionalismus"! Zur Problematik der Medien- und Kommunikationsgeschichte. In:

Mediengeschichte, S. 111.

18) Joachim Radkau: Aufgaben, S. 174 - 175.

19) Kurt Koszyk: Die Zeitung. 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. In: Handbuch der Publizistik. Hg. Emil Dovifat. Bd 3. Berlin 1969. S. 78. Vgl. dazu insbes. Martin Welke: "... zu Österreichs Gloria", S. 174 ff.

20) Grete Klingenstein: Staatsverwaltung, S. 142.

21) Niederösterreichisches Landesarchiv, Sammlung Hüttner, Indes.

22) Wolfgang Duchkowitsch: Absolutismus, S. 449 - 469.

23) Stadtarchiv Krems, Missionsprotokolle, 34, fol. 313. Zit. bei Roswitha Müller: Kremser und Steiner Buchdrucker, S. 98 - 99; vgl. dagegen Helmut W. Lang: Die deutschsprachigen Zeitungen des 17. Jahrhunderts in Wien. Wien 1972. Phil. Diss. S. 7. Er wertet eine Verfügung der NÖ. Regierung an die Universität Wien (als damals ausschließlich für die Bücherzensur zuständige Instanz) in dieser Angelegenheit als Beweis dafür, daß die Journalistik unermüdlich versucht war, sich - in diesem Fall durch Gründung zweier deutschsprachiger Zeitungen - der Zwangsjacke der Zensur zu entziehen.

24) Stadtarchiv Krems, Politische Ratsprotokolle, 12. Zeit. bei Roswitha Müller: Kremser und Steiner Buchdrucker, S. 97.

25) Adolph Wiesner: Denkwürdigkeiten, S. 111.

26) Niederösterreichisches Landesarchiv, Hofdekretenbücher 13, fol. 192 - 193. Im Register wird auf das entsprechende Dekret unter dem Stichwort "Zeitung" verwiesen. Vgl. dazu auch Gustav Gugitz: Lieder der Straße. Die Bänkelsänger im josephinischen Wien. Wien 1954. S. 15 (= Österreichische Heimat. 18.)

27) Martin Welke: "... zu Österreichs Gloria", S. 185.

28) Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied, Berlin 1971[5]. S. 36. Habermas beruft sich auf Otto Groth: Die Zeitung. Bd 1. Berlin, Leipzig 1928. S. 585. Das an die NÖ. Regierung ergangene Dekret befindet sich im Niederösterreichischen Landesarchiv, HR, 1769, Februar.

29) Es waren dies die Hof- und Staatskanzlei, die Ungarische und Siebenbürgische Hofkanzlei, die beiden "Finanz-Stellen", das Oberste Hofmeisteramt sowie das Niederländisch-Welsche und Bannatische Departement.

30) Damals erschienen in Wien nur zwei Zeitungen: Das "Wienerische Diarium" (seit 1703) und die "Gazette de Vienne" (1757 - 1792?).

31) Eine analytische Gesamtdarstellung des "verpflichteten" Journalismus in Österreich steht wie noch andere Untersuchungen "langer Dauer" gegenwärtig noch aus. Der Herausforderung, bestimmte Phänomene in ihren jeweils wechselseitigen Abhängigkeiten kritisch zu durchleuchten, wird sich die jetzige Forschungsgeneration sicher nicht entziehen können.

32) Wolfgang Duchkowitsch: Absolutismus, S. 439 - 443.

33) Vgl. Lesli Bodi: Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781 -1795. Frankfurt/M. 1977.

34) Joseph Rautenstrauch: Möglichkeiten und Unmöglichkeiten. T. 2. Leipzig 1786. S. 64.

35) Johann Jakob Fezer: Wahrscheinlichkeiten, von einem unpartheyischen Beobachter entworfen. Philadelphia (= Wien) 1785. S. 95.

36) Ernst Wangermann: Von Joseph II. zu den Jakobinerprozessen. Wien 1966.

37) Bibliographische und andere Angaben zu dieser Zeitung finden

sich bei Kurt Strasser: Die Wiener Presse in der josephinischen Zeit. Wien 1962. S. 38 - 39. Die "Notizie diverse di Vienna" konnten trotz umfangreicher Recherchen in ganz Europa bisher in keiner einzigen Bibliothek nachgewiesen werden. Kurt Strasser hat in seiner üblichen wissenschaftsgegenläufigen Manier jeden Hinweis auf seinen Fundort vermieden. Aufgrund gegenwärtigen Nachforschungsstandes steht mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit zu vermuten, daß ihm nur ein Exemplar für seine Formalbeschreibung zur Verfügung stand, nämlich die im Haus-, Hof-und Staatsarchiv im Bestand der Staatskanzlei, Rom, Varia 60, als Dokument für einen anderen, harmlosen Zensurfall erliegende Nr. 94 vom 24. November 1781. Die in Rede stehende Nr. 44 aus 1780 befindet sich im Original ebenfalls im Haus-, Hof- und Staatsarchiv, St.K., NÖ, Prov. 1.

38) Unter Bezugnahme auf die geplante Zusammenkunft Katharinas II. und Joseph II. wurde in dieser Meldung folgendes verlautbart: Die russische Kaiserin hatte verfügt, es solle sich ihr Sohn, der Großfürst Paul Petrowitsch, für diese Zeit mitsamt seiner Familie von Zarskoje Selo zur Sommerfrische nach Oranienbaum begeben. Inzwischen ist ihr aber zu Ohren gekommen, daß während ihrer Abwesenheit die Gefahr eines Komplotts droht. Alte Anhänger Peters III. sollen den Plan hegen, seinen Tod rächen und Paul Petrowitsch auf den Thron setzen zu wollen. Aus diesem Grunde legte Katharina II. fest, daß sich auch der Großfürst mit ihr auf die Reise begeben sollte. Deshalb wurden 150 Pferde pro Station zusätzlich angefordert.

39) HHStA., St.K., Prov., NÖ, 1, fol. 178r; ob diese Anschuldigung zu recht erhoben wurde, ließ sich nicht endgültig klären. Dafür wären Nachforschungen in Archiven der Sowjetunion erforderlich. Tatsächlich war das Verhältnis zwischen Katharina II. und ihrem Sohn, dem Großfürsten Paul, äußerst gespannt. Paul fühlte sich um sein väterliches Erbe betrogen und gefiel sich darin, sich als den legitimen Thronfolger zu betrachten. Dabei wurde er vom Grafen Nikita Panin, seinem Erzieher, unterstützt. Joseph II. wurde bei seinem Aufenthalt in Petersburg selbst Zeuge des Zwistes zwischen Mutter und Sohn. Er riet Katharina, das Großfürstenpaar auf Europareise zu schicken, damit Paul für eine gewisse Zeit in eine andere Umgebung kommt und dabei die Ruhe findet, die er so dringend benötigt. Der Verkehr an ausländischen Höfen werde seinen unausgeglichenen Charakter etwas glätten. Diese Reise wurde dann auch tatsächlich vollzogen. Vgl. Henri Troyat: Die große Katharina. München 1980. S. 326 - 328.

40) Vgl. J. G. Mayer: Der erhabene Adler in der Maske des Falken, oder Kaiser Josephs II. Reise nach Rußland unter dem Namen Grafen von Falkenstein, nebst einigen merkwürdigen Umständen. Augsburg 1780. Vgl. dazu auch Adam Friedrich Geisler d. J.: Josephs des Zweiten, Kaisers der Deutschen unter dem Namen eines Grafen von Falkenstein in den Jahren 1780 und 1781 unternommene zweite und dritte Reise. Halle 1781. S. 1 - 96.

41) Friedrich Walter: Kaiser Joseph II. (1741 - 1790). In: Gestalten der Geschichte Österreichs. Hg. Hugo Hantsch. Innsbruck, Wien, München 1962. S. 284.

42) Zu seiner Person vgl. Richard Groner: Wien wie es war. Ein Auskunftsbuch für Freunde des alten Wien. Wien 1934. S. 126.

43) HHStA, Rußlang II, Weisungen, Fasz. 225, fol. 5r.

44) HHStA, Vorträge, 132, XII, fol. 53.
45) Georg Sacke: Die Pressepolitik Katharinas II. von Rußland. In: Zeitungswissenschaft. 13 (1938), S. 572.
46) Zit. nach Georg Sacke, a.a.O., S. 572. Daß es sich dabei keineswegs um eine "russische Methode" gehandelt hat, beweist ein Vorfall um den Kölner Zeitungsschreiber Roderique, der während der ersten Kriegsauseinandersetzung zwischen Maria Theresia und Friedrich II. nur die österreichischen Kriegsberichte veröffentlichte und sich damit den Unwillen Friedrichs des Großen zuzog. Dieser beauftragte seinen Gesandten, um 100 Dukaten einen Mann anzuwerben, der den unbequemen Zeitungsschreiber durch eine Tracht Prügel zu "einer besseren Parität" bringen sollte. Roderique wurde zwar tatsächlich verprügelt, ließ aber von seiner Parteinahme für Österreich nicht ab. Der Gesandte ließ ihm mitteilen, er habe noch 50 Dukaten für eine weitere Tracht Prügel vorrätig. Daraufhin soll sich Roderique schließlich eines Besseren besonnen haben. Nach Karl d'Ester: Zeitungswesen. Breslau 1928. S. 44.
47) HHStA, Vorträge, 132, fol. 53 v.
48) Über Geschriebene Zeitungen vgl. Doris Tautscher-Gerstmeyer: Die geschriebenen Zeitungen des 18. Jahrhunderts. Wien 1982. Phil. Diss.
49) HHStA, St.K., Prov., NÖ, 1, fol. 186r - 187v.
50) w. o., fol. 189r.
51) w. o., fol. 189r-v
52) w. o., fol. 189v-190r
53) w. o., fol. 190r-v
54) w. o., fol. 183v; zum politischen Hintergrund vgl. Erich Donnert: Joseph II. und Katharina II. Ein Beitrag zu Österreichs Rußland- und Orientpolitik 1780 bis 1790. In: Österreich im Europa der Aufklärung. Kontinuität und Zäsur in Europa zur Zeit Maria Theresias und Joseph II. Bd 1. Wien 1985. S. 575 - 592; S. 582: "Josephs Rußlandpolitik vor 1780 erhielt nicht nur Beifall, sondern stieß auch auf scharfe Ablehnung. Solche kam verständlicherweise vor allem aus Preußen, aber auch aus Österreich und Rußland selbst."
55) w. o., fol. 192v
56) Vgl. Der Kaiser=königlichen Residenzstadt Wien Kommerzialschema. 2. Aufl. Wien 1780.
57) Anm.: Den Geburtsort konnte dal Sasso nicht näher präzisieren.
58) HHStA, St.K., Prov., NÖ, 1, fol. 193v.
59) w. o., fol. 193r.
60) w. o., fol. 193v.
61) HHStA, Vorträge, 132, XII, fol. 37r-v.
62) Anton Mayer: Buchdrucker-Geschichte, 2, S. 60.
63) HHStA, St.K., Prov., NÖ, 1, fol. 181r-v
64) w. o., fol. 179 r-v; zu Roscio siehe Albert Starzer: Beiträge zur Geschichte der niederösterreichischen Statthalterei. Die Landeschefs und Räthe dieser Behörde von 1501 bis 1896. Wien 1797. S. 467.
65) HHStA, Rußland II, Weisungen, Fasz. 225, 3r-5v
66) HHStA, Vorträge, 132, XII, 53v, 56re
67) w. o., fol. 54r-v
68) vgl. Wolfgang Duchkowitsch: Absolutismus, S. 428 - 432.
69) HHStA, Vorträge, 132, XII, fol. 56r.
70) Die Angaben sind dem "Avvertimento dell' Autore della Gazzetta italiana di Vienna, intitolata Notizie diverse" entnommen. Ein Exemplar dieser Ankündigung befindet sich nach der Nr. 105 der "Wiener Zeitung" vom 30. Dezember 1780 im Bestand der Österreichischen Nationalbibliothek eingebunden.
71) vgl. Anm. 70
72) vgl. Friedrich Maaß: Der Josephinismus. Quellen zu seiner Geschichte in Österreich (1760 -

1790). 2. Wien 1951. S. 284 - 285.

73) Nach ihrer Neueröffnung trugen sie den Titel "Notizie diverse di Vienna", vgl. HHStA, kSt.K., Rom, Varia 60; die Titelfassung "Foglietto di Vienna" dürfte frühestens 1783 entstanden sein.

74) Ignaz de Lucca: Wiens gegenwärtiger Zustand unter Josephs Regierung. Wien 1787. S. 420.

75) Vgl. Kurt Strasser: Wiener Presse, S. 39.

76) Kurt Strasser hält in seinem Kurzporträt fest, daß sie "noch 1789", vgl. Anm. 75, erschienen sind. Einer zeitgenössischen Beschreibung zufolge, hat das Blatt dal Sassos noch 1792 existiert, vgl. Neuester wienerischer Wegweiser für Fremde und Inländer vom Jahre 1792. Wien 1792. S. 143.

77) "Wer durch freche Tadeln in öffentlichen Reden, Schriften oder bildlichen Darstellungen Anlaß gibt, daß die Gemüther zum Mißvergnügen gegen die Regierungsform, Staatsverwaltung oder Landesverfassung aufgewiegelt werden könnte, ist wegen einer solchen Störung der inern öffentlichen Ruhe als ein Kriminalverbrecher mit hartem Kerker von fünf bis zehn Jahren zu strafen." Zit. nach (Franz Xaver Huber?) Briefe eines Franzosen ... über die geheime Policey in Wien ... Straßburg 1799. S. 323 - 324.

# Tangenten

## Otto Schulmeister 70: Materialien zur Vergangenheit

**Fritz Hausjell**

In den vornehmen Räumen des Wiener Palais Pallavicini feierte kürzlich einer der "führenden Publizisten der Zweiten Republik"[1] seinen 70. Geburtstag.

Otto Schulmeister wurde am 1. April 1916 als Sohn eines Regierungsrates in Wien geboren. Nach Schulzeit und Matura studierte er in Wien Staatswissenschaften und Nationalökonomie.[2] Das journalistische Handwerk lernte er ab 1940 bei der Wiener Wirtschaftszeitung "Südost-Echo". Bald darauf ging er mit Dr. Ernst Molden zum Amsterdamer Blatt "Europakabel".[3] 1941 rückte er zur deutschen Wehrmacht ein. Als Kriegsberichter war Schulmeister an der Kaukasusfront, in Sizilien und zuletzt - 1944/45 - als Mitglied einer Propagandakompanie am Balkan im Einsatz.[4]

Aus britischer Kriegsgefangenschaft entlassen, holte ihn Ernst Molden 1946 in die außenpolitische Redaktion der Wiener "Wochen-Presse". Von 1948 bis 1953 arbeitete er dann als Außenpolitik-Redakteur der inzwischen zur Tageszeitung gewordenen "Die Presse". Bis 1961 wirkte er in der Folge als deren stellvertretender Chefredakteur, anschließend leitete er 15 Jahre lang das konservative Blatt. Seit 1. Oktober 1976 fungiert Schulmeister nun als Herausgeber der "Presse". Er war zudem Mitherausgeber der katholischen Monatsschrift "Wort und Wahrheit", deren Redaktion er von 1947 bis 1968 leitete. Außerdem verfaßte er eine Reihe von Büchern (u. a. "Der zweite Anschluß", "Die Zukunft Österreichs", "Die Welt, die wir verlassen" und "Die erschöpfte Revolution").[5]

Hier soll allerdings kein vollständiger Lebenslauf Schulmeisters aufgelistet, sondern lediglich ein kurzer Zeitraum in der Biographie dieses bedeutenden österreichischen Journalisten beleuchtet werden. Den Anstoß dazu gab Schulmeister selbst, indem er einerseits darauf hinweist, daß Österreich die Jahre 1938 bis 1945 weitgehend verdrängt hat,[6] und zugleich jene, die heute eine Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit praktizieren, der "Selbstvergiftung" bezichtigt.[7] Dieses überaus widersprüchliche Verhältnis zur Vergangenheit und deren Aufarbeitung könnte in der eigenen Biographie begründet sein. Dies ist auch der Grund dafür, einige Materialien zum Verhalten Schulmeisters in der NS-Ära zu dokumentieren.

Über seine politische Position in den ersten Jahren des 2. Weltkrieges gibt seine 1939 in Wien begonnene und zwei Jahre später - "als der Krieg sich schon in der Tiefe der sarmatischen Ebene abspielte und die Ukraine in deutsche Hand fiel"[8] - in Amsterdam fertiggestellte Dissertation Auskunft. Sie trägt den Titel "Werdende Großraumwirtschaft. Die Phasen ihrer Entwicklung in Südosteuropa", wurde Anfang 1941 in Wien approbiert und 1942 im Berliner Verlag Junker u. Dünnhaupt verlegt.[9] Darin formulierte der damals 25jährige Schulmeister u. a. folgendes:

"Die Bedeutung des Krieges für die

großraumwirtschaftliche Entwicklung in Südosteuropa liegt darin, die machtpolitische Bedingung einer derartigen Zusammenarbeit zu schaffen."(10)

Wer nicht freiwillig mit dem "Dritten Reich" auf wirtschaftlichem Gebiet kooperieren wollte, mußte nach Schulmeisters Meinung mit kriegerischen Mitteln von der Sinnhaftigkeit einer derartigen "Zusammenarbeit" überzeugt werden. Dabei war Schulmeister sich sicher, daß die südosteuropäischen Länder durch die gewaltsame Eingliederung in das nationalsozialistische "Reich" profitieren würden:

"Die Rückkehr nach Mitteleuropa erlöst den Südosten nicht nur politisch und wirtschaftlich aus seiner Anarchie, sie bewahrt auch seine Bauernvölker vor dem Los der Proletarisierung."(11)

Über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des "Dritten Reichs" schreibt Schulmeister in seiner Dissertation weiters:
"Es ist gewiß keine von Anfang an gewollte Konsequenz, daß der 'Neue Plan' zur europäischen Großraumwirtschaft führen sollte, aber eben deswegen ist sie um so schlagender. Die Dynamik dieser Politik ist die Dynamik einer neuen weltwirtschaftlichen Epoche, ihre konstruktive Tendenz daher im Prinzip angelegt."(12)

"Der Balkanfeldzug schaltet diesen Kapitaleinfluß (Frankreichs und Großbritanniens auf die Industrie der Südostländer - F. H.) vollends aus. In Kroatien wurden die englischen Interessen in kurzer Zeit mit deutscher Hilfe nationalisiert, in den übrigen Gebieten zunächst unter kommissarische Verwaltung gestellt."(13)

Das französische und britische Kapital ist also abzulehnen, doch "die Mithilfe des deutschen Kapitals" im Südosten, vermerkt der angehende Wirtschaftswissenschaftler Schulmeister überzeugt, "dient beiden Teilen", dem "Dritten Reich" und den Südostländern. Und zwar "nicht aus historischen Reminiszenzen oder weil es irgendeine Propaganda so will, sondern unter dem Diktat nüchterner Lebensinteressen. Höchste Produktivität ist das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik nach innen und außen. Was das Reich anstrebt, ist gemeinsame Planung, die jeder Volkswirtschaft nach ihren Kräften und Vermögen ihre besondere Aufgabe in der Versorgung des Erdteils gibt, eine Planung, die aber nicht statisch, sondern durch und durch, wie es schon dem Ziel entspricht, dynamisch denkt. So hat jeder Staat seine besondere nationalwirtschaftliche Entwicklung vor sich. Dagegen kann auf die Dauer keine englische Argumentation aufkommen. Jeder Einwand einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen oder staatlichen Unabhängigkeit hat seinen Sinn verloren, wo es um die Selbstbehauptung aller geht, ganz abgesehen davon, daß die finanzkapitalistische Pression zu den besonderen Requisiten der alliierten Politik gehörte, eben weil sie kein anderes Mittel besaßen, sich auf eine wirtschaftliche Gemeinsamkeit berufen zu können."(14)

So wie Schulmeister die staatliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Südostländer nicht auf die politische Waagschale legte und außerdem die kriegerische Unterwerfung durch das NS-Regime der "finanzkapitalistischen Pression" der alliierten Politik vorzog, nimmt es nicht wunder, daß er zwischen 1939 und 1941 wie folgt zu parlamentarischer Demokratie und autoritärem Staat stand:

"... allmählich, so in Ungarn und Bulgarien, oder durch innere Erhebung, so in Rumänien, oder durch die Katastrophe des Staates selbst, wie im Falle Jugoslawiens, ging man im Südosten zur autoritären Regierung über. Man hatte auch früher autoritär regiert, ohne es meist zugeben zu wollen; es hatte sich um eine persönliche Autokratie, wie die Carlos, oder die Diktatur einer Parteiclique gehandelt. Nun aber bekannte man sich zur autoritären Regierungsform nicht nur als Kriegsnotwendigkeit. Sie war geeignet, bei geringstem Energieverlust den unterbliebenen Fort-

schritt zu erleichtern. Parlamentarische Demokratie in einem solchen Stadium war ein Luxus."(15)

1983 erinnerte sich Schulmeister:

"Was 'Reich' mir, den Altersgenossen aus der Jugendbewegung, bedeutet hatte, das heute jungen Leuten zu erklären, habe ich längst aufgegeben. (...) Eines war es jedenfalls in den dreißiger Jahren für uns nicht: Hitler, das Dritte Reich, das NS-Regime. (...) Mochte auch der Student an der Wiener Universität (d. i. Otto Schulmeister - F. H.) noch gehofft haben, Hitlers Machtergreifung und Aufstieg könnten als Hilfsmittel der Verwirklichung einer neuen Volks- und Völkerordnung dienen, so waren solche Illusionen längst vorbei."(16)

Wenn diese Illusionen im Mai 1945 längst vorbei waren, wie er in diesen Erinnerungen notiert, so stellt sich die Frage: ab wann?

Zwischen 1939 und 1941, als er an seiner Dissertation schrieb, waren seine "Illusionen" offensichtlich noch nicht vorbei. Denn damals schrieb er:

"Der deutsche Aufstieg zur Vormacht des Festlandes charakterisiert ... auch die Stadien der werdenden Großraumwirtschaft; aber die Großraumwirtschaft selbst kann nicht in der Ausübung von Macht, Produktionsdiktaten oder der Degradierung von Räumen zu Rohstoffkammern, wie es die englisch-amerikanische Propaganda wahrhaben möchte, bestehen, sondern aus der Zusammenarbeit freier Völker; es sind auch nur die liberalen Epigonen, die eine echte Führung in den Ruf "roher Macht" brachten. Der Krieg ist eine harte Schule, aber er ist kein Dauerzustand, die Großraumwirtschaft also auch keine Mangelwirtschaft."(17)

Schulmeister galt das Hitler-Regime damals als "echte Führung", die er dem "Luxus" einer parlamentarischen Demokratie jedenfalls vorzog. Leidenschaftlich und mit Stil wiederum trug er am Ende seiner Dissertation seine Vision vor:

"Die Kräfte, die Europa zur Eroberung der Erde abgab, werden frei für sein inneres Wachstum. Das Ende der atlantischen Expansion löst nun den Rückstoß nach Osten aus; er gibt nicht nur den Erdteil wieder an sich selbst zurück, mit dem Erstarken seiner Mitte eröffnet er auch die Weiten des östlichen Raumes dem werdenden Europa. Sie zu erschließen wird eine der größten Aufgaben sein. Daran fehlt es auch sonst nicht, weder im Südosten, dem ersten Exerzierfeld einer europäischen Solidarität, ..." usw.(18)

An Hitlers expansionistischem Feldzug, den Schulmeister um 1941 noch als "Exerzierfeld einer europäischen Solidarität" interpretierte, beteiligte er sich dann als Kriegsberichter der deutschen Wehrmacht.

In einem Porträt wies der Journalist Georg Novotny 1973 in einer Tageszeitung darauf hin, daß Schulmeister "während der deutschen Besatzungszeit in der Belgrader 'Donauzeitung' Durchhalteartikel für den Hitlerkrieg schrieb".(19) Kurz darauf beauftragte Schulmeister seinen Rechtsanwalt, eine Entgegnung an jene Zeitungsredaktion zu schicken:
"Tatsächlich hat Herr Doktor Otto Schulmeister weder in der noch für die Belgrader 'Donauzeitung' Artikel irgendwelcher Art geschrieben noch auch eine wie immer geartete, sei es direkte oder indirekte, Beziehung zu dieser Zeitung gehabt."(20)

Tatsächlich hat Schulmeister 1944 in der "Donauzeitung" geschrieben, sogar einen Leitartikel. Der Journalist Novotny publizierte in Auszügen den am 7. Juli 1944 in der "Donauzeitung" erschienenen Leitartikel mit dem Titel "Vorinvasion der Banden. Zum Charakterbild dieses Krieges" und half damit Schulmeisters schlechtem Gedächtnis ein wenig nach.(21)

Über Partisanen schrieb der damals 28-

jährige Schulmeister u. a. folgendes (der vollständige Artikel ist im Anhang dokumentiert):

"Sind es etwa die Besten des Landes, die Idealisten, die eine angesehene Stellung, einen Beruf verlassen, um sich selbstlos der allgemeinen Sache zur Verfügung zu stellen? Wer ihre Toten am Morgen nach einem abgeschlagenen Angriff vor dem Stützpunkt gesehen hat, in Lumpen oder Zigeunerzivil, im Tode noch eine verbissene, von Wut entstellte Miene, dem könnte es unheimlich werden vor diesem Gewimmel, das da aus den Wäldern hervorbricht."(22)

Und wie dachte Schulmeister damals - ein dreiviertel Jahr vor Kriegsende - über das "Reich"? Waren seine "Illusionen" über das "Reich" damals "längst vorbei"?(23) Liest man die abschließenden Sätze jenes Leitartikels vom 7. Juli 1944, so muß man diese Frage eindeutig verneinen. Denn Schulmeister meint dort:

"In Dienst und Verantwortung für ein größeres Ganzes schlagen wir hier den inneren Feind, so wie seine Invasion von außen her unsere Kameraden im Westen. Denn es ist der Wille, der den Sieg schafft, es ist die Gewißheit, der Welt notwendig zu sein, es ist die unter den Trümmern und dem Schutt einer fallenden Epoche entdeckte wahre Würde des Lebens. Und der Mensch, der dient, wird das Reich erhalten."(24)

Im nationalsozialistischen Besatzerblatt "Donauzeitung" erschienen noch zwei weitere Kriegsberichte aus Schulmeisters Feder. Am 25. Jänner 1944 druckte diese Tageszeitung Schulmeisters Kriegsbericht "Der kleine Vuk. Ein Kind, das der 'Wald' zu verschlingen drohte"(25) (siehe Dokumentation im Anhang). Und am 19. Juli 1944 publizierte das deutsche Auslandsblatt den Bericht "Serbische Freiwillige am Feind"(26) (siehe ebenfalls Anhang). Auch in der zweisprachigen Soldatenzeitung "Borac/Der Kämpfer" erschien Ende 1944 noch ein Kriegsbericht Dr. Otto Schulmeisters(27) (siehe Anhang).

Daß Schulmeister nach 1945 Teile seiner Gesinnung geändert hat, soll hier erst gar nicht bestritten werden. Dies entlastet ihn jedoch nicht von einer Rechtfertigung seiner propagandistischen Aktivitäten im Dienste deutscher Kriegsführung. Und daß er nach 1945 versuchte, seine Geschichte zu verschleiern, teilt er mit vielen anderen Österreichern. "Wir Österreicher sind moralisch und intellektuell unaufrichtig", behauptete der nunmehrige "Presse"-Herausgeber und -Leitartikler kürzlich in einer Fernsehdiskussion.(28) Der Verdacht, daß hier individuelle Erfahrungen zu kollektiven umgemünzt werden, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Das Eingeständnis, "moralisch und intellektuell unaufrichtig" gewesen zu sein, läßt sich eben leichter ertragen, wenn man es zugleich allen anderen vorwirft.

Nicht nur gegen diese Verdrängungsarbeit bedarf es weiterhin und verstärkt einer wissenschaftlichen Aufarbeitung unserer Geschichte.

Anmerkungen:

1) N.N.: Otto Schulmeister 70. In: Salzburger Nachrichten, 29. 3. 1986, S. 4.
2) Ebd., vgl. auch Angaben im Autorenverzeichnis des Sammelbandes Jochen Jung (Hrsg.): Vom Reich zu Österreich. Salzburg 1983, S. 382.
3) Eberhard Strohal: Otto der Schulmeister. In: Wochenpresse, 27. 6. 1973, S. 4f.
4) Vgl. Otto Schulmeister: Reifeprüfung auf Tod und Leben. In: Jung: Reich, S. 154-165 sowie die Angaben im Autorenverzeichnis, ebd., S. 382.
5) Siehe u. a. N.N.: Otto Schulmeister 70. In: Salzburger Nachrichten, 29. 3. 1986, S. 4.
6) Siehe z. B. seinen Leitartikel "Die Kraft der Erinnerung" in "Die Presse" vom 19. 3. 1986, S. 1; und 1983 schrieb er u. a.: "Keiner unterzog

sich der Selbstreinigung, in Denken und Handeln blieben die Konsequenzen aus, vor allem und in erster Linie bei sich selbst." (Schulmeister: Reifeprüfung, S. 165).

7) Otto Schulmeister: Selbstvergiftung. In: Die Presse, 15. 1. 1986, S. 1.
8) Otto Schulmeister: Werdende Großraumwirtschaft. Die Phasen ihrer Entwicklung in Südosteuropa. Berlin 1942, Vorwort.
9) Schulmeister absolvierte am 27. 3. 1941 seine mündliche Abschlußprüfung und promovierte am 9. 4. 1941. Berichterstatter waren die Professoren Dr. E. H. Vogel und Dr. H. Mayer.
10) Schulmeister: Großraumwirtschaft, S. 16
11) Ebd., S. 39. Den Begriff "Anarchie" führt Schulmeister im übrigen auch heute noch gerne im Mund, wenn er ihm Mißliebiges charakterisieren will - zuletzt anläßlich des "Klagenfurter Publizistikpreises" 1985, als er unter Protest die Jury verließ, weil ein deutscher Journalist eine bissige Satire über die gerade laufende Wettlese-Veranstaltung vortrug.
12) Ebd., S. 76
13) Ebd., S. 123f.
14) Ebd., S. 133
15) Ebd., S. 167
16) Schulmeister: Reifeprüfung, S. 155.
17) Schulmeister: Großraumwirtschaft, S. 180
18) Ebd., S. 181
19) Georg Novotny: Dr. Otto Schulmeisters schlechtes Gedächtnis. In: Kronen-Zeitung (Wien), 2.12.1973, S. 6
20) Ebd.
21) Ebd.
22) Otto Schulmeister: Vorinvasion der Banden. Zum Charakterbild dieses Krieges. In: Donauzeitung (Belgrad), 7. 7. 1944, S. 1
23) Schulmeister: Reifeprüfung, S. 155
24) Schulmeister: Vorinvasion
25) Otto Schulmeister: Der kleine Vuk. Ein Kind, das der "Wald" zu verschlingen drohte. In: Donauzeitung (Belgrad), 25. 1. 1944, S. 3
26) Otto Schulmeister: Serbische Freiwillige am Feind. Versorgungsdepots von zwei Bandendivisionen ausgehoben - Inhalt vieler englischer Verpflegungsbomben erbeutet. In: Donauzeitung (Belgrad), 19. 7. 1944, S. 3.
27) Otto Schulmeister: Wächter der "Freiheit". Nach bewährtem Muster stellt Broz-Tito seine GPU.-Truppen auf. In: Borac / Der Kämpfer, Nr. 163 / 2. 12. 1944, S. 4.
28) Gedächtnisprotokoll zur ORF-Fernsehsendung "Club 2" vom 8. 4. 1986.

**ANHANG:**


# DONAUZEITUNG

Verlag und Schriftleitung: Belgrad, Dotschanska 31, Telefon 30 001-08 — Bankkonto: Bankverein Belgrad A.G., Belgrad, Postsparkasse Belgrad, Kto 61 148. In Deutschland: Postscheckkonto der Dresdner Bank, Berlin, Nr. 808, mit Vermerk „für Donauzeitung"

Verlagspostamt für Deutschland: Wien I. Vertriebsstelle und Auslieferung für das Reich, Slowakei und Italien: Wien 50, Rechte Wienzeile 97. — Die Donauzeitung erscheint täglich außer Montags

Preise: Serbien 4 Din., Ab 70 Din.; Kroatien 10 K., Ab. 180 K.; Ungarn 30 f., Ab. 7,20 P.; Bulgarien 5 Lewa, Ab 80 L.; Slowakei 2 Kr., Ab 30 Kr.; Rumänien 10 Lei, Ab 180 Lei; Griechenland 1000 Drach., Ab 12 500 D.; Türkei 6 Ku., Ab 1,60 Pfd.; Reich 20 Rpf, Ab 4 RM.

4. Jahrgang — Belgrad, Dienstag, 25. Januar 1944 — Nummer 20 *

Belgrad, Freitag, 7. Juli 1944 — Nummer 155 *


# Vorinvasion der Banden

## Zum Charakterbild dieses Krieges

Von Dr. Otto Schulmeister

Längst ehe im Morgengrauen des 6. Juni unter der Feuerglocke schwerster Schiffsgeschütze, im Schutze ziehender Nebelschwaden und nach oben durch eine Armada von Jagdflugzeugen abgeschirmt, die Schwärme alliierter Landungsboote die Küste des Festlandes zu gewinnen suchten, hatte eine zunächst unsichtbare Invasion begonnen, eine Invasion aber, die von innen her sich des alten, und doch stets auch jungen Europa zu bemächtigen suchte, die Invasion der Banden. Was 1940/41 noch die Sabotage einiger weniger war, wurde in den letzten Jahren System, und es währte nicht lange, bis der Feind im Westen sich dieses wie gerufenen Hilfsmittels bedienen zu können glaubte und die „unterirdischen Armeen" für die wahren Repräsentanten ihrer Völker erklärte. Nur eine Macht hatte schon von vornhgrein die Kämpfer jenseits der eigenen Linien in seinen Kriegsplan einbezogen, sie jahrelang geschult und in halbmilitärischen Einheiten zusammengefaßt, die Sowjets. Sie hatten den Begriff des „Partisanen" geprägt und sie konnten mit einigem Recht die aufzüngelnden Brandherde in anderen Teilen Europas als den Funkenflug des eigenen Steppenbrandes erklären, der sich den Grenzen des Erdteils entgegenwälzte.

Ein Teilnehmer des Krieges 1870/71 stände vor dieser Erscheinung eines heimtückischen, ganze Landstriche mit Mord und Brand verheerenden Kampfes im Hinterland so fassungslos gegenüber, wie wenn er auf das Dach eines englischen Hauses von heute gestellt über den Nachthimmel lautlos, wie glühende Fische durch die Luft gleitend, die furchtbaren Vernichtungswaffen des fünften Kriegsjahres vorbeiziehen sähe. Es ist die unerhörte Dimension dieses Krieges, die in beidem sichtbar wird und die uns vielleicht auch eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn dieses Kampfes geben kann, einer Dimension, die sich im Soldaten-Alltag leicht dem Blick entzieht, wo nur das genaue Visier, eine Deckung, ein paar Stunden Schlaf, eine Zigarette und der gute Kamerad etwas gilt.

Unsere Väter sahen den Feind vor sich und kämpften mit ihm Auge in Auge. Heute droht auch der unsichtbare Feind. Er kommt als unscheinbarer Zivilist, in der Tasche den Revolver umkrampft, er taucht plötzlich zusammengerottet in friedlichen Dörfern auf, brennt die Häuser nieder und erschlägt alles, was lebt, bis ihn wieder die Wälder verschlucken; als Schatten huscht er durch die Nacht an Bahngeleisen und Brücken, um eine Sprengladung anzubringen. Weite Teile der sogenannten Etappe im Osten und Südosten, aber auch im Westen sind Schauplatz dieses heimtückischen Krieges geworden.

Man hat die plötzlich aus dem Boden wie Pilze emporschießenden bewaffneten Banden auf dem Balkan und anderswo in der englischen und amerikanischen Presse mit den Guerilla-Kämpfern aus der Zeit der napoleonischen Kriege verglichen. Die ersten Partisanen seien jene Spanier gewesen, die es unternommen hatten, mit allen Mitteln den französischen „Okkupator" aus dem Land zu vertreiben. Was damals, vor mehr als hundert Jahren eine Sache der nationalen Leidenschaft war, ist aber heute nur ein Mäntelehen, unter dem das rote Untergewand nur zu deutlich hervorblickt. Woher kommen alle die, die in die „Wälder" oder, wie es in Frankreich heißt, ins „Maquis" gehen? Aus welchen sozialen Schichten rekrutiert sich diese „unterirdische Armee", die der Feind heute voll Triumph zu seinen Verbündeten zählen möchte?. Sind sie etwa die Besten des Landes, die Idealisten, die eine angesehene Stellung, einen Beruf verlassen, um sich selbstlos der allgemeinen Sache zur Verfügung zu stellen? Wer ihre Toten, am Morgen nach einem abgeschlagenen Angriff vor dem Stützpunkt liegen gesehen hat, in Lumpen oder Zigeunerzivil, im Tode noch eine verbissene, von Wut entstellte Miene, dem könnte es unheimlich werden vor diesem Gewimmel, das da aus den Wäldern hervorbricht. Mancher Schwärmer, oder von der Notzeit verwirrte Idealist mag unter ihnen sein, aber das Gros? Viele sind einfach einem bürgerlichen Gesetz, das außer Kraft gesetzt schien, entlaufen; andere wieder hat ein böses Schicksal dazugebracht; viele wittern Beute, ein Leben ohne Arbeit und auf Kosten der anderen. Und endlich die Verbrecher, die sich immer in solcher Zeit unter der Fahne der Elenden sammeln.

Es ist ein seltsames Konglomerat, das nur der Haß gegen alles Bestehende zusammenhält. Was Spreu, was der Krieg vor sich her treibt, wie rasch fällt es in einer solchen Katastrophe des Alten in die Hand eines Verführers, eines begabten, aber aus dem Geleise geworfenen Menschen, der sie alle, Vertriebene und Verbrecher, Deklassierte und Hasardeure des Lebens vor sich her treibt zum Aufstand gegen die eigene Welt, das eigene Volk. Die Badoglios, de Gaulles, sie sind die catilinarischen Existenzen dieser Krisenzeit. Als Catilina, durch seinen Lebenswandel aus dem öffentlichen Leben des alten Rom ausgestoßen, seinen maßlosen Ehrgeiz durch eine Verbindung mit dem Pöbel der antiken Großstadt zu befriedigen suchte und so die Grundlage der Macht und Größe des Reiches bedrohte, ließ ihn der Senat töten. Heute sind die Catilinas nur Werkzeuge einer Krise, die nicht nur einen Staat, sondern die ganze Welt bedroht. Sie reden von Freiheit und Vaterland und meinen nur ihren Ehrgeiz, dem sie alles opfern. Für den fiktiven Titel eines „Marschalls", „Oberbefehlshabers" oder „Regierungschefs", bieten sie sich und ihre Banden jedem an. Aber nun, und das führt über den Vergleich mit Catilina hinaus, machen die Mächte des Alten sie zu ihren Verbündeten und ein Josip Broz ist für sie ebenso der „Anwalt seines Volkes" wie de Gaulle oder Badoglio. England opfert ihnen die verbündeten Regierungen und Könige, die im Exil leben, um sich eine Hilfe im Kampf gegen die Deutschen zu verschaffen. Es unterstützt die kommunistische Aufwiegelung der Völker mit allen technischen Machtmitteln, es organisiert die Versorgung aus der Luft, setzt militärische Fachleute als Fallschirmspringer ab, ja sogar die Luftangriffe seiner Bomber sollen der allgemeinen Anarchie den Weg ebnen. Proletarisierte Städter, glaubt man, sind leichter für die Wühlarbeit der Banden empfänglich.

Goethe schildert in einem Gedicht, das wir alle in der Schule lernen mußten, wie ein Zauberlehrling die Abwesenheit seines Meisters benutzt, um einmal selbst zu zaubern; doch die Geister, die er ruft, wird er dann nicht mehr los, bis dann die Heimkehr des Meisters den Jünger von dem furchtbaren Spuk erlöst. England treibt die Politik eines solchen Zauberlehrlings, denn gesetzt, wir Deutschen verlören den Krieg, was geschehe in allen den Ländern, in denen dann die Banden die „Herrschaft" ausübten? Könnte sie England noch zur Ordnung rufen? Allein das Chaos hätte freie Bahn. Der Brand aus der östlichen Steppe würde sich mit diesen Brandherden zu einem einzigen Flammenmeer vereinigen, in dem Europa unterginge. Diese unterirdische Bewegung hat ihre eigene Dynamik in sich, sie ist nicht zu zügeln, wie es einem beliebt, oder, nachdem ein bestimmtes Ziel erreicht ist, zurückzupfeifen, sie wendet sich letzten Endes gegen den, der sie rief.

Wir alle wohnen einer Tragödie bei, der Tragödie des Untergangs der englischen Weltmacht. Der Preis für einen Sieg über Deutschland wäre der eigene Untergang. England, das die Festen seiner Macht wanken und stürzen sieht, ruft Beelzebub, um den Teufel auszutreiben und öffnet nur seinen eigenen Totengräbern das Tor. Es ist die Erfüllung des alten griechischen Sprichwortes: „Wen die Götter verderben wollen, den machen sie blind!" Es entfesselt die Invasion der Banden gegen Europa. Ein Randolph Churchill, dem das ungezügelte Lagerleben der Balkanbanden zu einem romantischen Spleen geworden ist, ist ebenso wie sein Vater, der britische Premier, die typische Erscheinung einer Endzeit, die ihre eigene Angst durch den Lärm ihrer Siegespropaganda zu überschreien sucht. Catilina wird heute nicht mehr getötet, man verbündet sich mit ihm, bis er den „väterlichen Freund" selbst vom Throne stößt.

Wir alle verspüren heute, da der Krieg seiner Entscheidung zutreibt, die Größe des Augenblicks. Es geht nicht mehr um Gebietsvergrößerungen, Annexionen oder Fragen des Vorrangs, wir halten das Schicksal der Welt in unseren Händen. Dieser Krieg ist der Höhepunkt jener Revolution, die seit den Augusttagen des Jahres 1914 die alte bürgerliche Welt in Trümmer legte. Der Krieg im Schatten, den wir im Südosten gegen ein Bandenheer führen müssen, das in Hoffnung auf den großen Bundesgenossen aus der Tiefe Asiens sich anschickt, mit seinen Genossen anderswo Feuer an die Grundmauern unserer Zivilisation zu le-

gen, läßt nur umso schärfer erkennen, worum es eigentlich geht. Es ist wahrhaft eine erschütternde Logik, die den Ereignissen innewohnt.

Europa zwischen Westen und Osten in einem Krieg, der wie ein Magnet alle weltanschaulichen, staatlichen und sozialen Krisen an sich zieht und in sich austrägt, muß sich selbst behaupten und in dieser Selbstbehauptung wird es seine Wiedergeburt aus der allgemeinen Auflösung erleben. Man hat von einem Krieg der Technik gesprochen und gemeint, der Mensch würde nur noch eine Art Anhängsl gewaltiger Maschinerien sein, die aufeinander losprallen. Aber dieser in so ungeahntem Maße technisierte Mensch, der Panzermann, der mit seiner Waffe wie zu einem einzigem Lebewesen verschmolzen, in die Schlacht rollt, der Jäger in der Unendlichkeit des Himmels, der U-Bootfahrer im Wogengeprall des Ozeans, sie begegnen doch gleichzeitig auch dem Elementaren ihrer eigenen und der Natur überhaupt.

Wie weit liegt es heute zurück, daß man die Kultur wie einen selbstverständlichen Komfort des Lebens werten konnte! Wie kostbar ist uns ein Brief von daheim geworden, ein Foto der Kinder, aber auch ein schöner, fruchtschwerer Sommertag in Ruhestellung, ein Pfeifchen im sinkenden Abend, ein Schluck Wasser nach anstrengendem Gefecht, ja auch nur eine Erinnerung oder eine Hoffnung. In diesem Elementaren liegen auch die Wurzeln unserer schöpferischen Kraft, eine neue Welt zu schaffen, in dieser Erfahrung zeugt der Krieg auch das kommende Zeitalter. In Dienst und Verantwortung für ein größeres Ganzes schlagen wir hier den inneren Feind, so wie seine Invasion von außen her unsere Kameraden im Westen. Denn es ist der Wille, der den Sieg schafft, es ist die Gewißheit, der Welt notwendig zu sein, es ist die unter den Trümmern und dem Schutt einer fallenden Epoche entdeckte wahre Würde des Lebens. Und der Mensch, der dient, wird das Reich erhalten.



# Der kleine Vuk

## Ein Kind, das der „Wald" zu verschlingen drohte

PK... Vor zwei Tagen war er angekommen. Zerlumpt, einen schmierigen Brotbeutel umgehängt, war der Junge eines Morgens an der Dorfstraße aufgetaucht. Eine Bäuerin, die eben vor dem Hof zu tun hatte, bat er um ein Stück Brot. Ihr tat der Kleine mit seinem schmalen, doch nicht unschönen Gesicht leid. Sie nahm ihn ins Haus mit. Und dann war er geblieben. Er erzählte, er hieße Vuk. Seine Eltern hätte er in diesem Krieg verloren. Seit Monaten ziehe er bettelnd durch's Slawonische, einmal da, einmal dort. Des Nachts hätte er unter Maisdiemen geschlafen, aber nun seien die Nächte kalt geworden. Vuk bat, den Winter über bleiben zu dürfen. Er wolle bei der Hofarbeit mithelfen. Seine lebhaften Augen baten so herzlich, daß auch der Bauer zustimmte. Er trug Holz, holte Wasser vom Ziehbrunnen und half das Vieh füttern. Doch redete er nur wenig mit den Hausleuten. Kaum ging die Sonne unter, so kroch er ins Heu.

An diesem Morgen hatte ihn die Frau hinter dem Scheunentor überrascht, wie er ein dickes Bündel Papiergeld im Futter seiner abgerissenen Jacke zu verstecken suchte. Die Bäuerin stellte ihn heftig zur Rede. Vuk zeigte sich auf alle Fragen verstockt. Es sind Kriegszeiten. Wer wußte, von wo der Junge das Geld her hatte? Die Banden hatten in der letzten Zeit in den Nachbardörfern gehaust. Die Bäuerin bekam es mit der Angst zu tun. Sie brachte den Jungen zum deutschen Ortskommandanten.

Vuk blickt ängstlich drein, als er die deutschen Uniformen sieht. Von dem Offizier eindringlich befragt, brach er in Tränen aus. Dann begann er leise und mit gesenktem Kopf, noch öfters von dem aufstossenden Weinen unterbrochen, zu erzählen. Er war eines von den hunderten Kinder, die mit einer Bande mitzogen. Die meisten von ihnen waren verwaist. Von seinen Eltern wußte Vuk nichts mehr seit damals, als die Bande ihn eines Nachts auf der Flucht vor den Deutschen mitgenommen hatte. Er würde seine Eltern im Walde wieder treffen, hatte man dem Jungen gesagt, aber gesehen hatte er sie nie mehr.

Männer und Frauen der Bande lebten wild zusammen. Einige Holzhütten dienten ihnen als Wohnungen. Kamen sie von einem Zug aus einem der Dörfer zurück, so gab es große Feste und die Rakija floß in Strömen. Aber sonst sei es mit der Verpflegung schlecht bestellt gewesen, fügte Vuk hinzu. Den Kindern gab man, was übrigblieb, ihr Lager war der Waldboden, und sonst kümmerte sich niemand um sie viel. Häufig aber wurden sie zu Späher- und Erkundungsdiensten eingesetzt. Dann trieben sie sich in den Dörfern und auf den Straßen herum, bettelten und stahlen, wo sich Gelegenheit bot. Kamen sie in der Dämmerung auf verborgenen Waldpfaden zurück, so erwachte dort erst das Lager der Bande zum Leben. Denn tagsüber wurde geschlafen, nachts war die Zeit für die Mordbrennerzüge in die Umgebung. Der Führer der Bande und seine Geliebte hätten ein strenges Regiment gehalten. Wer nicht parierte, wurde erschossen. Ihm sei auch der größte Teil der Beute zugefallen. Nur er und die anderen Anführer trugen bunt zusammengewürfelte Uniformstücke. An ihren Mützen hatten sie den Sowjetstern aufgenäht. Alles andere lief im Lumpenzivil herum.

Auf eine Zwischenfrage des vernehmenden Offiziers erklärte der Junge, nachts sei immer ein Kommen und Gehen von Meldegängern im Lager gewesen. Einmal sei auch ein Sowjetoffizier zu ihnen gekommen. Sonst wußte der Junge wenig zu berichten. Eines Tages war den Kindern erklärt worden, sie müßten nun gehen und in den Dörfern für den Winter Unterschlupf und Quartier suchen. Man könne im Wald in dieser Jahreszeit keine unnützen Esser brauchen. Jeder erhielt einen größeren Geldbetrag und damit hofften die Bandenführer diese Sorge billig los zu sein. So war auch Vuk eines Morgens in jenes Dorf gelangt.

Vuk hatte alles erzählt, so wie er es mit seinem kindlichen, doch geweckten Sinn gesehen hatte. Sein Blick war im Erzählen wieder frei geworden. Zu weinen hatte er längst aufgehört. Es war, als wiche das Verstörte, Verängstigte seines Wesens mit jedem Wort von ihm. Der über sein Alter reife Junge gefiel dem Offizier. Er befürwortete in dem Protokoll seine Erziehung in einer staatlichen Anstalt. Als Vuk das Zimmer verließ, hatte die Sonne mit ihren wärmenden Strahlen die Nebel zerteilt. Freundlich und sauber lag die Dorfstraße da. Drohung den Waldes lag weit hinter ihm. Die Angst war von dem Kind gewichen. Aber Vuk ist nur eines von jenen tausenden Kindern, die, verwaist, von den Banden mitgeschleppt, umkommen oder verderben an dem Leben, das man sie zu führen zwingt. Der „Wald" verschlingt sie alle.

*Kriegsberichter Otto Schulmeister*

# Serbische Freiwillige am Feind

## Versorgungsdepots von zwei Bandendivisionen ausgehoben — Inhalt vieler englischer Vetpflegungsbomben erbeutet

PK. Es regnet in Strömen. Hoch spritzt der Schmutz auf, wenn der Wagen eine Kurve nimmt. Neugierige Gesichter blicken aus den weißgekalkten Lehmhütten und ziehen sich rasch wieder vor der Nässe zurück. Wieder rechts und links Maisfelder, deren Blätter vor Feuchtigkeit glänzen. Uns fröstelt. Man zieht die Zeltplane enger um sich. Die Straße zieht sich wieder bergab einem Talkessel zu. Regenschleier entziehen die Waldgebirge im Süden dem Blick. Dort marschieren die serbischen Freiwilligen. Über vorgelagerte Kuppen und Höhen stoßen sie dem Kamm des Gebirges zu.

### Zweckpropaganda

Vor Monaten hatten sich hier schon die Bolschewisten festgesetzt. In Gruppen eingesickert suchten sie durch geschickte Propaganda die Bevölkerung für ihre Sache zu gewinnen. Von Kommunismus war kaum die Rede. Jeder sollte nach seiner politischen Façon selig werden. Gott, König und Vaterland waren die Stichworte. Was nach dem Kriege werde, solle das Volk in freier Abstimmung selbst beschließen. Ja, sie gingen sogar in die Kirche und hielten darauf, nicht aufzufallen oder Verdacht zu erregen. Aber das Mißtrauen dieses Bauern- und Hirtenvolkes blieb wie eine Mauer um sie.

Was nutzte es ihnen, daß sie durch Kommunisten weiteren Zuzug erhielten? Bevor der Wolf aus dem Schafspelz hervorspringen kann, muß er sich erst von den Schafen als ihresgleichen beglaubigen lassen. Vorstöße gegen den „Okkupator" trugen kaum zu ihrem Prestige bei, wo sie sich seinen Stützpunkten näherten, kehrten sie mit blutigen Köpfen heim. Aber in den weltabgelegenen Tälern glaubten sie sich sicher. Sie begannen im Namen der Freiheit mit Zwangsrekrutierungen. Ihre Kader füllten sich mit Gepreßten auf. Oft kreisten in den Nächten Flugzeuge über den Gebirgskämmen. Signalfeuer leuchteten auf, alliierte Flugzeuge brachten Waffen und Versorgungsgut für den neuen „Verbündeten". Wer zweifelte noch, daß sie die Weltmächte hinter sich hatten? Die dummen Bauern sollten es bald merken. Die Fackel der „Freiheit" würde das Land in Brand setzen. Was dem Genossen Broz bei Uschice mißlang, ihnen würde es gelingen: von innen heraus dem serbischen Widerstand gegen das kommunistische Evangelium das Rückgrat zu brechen.

Dies war die Situation, als stärkere Kräfte des serbischen Freiwilligenkorps zum Angriff gegen die erkannte Schwerpunktbildung der kommunistischen Banden ansetzten. Schon im ersten Ansturm war der Feind gewichen. Als unser Wagen in einem Dorf, in dem sich im Augenblick der Gefechtsstand des serbischen Freiwilligenkorps befand, hielt, befanden wir uns schon inmitten des Gebietes seiner revolutionären Verschwörung. Der Regen hatte nachgelassen. Pferde einer Artillerie-Abteilung weideten im Gras entlang der Straße. Kradmelder preschten durch die schmutzig-gelben Pfützen der Dorfstraße. Aus den Zeltöffnungen stieg der dicke Rauch nassen Strohfeuers träge auf. Meldung beim Kommandeur der Kampfgruppe, Oberst Tatalovitsch. Ein kleiner Raum, Karten über den Tisch gebreitet, ein Feldtelephon, das von Zeit zu Zeit schrill aufläutet. Die Abendmeldungen der Kompanien und Bataillone laufen ein. Die Kommunisten suchen sich so rasch als möglich abzusetzen und nach Süden Raum zu gewinnen. Aufrufe, die deutsche Flugzeuge über dem Gebirge abgeworfen hatten, veranlaßten viele Zwangsrekrutierte sich zu den serbischen Linien durchzuschlagen. Tagesziele werden festgelegt.

### SFK-Verbände dringen weiter vor

Immer tiefer dringen trotz des Regens und verschlammter Wege die eingesetzten Verbände ins Gebirge vor, dem fliehenden Feind auf den Fersen. Vor dem Gemeindehaus hat am folgenden Vormittag ein Offizier des SFK die Bauern des Dorfes, soweit sie nicht von den Kommunisten mitgeschleppt worden waren, um sich versammelt. Er spricht zu ihnen, wie ein Bruder zu seinen Brüdern, mit wenig Geste und Pathos, soldatisch, einfach. Es ist ein seltsames Bild unter dem grauen Himmel diese Versammlung der Grauköpfe zu sehen, den von den Jüngeren ist fast keiner, der nicht „mitgenommen" wurde. Ein Alter, — er hat wohl schon den Balkankrieg mitgemacht — weint laut auf. Keiner seiner Söhne ist ihm geblieben. Greise Frauen und kleine Kinder, das ist alles, was die Kommunisten zurückgelassen haben. Die „Befreier" brauchen Kanonenfutter.

Auf dem Vormarsch. In langen Reihen ziehen die Gruppen und Kompanien die Straße ins Gebirge entlang. Immer wieder ist man im Gespräch mit den Freiwilligen erstaunt, mit welch klar erkannten Zielen sie diesen Kampf führen. Hier hat die Idee Europas moralische Eroberungen gemacht, die immer stärker wirksam werden müssen. Es ist eine Auslese, die hier zu den Waffen gegriffen hat. Nationalisten, die die Gemeinsamkeit des Schicksals aller Völker des Erdteils begriffen haben. Der Kampf für Freiheit und Zukunft ihres Volkes ist für sie identisch mit dem Einsatz an der inneren Front Europas, die der Bolschewismus zu unterhöhlen sucht.

Die Sonne kommt wieder aus den Wolken hervor. Dahlien, Glockenblumen und Wicken blühen in den Vorgärten der Bauernhäuser. Irgendwo summt ein Lied auf, kräftig fallen andere ein; es muß ein wildes, heißes Lied sein, der Schritt strafft sich unter seinem Rhythmus. Wer denkt nicht an Kossovo, an die vielen Heldentaten, die der Guslarspieler noch heute verherrlicht? Und die Straße im flutenden, klaren Sonnenlicht wird plötzlich breit und bewegt.

### Wertvoller Fang

Der Gefechtsstand ist vorverlegt, tief im Gebirge. Nach den letzten Meldungen wurde im Dickicht eines Berggipfels ein großes Vorratslager der Banden entdeckt. Mit einer Gruppe gelangen wir auf ausgetretenen Waldwegen, durch einsame Bachgründe und an Gehöften vorbei nach steilem Anstieg zu den vorgeschobenen Stellungen einer Freiwilligen-Kompanie. Sie zieht sich an einer Waldschneise entlang, an einer Abplattung, unmittelbar bevor der dicht bewaldete Gipfel ansetzt. Und hier sorgfältig getarnt unter niedrigen Gehölz liegen die Ausschachtungen, an denen die Kommunisten zahlreiche Waffen, riesige Mengen Munition, Sprengstoffe und Minen, Lebensmittel, Wolldecken, Uniformstücke, Schlauchboote und sonstiges Versorgungsgut, das ihnen angloamerikanische Flugzeuge in den letzten Monaten abgeworfen hatten, verborgen hielten.

Noch sind nicht alle Depots, die sich um den ganzen Berg herumziehen geborgen, aber was allein schon bis jetzt die nicht abreißende Kette der Karren zum Bergeplatz abtransportiert hat, genügt, um sich ein Bild darüber machen zu können, wie wertvoll dieser Fang ist. Da stehen ganze Reihen von schweren und leichten Granatwerfern, große Stapel von Munitionskisten, Berge von Decken, Konserven und wieder Panzerbüchsen, Maschinengewehre älteren Modells. Die Ausrüstung zweier Bandendivisionen ist erbeutet worden. Sie sollte zum bewaffneten Aufstand gegen Serbien und sein Volk dienen. Überall im Wald finden sich Berge leerer Versorgungsbomben, Hülsen einer verfehlten Hoffnung.

Die Sonne versinkt allmählich über der gegliederten Berglandschaft. Der Feind flieht nach Süden. Die Basis seiner weiträumigen Absicht ist gefallen. Nun gilt es ihm selbst. Die Freiwilligen bleiben am Feind.

*Kriegsber. Dr. Otto Schulmeister*

BORAC
HRVATSKA
NEDJELJA, 3. PROSINAC 1944
BR. 163. NR.
SONNTAG, 3. DEZEMBER 1944
DER KÄMPFER

# Wächter der „Freiheit"

## Nach bewährtem Muster stellt Broz-Tito seine GPU.-Truppen auf

*PK. Tito hat die Aufstellung von „Sicherheitstruppen" nach dem Muster der sowjetischen NKWD. befohlen. Die „Narodno Oružništvo" oder, wie sie sich abgekürzt nennt, OZNA, verbirgt unter dem harmlosen Namen einer Art Gendarmerie oder Militärpolizei schamhaft ihren eigentlichen Zweck. Sie gliedert sich in Bataillone und Brigaden, denen Abteilungen des „Volksbefreiungsheeres" zugeteilt sind. Die erste Abteilung befaßt sich vorwiegend mit Verwaltungsaufgaben, die zweite Abteilung — oder wie es in Anpassung an den Sowjetjargon heißt, der zweite Abschnitt — führt die Ueberwachung der eigenen Kommunisten, der dritte die Kontrolle der Ausländer sowie die Beseitigung von politischen Gegnern durch. Der Ueberwachungsapparat reicht bis hinauf zu den Stäben und erlaßt mit seiner „Beschattung" grundsätzlich alle Dienststellen, selbst die Verpflegungsämter. Führung und Mannschaft dieser GPU. bestehen aus ausgewählten „alten Kämpfern, die über jedem Verdacht „konterrevolutionärer" oder „trotzkistischer" Neigungen erhaben sind.*

Die Aufstellung der Ozna fällt bezeichnenderweise mit dem Augenblick zusammen, da Tito an die Spitze einer „jugoslawischen" Regierung treten soll. Nach dem Vorbild des großen Stalin sucht sich also Tito-Broz damit ein Organ zu schaffen, das jeden Versuch enttäuschter Genossen, sich vom „Befreier" zu befreien, im Blut ersticken soll. Zunächst freilich wendet sich die Anordnung Nr. 1 des Stabes der Ozna vor allem gegen die Anarchie des Bandenlebens. Sie kündigt sozusagen eine Epoche der kommunistischen „Legalität" an, verrät aber durch das, was sie verbietet, mehr als genug über das, was bei den Banden üblich ist. Allen Kämpfern wird ein „anständiges Benehmen" gegenüber der Zivilbevölkerung zur Pflicht gemacht. Für besonders Harthörige, für die eine solche Formulierung noch nicht ausreicht, wird in mehreren Punkten aufgezählt, was von nun an verboten ist. Vor allem fallen nunmehr alle Liquidierungen in den ausschließlichen Bereich der Ozna, jedoch ist jeder verpflichtet, schon Vermutungen über suspekte Personen zu melden. Bäuerliche „Personen" — um nicht zu sagen „Subjekte" — dürfen nicht mit Flüchen und Drohungen oder gar durch Gewalt traktiert werden. Eine heikle Sache scheint Punkt 18 zu begründen. „Personen weiblichen Geschlechtes dürfen von den Kämpfern nicht durchsucht werden, sondern sind hierfür geeigneten Genossinnen zu übergeben." Besonders verwarnt werden alle jene, die, wie es Punkt 23 zartfühlend nennt, „fremde Gegenstände behalten", sich bestechen lassen oder sonst ihre Stellung zur Bereicherung ausnützen.

Diese erste Anordnung gibt schon einen Hinweis, welchen politischen Zweck Tito-Broz mit der OZNA verfolgt. Sie soll vor allem das neue Regime der „Freiheit" vor der Zügellosigkeit der eigenen Genossen schützen. Der Terror wird bürokratisiert und gegen die Widerstände aus den eigenen Reihen eingesetzt. Man darf ja nicht vergessen, daß sich unter dem Titel eines „Volksbefreiungsheeres" eine ganze Anzahl von Gruppen verbirgt, deren Spannung für Broz-Tito in dem Augenblick, wo so etwas wie der Zipfel der Machtergreifung winkt, gefährlich werden müsse. Da sind zunächst die kriminellen Elemente, die Beute wittern, ausgehungert, von dem jahrelangen Leben im Wald. Da ist die Jugend, die zu spät erkennt, daß sie um ihr nationales Ziel betrogen wurde und statt dessen für den bolschewistischen Imperialismus verblutet. Aber für Moskaus Beauftragten Broz-Tito sind die Intellektuellen und „Demokraten" nicht minder gefährlich. Schon einmal haben sie einen „Jugoslawischen" Staat durch ihr Gezank und ihre Intrigen in den Abgrund gestürzt. Und da ist endlich das große Heer der Bauern, die, zu einem erheblichen Teil mit Gewalt zu den kommunistischen Banden gepreßt, nun erleben, daß ihnen das „neue Evangelium" nur Elend und Kolchosensklaverei bringt. Sie alle muß Broz-Tito fürchten. Die OZNA soll dafür sorgen, fürchten. Die Ozna soll dafür sorgen, daß keiner jener Schatten, die seinen Schlaf stören, je Leben gewinnt und Rache nimmt.

### Die Geister, die er rief...

Schon hat die Ozna ihre Tätigkeit ausgeweitet. An Objekten fehlt es nicht. Tausende „Bourgeois" warten in den Kerkern Belgrads und hinter dem Stacheldraht auf dem Kalimegdan auf den Genickschuß. Aber auch bekannte Bandenführer, wie Rožmann, sterben nun, „an Versuchen mit Waffen". Freunde von ihm allerdings, meinten, er sei an „Anglophilitis" zugrunde gegangen. Vielleicht wird diese neuartige Krankheit einmal zur Seuche ausarten, wenn Šubašić in den Regentschaftsrat abgeschoben ist? Die OZNA kann in die zwanzigjährige Schule der GPU gehen. Hier wird sich ein lebhafter Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Exekution, Folterung und Bespitzelung ergeben, der als erster wertvoller Beitrag zur Intensivierung der neuen „jugoslawisch"-sowjetischen Kulturbeziehungen zu werten ist. Aber alles dies wird dem Genossen Broz-Tito nichts nützen. Die Stimme jener hunderttausende Betrogener und in den Tod Geschickter wird noch aus den Gräbern dringen, sie wird sich vereinigen mit dem Schrei eines gequälten und verwüsteten Landes, und keine Hekatombe an Opfern, die ihm seine GPU darbringt, wird sie ersticken können. Die OZNA ist kein Zeichen der Stärke, Broz-Tito mag sich vor den Geistern fürchten, die er gerufen hat. Aber diese Geister kann er nicht mit einem Genickschuß beseitigen lassen.

Kriegsberichter Dr. Schulmeister.

# Vor 70 Jahren: Die erste zivile Großradiostation Österreich-Ungarns geht in Betrieb

Theo Venus

Schon in den Jahren 1908 - 1914 erlebte das österreichische Funkwesen nach Abschluß einer mehrjährigen Testphase einen enormen Aufschwung. Der raschen Ausrüstung, vor allem von Schiffen der k.u.k. Kriegsmarine, mit Bordfunkstationen folgte in den Jahren 1908 - 1912 die Eröffnung dreier Küstengroßfunkstationen in den Kriegshäfen Pola, Sebenico und Cattaro an der dalmatinischen Küste. Entsprechend einem Übereinkommen zwischen Kriegs- und ziviler Verwaltung wurden diese drei Stationen auch dem zivilen radiotelegraphischen Verkehr zugänglich gemacht.

Dieser Verkehr, für den auf ziviler Ebene am 1. März 1912 ein sogenanntes 'Funken-Telegraphen-Inspektorat' eingerichtet wurde, welches dem k.u.k. Handelsministerium unterstellt war, umfaßte zunächst jedoch nur den Austausch von Radio-Telegrammen zwischen zivilen Personen- und Handelsschiffen und den drei Küstenstationen. Ein gemeinsamer Vorschlag, wie er von seiten der beiden größten weltweit operierenden, Funkgerät produzierenden Firmen Marconi und Telefunken dem k.u.k. Handelsministerium knapp vor Kriegsbeginn präsentiert wurde, kam nicht (mehr) zur Ausführung.

Da die militärischen Radiostationen mit Kriegsbeginn ausschließlich für militärische Zwecke in Anspruch genommen, der zivile Nutzen der Radiotelegraphie - vor allem zum Zwecke der Aussendung von Propagandanachrichten für die neutrale Auslandspresse - unabweisbar war, begann sich das Handelsministerium, auf das dringende Ersuchen des k.u.k. Ministeriums des Äußeren hin, dem die Beeinflussung der Auslandspresse (via Botschaften und Attachès) oblag, schon bald nach Kriegsbeginn mit dem Plan zur Errichtung einer eigenen weitreichenden, zivilen Radiotelegraphenstation zu befassen. Unter dem Vorsitz des Generaldirektors für das österreichische Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, Sektionschef Wagner-Jauregg, fand am 2.8.1915 eine erste vorbereitende Besprechung "über die Errichtung einer Radiogroßstation in Österreich" statt. Neben Ministerialbeamten und dem ehemaligen und reaktivierten "Funken-Telegraphen-Inspektor" (1912 - 1914), Eugen Winkler, nahm auch der Telefunken-Direktor Hans Bredow als Sachverständiger an dieser Unterredung teil.

An dem grundsätzlichen Beschluß, daß eine solche Station zu errichten wäre, gab es zu diesem Zeitpunkt keinen Zweifel mehr; beraten wurden lediglich die näheren Modalitäten der Beschaffung, Errichtung und des Betriebs.

Nach Vorlage eines Offerts durch die deutsche Lieferfirma, fiel bereits im Frühherbst 1915 der definitive Beschluß über die Auftragsvergabe, sodaß schon im November dieses Jahres mit dem Bau der Großradiostation in Deutsch-Altenburg, ca. 30 km westlich von Wien - der exponierte Standort war eine Konzession gegenüber dem k.u.k. Kriegsministerium - begonnen wurde. Um

innerhalb kürzester Zeit eine arbeitsfähige Sendestation für den diplomatischen und Presseverkehr zur Verfügung zu haben, beschloß man einen Bau in mehreren Stufen. Verwirklicht wurde demgemäß zunächst ein bauliches und leistungsmäßiges Provisorium mit einer Kapazität von 25 KW Sendeleistung. Standen bei der Inbetriebnahme den Verhältnissen entsprechend zunächst noch die Grundprinzipien der Betriebsführung und Nutzung der Sendestation in Kriegszeiten und für Kriegszwecke zur Diskussion, so wurde doch bereits damals grundsätzlich festgehalten, daß auch in Friedenszeiten ein erweitertes Arbeitsfeld zu erwarten stünde.

Daher wurde die Sendestation Deutsch-Altenburg, die am 17. Mai 1916 offiziell in Betrieb genommen wurde, zwar zunächst unter militärischer Leitung und unter die Zensur des k.u.k. Kriegsministeriums gestellt, unter der Ägide des zurückberufenen Winkler ließ der Generalpostdirektor zugleich aber Überlegungen und Richtlinien für einen erweiterten zivilen Einsatz des Funks in und von Österreich-Ungarn nach Kriegsende anstellen.

Die Vorschläge, die Winkler bis Kriegsende vorlegte, enthielten, so überspitzt, weil von einem grundlegend falschen, imperialistischen Szenario des Kriegsausgangs ausgehend, sie auch gewesen sein mögen, manche richtungsweisende Überlegung. Nach Kriegsende müsse es, so Winkler, grundlegende Aufgabe der Staatsverwaltung sein, die Ausgestaltung des Funkwesens vor allem im Inland vorzunehmen, wobei eine wirtschaftliche Betriebsführung nur im Falle einer Verbreitung von Inhalten, die "Massenartikel" seien, gewährleistet sei. Vom Prinzip kommerzieller Betriebsführung gelangte er zu einem organisatorischen Konzept eines staatlichen Suchdienstes, das unter Wahrung bestimmter Sicherheiten auch die Möglichkeit des freien Besitzes von 'Rundfunkempfängern' durch private Interessenten in Erwägung zog.

Hätte Winkler damit innerhalb der Staatsbürokratie durchzudringen vermocht, so hätte dies den Zeitraum vom Funk bis zur Eröffnung des Unterhaltungsrundfunks in Österreich zweifellos abgekürzt.

Da dies jedoch nicht der Fall war, und er seinen Dienst mit Kriegsende quittierte, dauerte es noch sechs Jahre, ehe nach manchen Fehlern und Versäumnissen am 1. Oktober 1924 der Rundfunk in Österreich seinen offiziellen Betrieb aufnahm.

# Nostalgie und Vergangenheitsbewältigung

## Edwin Hartl

Unter Nostalgie verstand man früher einmal - noch rein medizinisch - einen seelischen Defekt, nämlich das krankhafte Heimweh. Sie leitet sich ja von dem griechischen Wort Nostos ab, zu deutsch Heimkehr, und schon in der Antike wurde damit auch ein Gedicht bezeichnet, das die Heimkehr der Helden aus Troja behandelt, also die Odyssee. Der patriotische Akzent des Ausdrucks ist somit uralt und universell. Hierzulande freilich wird er innig mit dem verknüpft, was wir -allzugern - Tradition nennen. Einigermaßen skeptisch sagt man uns oft genug nach: Österreichs Zukunft liege in seiner Vergangenheit.

Umso schwerer fällt es waschechten Bewohnern dieses Landes, ein Verlangen zu befriedigen, das vor bald vierzig Jahren aufgekommen ist: die sogenannte Vergangenheitsbewältigung. Jahrestage feierlich begehen, das können wir. Jedes Jubiläum wird großartig bejubelt und kaum jemals kleinlich überprüft: ob es den feierlichen Jubel denn auch verdiene. Allerdings hat es einst einen als zynisch verrufenen Wiener gegeben, der mit ironischem Befremden in der heimatlichen Presse Tag für Tag las, wie sehr die Prominenten tagaus tagein alle Hände voll zu tun haben, um einander gegenseitig als Jubilare zu gratulieren und zu feiern, so daß er sich -beinahe hinterhältig -fragen mußte, wann und wieso sie denn eigentlich Zeit gefunden hätten, daneben noch derart viel zu leisten, daß sie prominent werden konnten. Aber das war eben ein Einzelgänger, wie er in den familiärsten Familien vorkommt. Kurzum: So etwas kann hie und da vorkommen.

Neuerdings jedoch passiert es immer häufiger, daß jüngere Leute (sagen wir: der mittleren Generation) schlechthin traditionswidrig den Versuch unternehmen, die Waschechtheit von berühmtwaschechten Österreichern zu erforschen. Sie stellen zum Beispiel Nachforschungen an, und das ist beispiellos; denn alles Vergangene war bisher sowohl politisch als auch publizistisch und erst recht wissenschaftlich außer Streit gestanden, zwar nicht ex lege, jedoch gemäß einem ungeschriebenen Gewohnheitsrecht verboten - ganz ähnlich wie einst die Bibelforschung. Besagter Einzelgänger, dessen fünfzigster Todestag sich übrigens demnächst jährt, ging noch an, sozusagen als Sonderfall. Er wird deshalb auch ausgiebiger, als ihm angenehm gewesen wäre, offiziell gefeiert werden: ja, falls einer auch berühmt unangenehm und später unangenehm berühmt war, - wenn er vor einem halben Jahrhundert gestorben ist, hat er sich (um nicht zu sagen: haben wir uns) einen Gedenktag verdient, und damit basta.

Nein, was aber jetzt geschieht, ist überhaupt nicht mehr feierlich, im Gegenteil: Man führt essayistisch, theatralisch oder gar dokumentarisch den Nachweis, daß so mancher gute Österreicher gar kein guter war, und das geht einfach zu weit. Ehrentitel, selbstverständlich mit Nachlaß der Taxen verliehen, werden nachträglich und nachtragend ohne Nachlaß taxiert; dieses oder jenes Ehrenzeichen in Gold erweist sich durch einen solchen Nachweis allzu plötzlich als Medaille mit einer äußerst unliebsamen Kehrseite. Aufgeschreckte Landsleute fragen erschrocken: Wer hat eigentlich diese lieblosen Frager autorisiert, angesehene Autoren daraufhin anzusehen, wie sie sich vor dreißig, vierzig oder gar fünfzig Jahren verhalten haben? Auch bringt man bodenständige Verleger in bodenlose Verlegenheit und will überdies wissen, welche Rolle Büh-

nengrößen von heute oder gestern - also sagen wir: - vorgestern gespielt haben. Die gesamte Bodenständigkeit droht radikal entwurzelt zu werden. Alpensage, Theatersaga, Literatursaga im allgemeinen - jede Mythos-Tradition wird als bloßer Traditions-Mythos allen Ernstes entmythologisiert, und da hört sich bei uns der Spaß auf. Gehört sich so was, darf man das überhaupt?

Also gut, wenngleich nicht gerade schön: eine Farce über die traditionsreichste Bühne des Landes wird vorläufig nur im Ausland aufgeführt; sei's drum. So führt man sich zwar nicht auf, doch sind wir heute aus angestammter Nachlässigkeit tolerant oder aus Toleranz nachlässig geworden. Die Premiere hatte nicht überall die beste Nachrede, das war alles. Als vor bald sechzig Jahren der erwähnte Zyniker "Die Unüberwindlichen" des Vaterlandes hochdramatisch persifliert hatte und das Stück in Deutschland in Szene gesetzt war, mußte es schon nach zwei Abenden abgesetzt werden: Das hiesige Außenamt hatte sich eingemischt und diplomatisch interveniert. Das wäre gegenwärtig paradox, würde dem verpönten Werk nicht schaden, sondern nützen: Die Propagandawirkung behördlicher Verbote übertrifft jede bezahlte Werbeaktion, sie ist unbezahlbar. Auch ein vorübergehend beschlagnahmter Roman wird zumindest vorübergehend zum Bestseller.

Nicht genug damit. Bei Böhlau (Wien/Köln/Graz), unserem ältesten (infolgedessen traditionsreichsten) Wissenschaftsverlag, erschien kürzlich zweibändig eine "Österreichische Verlagsgeschichte 1918 - 1938", mehr als tausend Seiten stark, und das ist stark, weil da auch Schwächen zur Sprache kamen, die sprachlos machten und infolgedessen nicht der - noch dazu wissenschaftlichen - Rede wert befunden wurden. Schon wieder ein Außenseiter, wie der bereits mehrmals Genannte? Mehr als das: Ein Ausländer! Dieser 1947 in Kanada geborene Murray G. Hall (englischer Herkunft) lebt mit seinem transatlantischen Paß seit fünfzehn Jahren in Wien, studierte hier (das wäre ja noch löblich), aber er studierte auch uns, keineswegs sine ira et studio. Was weiß ein Fremder? Diese populäre Frage dementiert der Mann glattweg mit seinem Kompendium. Er hat Antworten gefunden, die vielleicht ein Fund sind, aber hierorts als verantwortungslos befunden werden.

Ohne Visum eingereist und hiergeblieben (wir sind halt zu tolerant), visitierte dieser Gast aus einer Gegend jenseits des Ozeans, jenseits aller Diskretion eines manierlichen Gastes, nicht nur die "Österreichische Verlagsgeschichte 1918 - 1938", er durchstöberte auch deren Vorgeschichte und kam auf Gründe und Abgründe, von denen wir zwar selber wissen könnten, aber noch niemals etwas wissen wollten. Das beginnt schon dort, wo der endlich zustande gebrachte Österreich-Patriotismus seit vierzig Jahren revoltiert: weil unsere besten Autoren fast ausschließlich in Deutschland verlegt werden. Solcher saftigen Klagen fügt dieser Anglo-Kanadier trocken hinzu: das sei doch immer so gewesen, weil das Alte Österreich, hinterher allzu glorifiziert, sich seit eh und je der angeblichen Schönen Literatur gegenüber nicht gerade schön benommen hatte. Jahrhunderte hindurch, behauptet er strikt (und legt handfeste Indizien dafür vor), habe man bei uns dichterische Druckwerke unter Druck gesetzt, weil auch der schönste Roman als Schlüsselroman verdächtig war und stets in Gefahr stand, behördlich nicht akzeptiert, sondern konfisziert zu werden. Folglich gab es kaum einen Verleger, der es wagte, derartige Risken einzugehen. Es blieb also österreichischen Dichtern nichts übrig als auszuweichen: in das noch immer um eine Spur weniger engherzige Nachbarland.

Auch das Ende der Monarchie machte diesem Übelstand nicht sofort ein Ende. Die Erste Republik war eben die erste: blutiger Anfänger der Liberalität. Ein althergebrachter Obrigkeitsgeist wollte sich nicht ohneweiters unterkriegen lassen. Zwar war nun die Freiheit der

Meinungsäußerung rechtlich geschützt, doch schützten die Behörden vorsichtshalber vor, das Verlegen poetischer Äußerungen bedürfe einer Konzession. Konzession heißt bekanntlich zu deutsch Zugeständnis, und zu diesem ließ sich der Konzessiongeber herzlich gern Zeit: Die Druckerlaubnis wurde - um es in der Amtssprache zu sagen -am liebsten dilatorisch behandelt: recht schleppend. Erst allmählich gebärdete sich die junge Republik republikanischer. Druck hatte Gegendruck erzeugt, altehrwürdiger Widerstand von amtswegen mußte aufgegeben werden, und als es so weit war, schossen belletristische Verlage, nachdem sie lange auf triste Weise verhindert worden waren, wie Schwammerln aus dem jäh demokratisierten Boden des Landes, lebensfroh und trotzdem nicht vital: Die meisten Verlagsinhaber erwiesen sich als Gärtner ohne Erfahrung. Wären sie zuvor kraft behördlicher Konfiskationen pleite geworden, so wurden sie es nun aus eigener Unfähigkeit. Die Buchmarkt-Konjunktur wurde überschätzt, denn die Valuten fielen in jenen labilen zwanziger Jahren rundherum auf einen Tiefpunkt. Der Großteil kleinerer und auch größerer Verlage verwelkte nach kurzer Blütezeit.

Einige Wenige leisteten der finanziellen Misere mit Erfolg Widerstand, doch schon folgten die ominösen dreißiger Jahre mit ihren politischen Miseren. Die stellten jenen Widerstand auf eine allzu harte Probe. Um das Ruder womöglich herumzureißen, kam in Österreich ein autoritäres Regime ans Ruder, hatte freilich nicht viel Autorität im Lande aufzuweisen, dafür jedoch allzuviel Übermacht von jenseits der Grenzen zu ertragen. Die Verleger schöner Literatur gerieten - größtenteils - in unschönes Schwanken: zwischen editorischem Idealismus und kaufmännisch harter Realität. So ein Buchproduzent lebte wohl in Österreich, aber von Österreich allein konnte er nicht leben. Das sogenannte Dritte Reich spielte quasi eine filmreif-kriminelle Rolle, wie nach dem Krieg "Der dritte Mann" in dem importierten Reißer.

Traurig, aber wahr; nur: wahrhaben wollen wir's eigentlich nicht. Vergangenheitsbewältigung hin, Vergangenheitsbewältigung her: Dieser Mister Hall vergegenwärtigt uns eine Vergangenheit, die allem Anschein nach schwerlich zu bewältigen war, - meinen zumindest die Gemeinten über dieses Buch. Genau genommen sind es gar nicht die Gemeinten selber - die sind längst verewigt, sondern ihre überaus kollegialen Nachfolger.

Handel und Wandel des Buchhandels waren ungemein wandlungsfähig (sozusagen: zu allem fähig), lesen wir nun, falls wir zufällig so ein Exemplar gefunden haben: In den Auslagen finden wir es nämlich nicht. Es wird zwar nicht boykottiert, aber auch nicht angeboten. Zwar wäre es gar nicht billig, brächte also preiswerten Gewinn für den Verkäufer, jedoch - Ehre, wem Ehre gebührt! - der stellt sein legitim kommerzielles Interesse zurück und das Geschichtswerk ins hinterste Regal: loyal zu den Vorfahren. Gentlemanlike wird eine Gentlemen's Agreement eingehalten: zugunsten der Branche und ihres traditionellen Ansehens.

Die in Verlegenheit gebrachten (folglich aufgebrachten) Verleger und ihr Sortiment haben Recht: Die formal wissenschaftlichen Bände sprechen Bände und werden passagenweise ganz offen polemisch. Es ist aber, frei nach Juvenal, oft schwer, keine Polemik zu schreiben. Sie registrieren zum Beispiel, daß nach dem Krieg laut Gesetz Registrierte bald nachher überaus friedfertig vom Staat, gegen den sie gesündigt hatten, nicht nur Absolution, sondern höchste Ehrenzeichen in Gold bekamen; beim Ableben wurde ihnen nach dem Grundsatz "de mortuis nil nisi bene" von offizieller Seite ein Nachruf gehalten, der dem Ruf so eines Dahingeschiedenen nicht im Geringsten entsprach. Ein "si tacuisses" wurde lautstark übertönt. Die Trauergemeinde bestand ja nicht aus Philosophen, es waren ehrbar tüchtige Geschäftsleute.

Was die dem Vaterland eines Abtrünni-

gen und von diesem schließlich wie der verlorene Sohn väterlich wieder Aufgenommenen betrifft: Friede auch ihrer Asche, selbstverständlich. Wenn aber der Anglokanadier Murray G. Hall in seiner Anthologie authentisch Texte vor und nach dem Zusammenbruch vergleichend zitiert, liest er uns allen quasi den Text damit, also nicht so freundlich, wie man es hier gewohnt war. Der Fremde trägt selber die Schuld, wenn man von seiner Haltung befremdet ist. Eine besorgte Buch-Kaufmannschaft sorgt eben dafür, daß ihre Kundschaft nicht irritiert wird durch eine bedauernswerte Kunde, nach der sich bisher niemand erkundigt hatte. Böswilligkeit ist nicht unsere Art. Doch betreiben wir Vergangenheitsbewältigung gern durch die rosig färbende Brille verschönender Nostalgie. Ob diese Perspektive lupenrein ist, hat noch keiner gefragt. Und da kommt einer von weit her, nistet sich ein und nimmt uns unter die Lupe. Sicht oder Absicht, mit einer solchen Sehweise haben wir absolut kein Einsehen.

# Rezensionen

**Wolfgang Duchkowitsch: Medien- und Kommunikationsforschung (= Fachinformationsführer 4), Wien 1984, 257 S.**

Dieser Band ist für jeden Kommunikationswissenschaftler insoferne ein "muß", weil er den sofortigen Zugang zu den "Quellen" ermöglicht. Während im ersten Kapitel Bibliotheken, Dokumentationen, Archive etc. regional bzw. nach dem Kriterium der universitären Zugehörigkeit bzw. der Zurechenbarkeit zum "Außeruniversitären Bereich" -eine Unterscheidung, die eigentlich nicht ganz einleuchtend ist - aufgelistet werden, bleiben die nachfolgenden Kapitel Datenbasen, Informationsvermittlungsstellen vorbehalten. Vereine, die mit Kommunikationswissenschaft im weitesten Sinne zu tun haben können, werden ebenfalls erfaßt. Zum Unterschied vom Fachinformationsführer Zeitgeschichte bleibt jedoch ein Viertel des Handbuches bibliographischen Angaben vorbehalten, wobei ein Bibliothekenregister der Standorte vielleicht dem Leser noch mehr nützen würde als die reine Literaturangabe. Ein ausführliches Schlagwortregister ermöglicht einen raschen projektorientierten Einstieg in die angebotene kompakte Information.

**Oliver Rathkolb**

**Peter Malina und Robert Holzbauer: Zeitgeschichte (= Fachinformationsführer 6), Wien 1984, 413 S.**

Dieses Handbuch, das ebenfalls für den Bereich Zeitgeschichte ein absolut notwendiges und nützliches Nachschlagewerk ist und in jeder Bibliothek von an Politik, Geschichte und Wirtschaft des 20. Jahrhunderts Interessierten stehen sollte, benützt einen anderen Ansatz: Grundsätzlich werden die Bibliotheken, Dokumentationsstellen und Archive alphabetisch angeführt, wobei jedoch eine Trennung nach "Universitätsstädten" vorgenommen wurde. Der Rezensent muß aber gestehen, daß er trotz intensiven Gebrauchs noch niemals diese Regionalisierung beim Suchvorgang benützt hat. Die notwendige bibliographische Information wurde in die jeweiligen Forschungsstättenbeschreibungen eingebaut - so daß eigentlich ein Optimum an Information erreicht wurde. Die rasche Benützbarkeit wird durch einen wirklich umfassenden Index mit zahlreichen notwendigen Querverweisen noch gesteigert.

Beiden Handbüchern wäre eine rasche Neuauflage zu wünschen, da durch Telefonumstellungen, etc. Korrekturen in nächster Zeit notwendig machen, um sie unserer schnellebigen Zeit anzupassen.

**Oliver Rathkolb**

**Werner Hadorn, Mario Cortesi: Mensch und Medien. Die Geschichte der Massenkommunikation. Band 1. Aarau, Stuttgart: AT Verlag 1985. 211 S. sfr. 84,--**

Der Untertitel des auf zwei Bände angelegten, großformatigen Werkes klingt vielversprechend, so wie er gleichzeitig umfassenden Anspruch erhebt. Vor allem aber macht er enorm neugierig. Der Hauptautor Werner Hadorn begann seine Laufbahn als Journalist und Filmrealisator. Mehrfach für seine Arbeiten ausgezeichnet, ist er heute Mitinhaber des Medienbüros Cortesi und als Dozent an der Journalistenhochschule des Ringier-Verlages in Zofingen tätig. Mario Cortesi, Gründer des ersten unabhängi-

gen schweizerischen Medienbüros und Träger mehrerer Preise für Kinder- und Jugendfilme, ist bereits als Buchautor (u. a. über China und den amerikanischen Wilden Westen sowie über Filmgeschichte und Filmtechnik) in Erscheinung getreten.

Daß hier zwei Vertreter der Kommunikationspraxis am Werke sind und nicht Kommunikationshistoriker, veranschaulicht schon ein erster Blick auf die Kapitelüberschriften. Da stellt der Titel des Einleitungskapitels "Eine unendliche Geschichte" (zum Thema "Mensch und Kommunikation") automatisch Assoziationen zum Lese-, aber auch Kassenmagneten Michael Ende her. Ähnlich verhält es sich beim Titel des Schlußkapitels "Die Reise ins Land der Unmöglichkeit". Dazwischen finden sich Überschriften wie "Das Geheimnis der sprechenden Blätter" (zur Geschichte der Schrift) oder "Wenn die Sonne zu schreiben beginnt" (über die Vervielfältigung des Bildes). Diese Technik, Leserinteressen anzuheizen, mag für ein Werk im deutschsprachigen Raum, das gleichwohl wissenschaftlichen Anspruch erhebt, eher ungewöhnlich sein. Daß sich daraufhin der Blick im Detail verliert und am wesentlichen Anliegen vorbeigelenkt wird, ist allerdings kaum anzunehmen.

Der vorliegende Band legt sein Schwergewicht auf Urformen der Humankommunikation - nonverbale Kommunikation, Symbol- und Bildersprache, die "Sprache der Wörter und Sätze" -, die in modernen Massenmedien weiterleben, sowie auf die Entwicklung der Schrift und Schriftsprache. Weiters werden Reproduktionstechniken für Bild und Text sowie die Geschichte der Filmtechnik behandelt. Massenkommunikation, so die überzeugend aufgelöste These der Autoren, ist kein Phänomen des 20. Jahrhunderts oder wenigstens der Neuzeit, sondern ein genuin menschliches Prinzip. Seine Geschichte durchzieht und bestimmt die gesamte Entwicklung der Menschheit.

In dem von Werner Hadorn verfaßten Vorspann wird "freimütig" einbekannt, daß sich ihre Geschichte der Massenkommunikation fast ausschließlich auf bereits publizierte Studien stützt: Nur in Ausnahmefällen habe man zu primären Quellen vorstoßen können. Diese Ehrlichkeit im Vollzug der Arbeitsweise soll von vornherein nicht angezweifelt sein, obgleich jede andere Erwartung angesichts der komplexen Themenstellung sowieso ohne Maß wäre. Andererseits vermag sich der Rezensent des sicher unbeabsichtigten Eindrucks nicht ganz verwehren, als wollte zum Ausdruck gebracht werden: Wer Schatten werfen will, muß zunächst selbst für einen Lichtstreif sorgen.

Mut der beiden Autoren, ein solches Unterfangen zu beginnen, und bereits erbrachte Leistung sind nicht hoch genug zu veranschlagen. Es ist ihnen gelungen, eine kulturgeschichtlich interessante und spannende Geschichte der Massenkommunikation zu schreiben. Beeindruckend ist die sorgfältig ausgewogene und in höchster technischer Perfektion präsentierte Illustration des in leicht verständlicher Sprache gehaltenen Textes. Für diese bestechende Bereicherung trug nicht zuletzt der bekannte Medienhistoriker Martin Welke mit seiner unvergleichbaren Bild-Materialiensammlung entscheidend bei. Dem Dank der Autoren an ihn schließt sich der Rezensent gerne an. Und dennoch stellen sich angesichts eines derartigen Globalentwurfs leise Bedenken ein. So faszinierend die Idee einer Weltgeschichte der Massenkommunikation "von A bis Z" in zwei Bänden ist, so großporig muß sie andererseits für die sich in einem tiefgreifenden Wandel befindliche historische Kommunikationsforschung geraten, die ihre Wurzel und vielfältigen Ansätze nicht verleugnen, sondern reflexiv aufzubereiten gegenwärtig bemüht ist, und kommunikationswissenschaftliche Ansätze zu ihrem neuen Fundament erheben will. Darf sie aber deshalb nicht geschrieben werden? Dem Rezensenten fällt die Antwort leicht: Die Neugierde auf den zweiten Band ist inzwischen noch größer geworden.

Diesem Band wird ein Sach- und Personenregister angeschlossen sein. Erst dann und damit wird es möglich sein, sich eingehender mit dieser Geschichte der Massenkommunikation auseinanderzusetzen.

**Wolfgang Duchkowitsch**

**Murray G. Hall: Österreichische Verlagsgeschichte 1918 - 1938, Wien-Graz-Köln 1985, 2 Bände: Band 1: Geschichte des österreichischen Verlagswesens; Band 2: Belletristische Verlage der Ersten Republik. Zus. 987 S. + Personenregister; Verlag H. Böhlaus Nachf. 980 S.**

Wenn man es nicht schon von anderen Publikationen (und vom Klappentext) her wüßte, mit wem man es zu tun hat, würde man den Autor vom 1. Band seiner Verlagsgeschichte für einen ausgepichten Ökonomen oder Verlagspraktiker halten. Der 2. Band (und der Klappentext) machen jedoch klar, daß Murray G. Hall sein gele(h)rntes Wissen in diese höchst lobenswerte Arbeit einbringt. Hall hat schon mit seiner akribischen Beschreibung des 'Falls Bettauer' auf sich aufmerksam gemacht. Nach mehr- - oder sollte man sagen - langjährigen Sudien legt er nun eine gründlich recherchierte, sorgfältig bearbeitete, und reichlich mit Anmerkungen ausgestattete österreichische Verlagsgeschichte für die 1. Republik in 2 Bänden vor. Wohlgemerkt: es handelt sich um eine Geschichte der Buch- und hier in erster Linie der belletristischen Verlage. Eine Geschichte der Zeitungsverlage soll dies nicht sein! Für die Herausgabe dieses Werks sei vorab auch dem Verlag ausdrücklich der Dank ausgesprochen, der alles daransetzte, um es auch optisch gefällig zu gestalten.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, vor denen der Autor am Beginn seiner Forschungsarbeiten stand, weiß nur der zu würdigen, der ähnliches, wenn auch in anderen Bereichen, bereits erlebt hat. Einschlägige wissenschaftliche Vorarbeiten fehlten in Österreich zur Gänze, ebensowenig waren archivalische Quellen von Verlegerseite zu erhalten. Hall war daher gezwungen, sich im wesentlichen auf die in staatlichen Archiven sowie im Archiv des Buchgewerbehauses (der Vereinigung des Buchhandels und des Verlagswesens) zu stützen. Dieses zuweilen etwas trockene Material hat der Autor durch wirklich akribische Recherchen über Personen, sowohl Verleger, wie auch Kulturpolitiker und Autoren, und Verlagstitel anzureichern versucht. Durch eine lebendige Sprache, die er seiner publizistischen Erfahrung und kanadischen Herkunft verdankt, ist es Hall gelungen, beides in Beziehung zu setzen und zu einer sowohl soliden, im Detail exakten, aber auch fesselnd geschriebenen Darstellung zu verarbeiten.

Halls Analyse setzt, nach einem kurzen historischen Exkurs in die Anfänge des österreichischen Verlagswesens, bei dem erstaunlichen Faktum des mangelnden urheberrechtlichen Schutzes für österreichische Autoren und Verlegern an, der auf einer verfehlten Haltung der österreichischen k.k. Bürokratie in dieser Frage beruhte. Österreichs Beitritt zur Berner Konvention über den Urheberrechtsschutz erfolgte erst 33 Jahre nach deren Inkrafttreten. Darin lagen seiner Ansicht nach die Wurzeln für die strukturellen Schwächen des österreichischen Verlagswesens mit seiner einseitigen Konzentration auf die Verlegung wissenschaftlicher Literatur, des 'Exports' österreichischer Literaten nach Deutschland und des 'Reimports' der dort verlegten österreichischen Literatur. "Und an dieser Gegebenheit änderte sich bis zum 'Anschluß' Österreichs praktisch nichts." (Band 1, S. 41) Die Abhängigkeit Österreichs von deutschen Verlagen blieb mit einer Importquote von durchschnittlich 90 % an der Gesamtbüchereinfuhr nahezu unverändert.

Allerdings fehlte es vor allem in den Jahren unmittelbar nach Gründung der Republik nicht an Bestrebungen und ini-

tiativen Verlegern, diesen Zustand zu verändern. Waren es bis 1918 vor allem 'Zugereiste', so versuchten nunmehr auch heimische Verleger unternehmerisch aktiv zu werden. Ein zweiter Unterschied zum Zeitraum davor bestand darin, daß sich erstmals eine schmale Schicht von 'Nur-Verlegern' herauszubilden und von der verbandsmäßigen 'Umarmung' durch den Buchhändlerverband zu befreien versuchte. Diese z. T. recht mutigen Initiativen, die Hall an einigen Verlagen exemplarisch aufzeigt, führten dazu, daß, bedingt durch die Entwertung der Krone, sich die extreme Importabhängigkeit in der 1. Hälfte der 20er Jahre verminderte, ja in einem Jahr (1921) sogar einen kleinen Exportüberschuß im Bücherverkehr in der Handelsstatistik zur Folge hatte (Band 1, S. 98).

Auch die liberalere, vor allem dem sozialdemokratischen Drängen geschuldete Konzessionsregelung im Verlagswesen, die - als Provisorium -jedoch durch den Ständestaat wieder rückgängig gemacht wurde, hatte daran Anteil (Band 1, S. 100f.).

Wenn an dieser Stelle eine kurze kritische Anmerkung gestattet sei, so die, daß mir die zweite Periode österreichischer Verlagsentwicklung ab der Sanierung der österreichischen Währung im Jahre 1923 vielleicht etwas zu konzentriert dargestellt erscheint.

Ohne vorschnelles Urteil analysiert Hall sodann die Auswirkungen der Indizierungs- und Verbotspolitik des Ständestaates auf das Verlagswesen; er räumt daher mit dem Vorurteil allzu rascher Analogieschlüsse zum 'Dritten Reich' auf. Während das Verlagswesen dort einem gesetzlichen und administrativ überaus differenzierten, wenngleich bisweilen widersprüchlichen Überwachungs- und Reglementierungssystem in ideologischer wie wirtschaftlicher Hinsicht ausgesetzt war, herrschte in Österreich die Praxis polizeilicher Indizierung vor.

Die für die Spaltung und Anbiederung österreichischer Schriftsteller (aus pragmatisch-existenziellen Gründen) ursächlichen Bestimmungen über die Voraussetzungen fortgesetzter Verlegung österreichischer Autoren im 3. Reich streift Hall nur am Rande. Dies wurde in letzter Zeit (wie jüngst von Amann in seiner Studie über den P.E.N. - im gleichen Verlag 1984) schon von anderen Autoren geschildert.

Ausführlich beschäftigt sich Hall dagegen mit der Reaktion Österreichs auf die Ausfuhrförderung des Dritten Reichs nach Österreich, dem sog. 'Buch-Dumping' d. J. 1935, die zur Gründung des 'Verlagsförderungsfonds' führte. Die bei der Errichtung dieser an sich löblichen Institution, die den österreichischen Verlagen Hilfestellung und materielle Unterstützung beim Bücherexport gewähren sollte, auftretenden widersprüchlichen Interessen, die das Instrument schließlich vollkommen konterkarierten, schildert Hall a. o. klar und plastisch, nicht ohne Witz, aber auch Bitterkeit. Die Unterwanderung des Fonds durch nationalsozialistisch angehauchte Buchhändler und Verleger konnte wohl nur einer auf diesem Auge blinden österreichischen Bürokratie verborgen bleiben. Der erste Band schließt mit einer detaillierten und überaus lehrreichen Analyse der bürokratischen Angleichung des Verlagswesens, die im Grunde bereits mit den bilateralen Kulturausschuß-Verhandlungen des Jahres 1937 einsetzte.

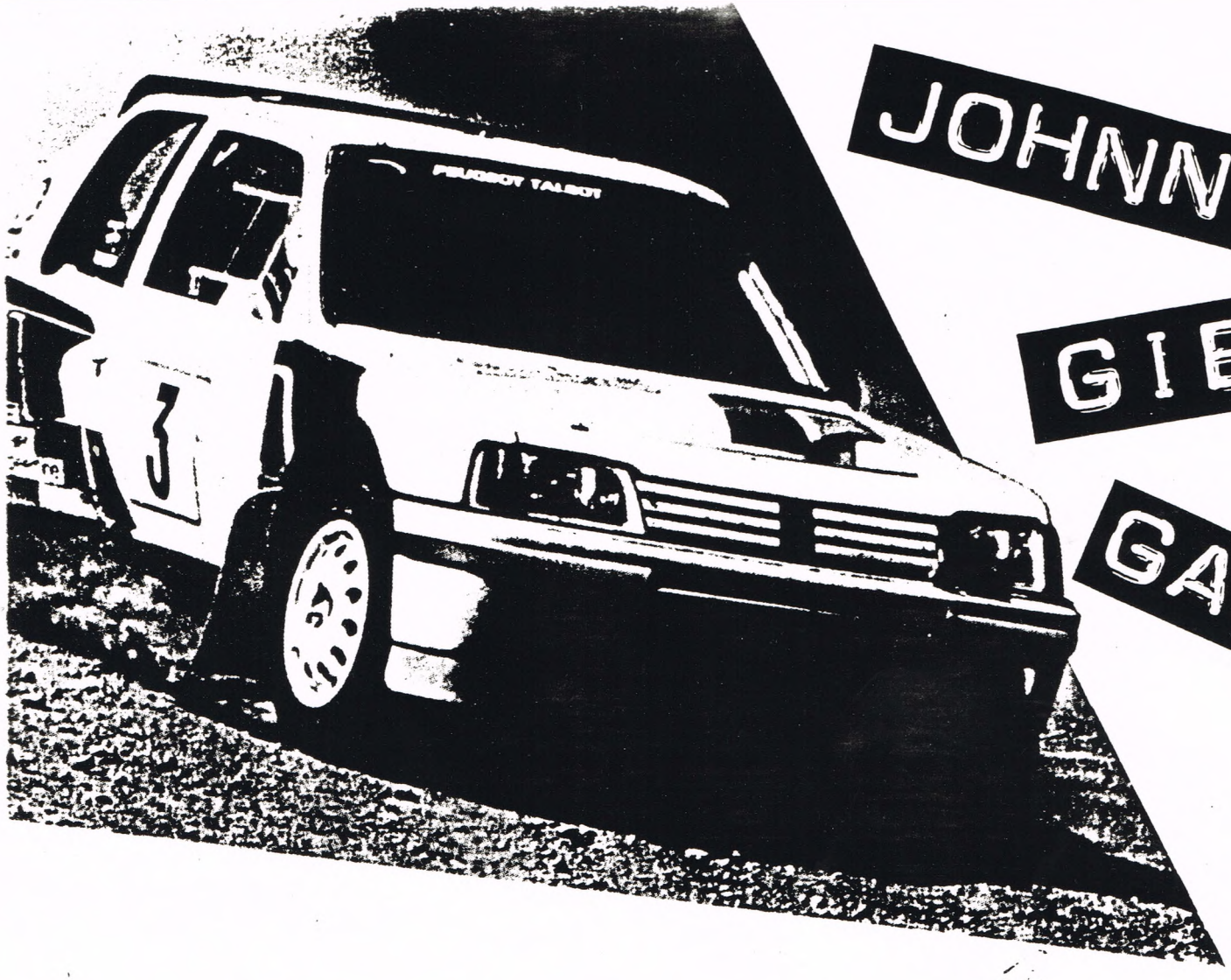
Die gewaltsame Politik der Bücherbeschlagnahmen, der Einsetzung kommissarischen Verwalter und der gewaltsamen Arisierungen, die dann folgte, bildet das abschließende Kapitel des 1. Bandes, das, wenn die entsprechenden Unterlagen aus den Nachkriegsjahren einmal zur Gänze zugänglich sein werden, vielleicht ergänzt werden müßte. Daß Hall dieses Kapitel jedoch nicht ausließ, muß besonders lobend erwähnt werden und zeugt für seine wissenschaftliche Vorurteilslosigkeit. Wie wenig in diesem Bereich allerdings Vergangenheitsbewältigung bisher gleistet, wie viel hingegen unter den Teppich zu

kehren versucht wird, zeigt, daß ihm seine Ausführungen in diesem Kapitel bereits gerichtliche Klagen eingebracht haben, über die noch gesondert zu berichten sein wird (vgl. auch 'Profil' Nr. 38/85 und 18/86).

Im zweiten Band wechselt der Autor die Perspektive. Anstelle der im ersten Band gegebenen Gesamtschau der 'Verlagspolitik' versucht er nunmehr die wichtigsten österreichischen Verlagsfirmen "in alphabetischer Reihenfolge" in Kurzmonografien sowie an Hand des Sortiments vorzustellen. Was Hall damit geleistet hat, muß wohl ohne jede Untertreibung als längst fällig und deshalb umso verdienstvollere Beschreibung eines zentralen Kapitels heute international geachteter österreichischer Geisteskultur bezeichnet werden.

Für mich stellt das Werk insgesamt ein Pflichtwerk jedes daran interessierten Wissenschaftlers wie interessierten Laien dar.

**Theodor Venus**




# JOHNNY GIB GAS

Johnny Filter.
Mein Geschmack.

Warnung des Gesundheitsministers: Rauchen kann Ihre Gesundheit gefährden.

**Die Bank zum Erfolg.** *Erfolg ist nicht nur Geld. Menschliche Werte sind für uns Maßstab des Handelns. Damit wollen wir mit unseren Kunden und für unsere Kunden den Weg zum Erfolg gehen. CA, die Bank zum Erfolg.*

CREDITANSTALT